



Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2011

Federführend ist das Innenministerium

I VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	4
1 Aufgaben.....	4
2 Organisation	5
3 Befugnisse	5
4 Kontrolle	7
5 Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren .	7
6 Wirtschaftsschutz, Spionageabwehr und Proliferation	9
7 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen.....	10
II. RECHTSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN	12
1 Überblick	12
2 Schwerpunkte	14
2.1 Gewaltbereiter Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein im Schatten der „Zwickauer Terrorzelle“	14
2.2 Verschwörungstheorien der Szene zu den Taten der „Zwickauer Terrorzelle“.....	18
2.3 Strukturwandel im Neonazismus setzt sich fort	19
2.4 Agitationsschwerpunkte	21
3 Organisationen und Personenzusammenschlüsse	26
3.1 NPD.....	26
3.1.1 Die NPD auf Bundesebene	26
3.1.2 Beteiligung an Landtagswahlen.....	29
3.1.3 Die NPD in Schleswig-Holstein	30
3.1.4 Vorbereitung auf die Landtagswahl.....	33
3.2 Neonazistische („aktionistische“) Personenzusammenschlüsse in Schleswig-Holstein.....	34
4. Rechtsextremistische Aktivitäten in Kreisen und Städten	37
4.1 Kiel.....	38
4.2 Lübeck und Ostholstein.....	38
4.3 Pinneberg.....	40
4.4 Segeberg/Neumünster	40
4.5 Südöstliches Schleswig-Holstein.....	41
4.6 Westküste	43
4.7 Nördlicher Landesteil	43
5 Schrifttum, Verlagswesen und Vertriebsdienste	44
6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2009 bis 2011	45
III. LINKSEXTREMISMUS.....	46
1 Überblick	46
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums	49
2.1 Undogmatischer Linksextremismus	49
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	49
2.1.2 Entwicklung der undogmatischen Szene	49
2.2 Dogmatischer Linksextremismus	51
2.2.1 Entwicklung der dogmatischen Szene	51

2.2.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).....	51
2.2.3 Weitere Organisationen	53
2.3 „Rote Hilfe e.V.“ (RH).....	54
3 Aktionsfelder	55
3.1 „Anti-Faschismus“	55
3.2 „Anti-Repression“	59
3.3 „Anti-Atom“	60
4 Aktionsform „Gewalt“.....	61
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2009 bis 2011	65
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG	66
1 Überblick	66
2 Islamismus	68
3 Salafistische Bestrebungen	71
4 Jihadismus	75
5 Islamistischer Terrorismus	77
5.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2011	77
5.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland	82
5.3 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein	85
5.4 Jihadismus und Salafismus im Internet	89
6 Organisationen und Gruppierungen	92
6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG).....	92
6.2 „Tablighi Jama’at“ (Gemeinschaft der Verkündung und Mission, TJ)	94
6.3 Die Muslimbruderschaft und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)	95
6.4 „Hizb Allah“ (Partei Gottes)	98
6.5 „Türkische Hizbullah“ (TH).....	100
7 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug: „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), ehemals „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)	102
8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2009-2011.....	117

I Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Aufgaben

Der Verfassungsschutz schützt die Werte, welche unseren demokratischen Rechtsstaat ausmachen: die freiheitliche demokratische Grundordnung. Geschützt werden die Menschenrechte und die Demokratie sowie wichtige Verfassungsgrundsätze, auf die das Wesen der Demokratie gründet. Es handelt sich hierbei um Werte, die die Freiheit garantieren und den Einzelnen vor Diktatur und Bevormundung bewahren. Freiheit ist aber nur in Sicherheit möglich. So muss der Verfassungsschutz auch den Bestand und die Sicherheit des Staates schützen, eben derjenigen Institution, welche als einzige die Freiheit effektiv zu garantieren vermag. Andernfalls steht zu befürchten, dass der Staat zur Beute von Extremisten wird, so wie in der unseligen Zeit des Nationalsozialismus.

Im Unterschied zur Weimarer Republik hält die Bundesrepublik jedoch nicht still, wenn Extremisten sich daran machen, die Freiheit abzuschaffen. Die Bundesrepublik verteidigt ihre freiheitliche demokratische Grundordnung. In dieser streitbaren Demokratie kommt dem Verfassungsschutz die Funktion eines Frühwarnsystems zu: Erklärt Gefahren für die Freiheit und Sicherheit auf und informiert die Regierung sowie die Bevölkerung darüber – so auch mit diesem Bericht.

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus genügt es aber nicht, Freiheit und Sicherheit nur in Deutschland zu schützen. Wird z. B. in Deutschland Geld für Terroranschläge im Ausland gesammelt, muss der Verfassungsschutz dem im Interesse der auswärtigen Belange der Bundesrepublik nachgehen. Gleiches gilt für die Aktivitäten so genannter Hassprediger, wenn diese z. B. von Deutschland aus das Existenzrecht Israels verneinen, wird damit doch dem Terrorismus das Feld bereitet und die Sicherheit auch in Deutschland gefährdet.

Neben diesen Gefahren von Extremisten aller Couleur hat es der Verfassungsschutz nach wie vor mit Spionage zu tun. Dabei hat sich das Interesse fremder Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges auf die Wirtschaft verlagert. Hier konzentrieren sich die Abwehrbemühungen auf den illegalen Technologietransfer (Proliferation).

Weiterhin wirkt der Verfassungsschutz beim Geheim- und Sabotageschutz mit. Der Geheimschutz dient dem Schutz von staatlichen Verschlusssachen. Zu denken ist hier an geheime Regierungsdokumente und polizeiliche Fahndungskonzepte, aber

auch an Pläne zu Waffensystemen. Solche Geheimnisse dürfen nur verantwortungsvollen Personen anvertraut werden, bei denen keine Anhaltspunkte für ein Sicherheitsrisiko vorhanden sind. Der Verfassungsschutz hilft bei deren Auswahl. Zudem berät er Behörden zu baulichen und technischen Sicherheitsvorkehrungen. Ferner wirkt er in der Atom-, Luft- und Hafensicherheit mit.

2 Organisation

Verfassungsschutz ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Insgesamt gibt es 17 Verfassungsschutzbehörden: 16 Landesverfassungsschutzbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als deren Koordinierungsstelle. Die Landesverfassungsschutzbehörden sind entweder als eigenständige Landesämter organisiert oder Teil des jeweiligen Innenministeriums, so auch in Schleswig-Holstein.

Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums hat derzeit rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Fachrichtungen. Die Abteilung ist in vier Referate gegliedert:

Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz,
Nachrichtenbeschaffung,
Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz.

Für Sachmittel und Investitionen standen im Jahre 2011 rund 949.000 € an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

3 Befugnisse

Die Befugnisse des Verfassungsschutzes sind darauf beschränkt, Informationen zu sammeln und auszuwerten. Mehr darf er nicht: Er darf keine Personen festhalten oder verhaften. Er darf nicht Vereine verbieten oder Ausländer ausweisen. Derartige ordnungsrechtliche oder polizeiliche Befugnisse stehen ihm nicht zu.

Der Verfassungsschutz benötigt diese auch nicht zur Erfüllung seiner Aufgabe, Gefahren für die Freiheit und Sicherheit aufzuklären. Die Beseitigung der aufgeklärten

Gefahren ist nicht seine Aufgabe. Er kann aber seine Informationen an Behörden weitergeben, denen die Beseitigung der Gefahren oder die Verfolgung damit einhergehender Straftaten obliegt, z. B. an die Polizei bzw. an die Staatsanwaltschaft sowie an die Vereins- oder Ausländerbehörden. Diese Behörden entscheiden dann selbst, ob und gegebenenfalls wie sie aufgrund der Informationen des Verfassungsschutzes tätig werden.

Zum Schutz von Freiheit und Sicherheit ist der Verfassungsschutz berechtigt, bereits auf den Verdacht einer Gefahr hin tätig zu werden und Informationen zu sammeln.

Der Verdacht muss allerdings hinreichend begründet sein.

Gefahren für die Freiheit und Sicherheit sind politische Gefahren. Zu deren Aufklärung richtet der Verfassungsschutz sein Augenmerk auf politisch wirksame Personenzusammenschlüsse, z. B. auf extremistische Gruppen, Vereine und Parteien.

Nicht Einzelpersonen, sondern solche Bestrebungen sind es, die den Verfassungsschutz interessieren. Einzelpersonen sind für ihn nur dann von Interesse, wenn sie Teil einer Bestrebung sind, sei es als Mitglied, insbesondere dann, wenn sie in der Bestrebung als Funktionäre tätig sind oder sei es als Unterstützer z. B. terroristischer Vereinigungen.

Zu diesen Bestrebungen sammelt der Verfassungsschutz Informationen. Er greift dazu überwiegend, d. h. zu etwa 60%, auf öffentlich zugängliche Quellen zurück, so z. B. auf die Publikationen von Extremisten. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Internet zu. Dort agieren diese auf zahlreichen Seiten.

Ferner wertet der Verfassungsschutz Polizeiberichte und Gerichtsurteile aus. Zu verdächtigen Personen werden Daten aus behördlichen Registern, z. B. aus dem Melderegister, Personalausweisregister, Ausländerzentralregister oder Fahrzeugregister abgefragt. Diese Behördenauskünfte machen einen Anteil von etwa 20% der gesammelten Informationen aus.

Erhärtet sich der Verdacht gegen eine Bestrebung, können Informationen auch heimlich mithilfe sog. nachrichtendienstlicher Mittel beschafft werden. Zu denken ist hier an eine Observation oder an den Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute). Bei schwerwiegenden Gefahren für die Freiheit und Sicherheit kann zudem der Post- und Telekommunikationsverkehr von Verdächtigen überwacht werden.

Greift der Verfassungsschutz bei der Beobachtung Verdächtiger in Grundrechte ein, muss er stets die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs prüfen. Dabei geht es um die

Frage, inwieweit der Schutz der Freiheit und Sicherheit der Allgemeinheit eine Beschränkung der Freiheit der Betroffenen rechtfertigt. Diese Abwägung wird sorgfältig in jedem Einzelfall vorgenommen. Bei schwerwiegenden Eingriffen - wie z. B. der Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs – ist dem Innenminister persönlich die Entscheidung vorbehalten.

Unter welchen Voraussetzungen welche nachrichtendienstlichen Mittel gegen wen angeordnet werden können, kann im Landesverfassungsschutzgesetz und im Artikel 10-Gesetz nachgelesen werden.

4 Kontrolle

Besondere Bedeutung kommt neben der Kontrolle durch die Gerichte und das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz der Kontrolle durch das Parlament zu. Sie ist erforderlich, da die Gerichte zumindest die geheime Tätigkeit des Verfassungsschutzes nur eingeschränkt überprüfen können.

Die parlamentarische Kontrolle erfolgt durch zwei vom Landtag eingesetzte Ausschüsse: dem Parlamentarischen Kontrollgremium und der G 10-Kommission. Das Parlamentarische Kontrollgremium kontrolliert den Verfassungsschutz insgesamt. Dazu berichtet der Innenminister dem Gremium zu den wesentlichen Vorgängen und Erkenntnissen. Soll der Post- und Telekommunikationsverkehr eines Verdächtigen überwacht werden, muss der Innenminister dafür zuvor die Genehmigung der G 10-Kommission einholen. Auf diese Weise wird die Tätigkeit des Verfassungsschutzes nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Einzelfall vom Parlament überprüft.

5 Mitwirkungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörde bei Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren

Das Aufenthaltsrecht soll den Zuzug von Ausländern steuern und Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland gestalten. Darüber hinaus enthält es auch sicherheitsrelevante Vorschriften.

So hat die Verfassungsschutzbehörde Mitwirkungsaufgaben bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln wahrzunehmen. Aus diesem Grund müssen die Ausländerbehörden

in Schleswig-Holstein Daten von Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen, an die Sicherheitsbehörden übermitteln. Durch dieses Mitwirkungsverfahren kann festgestellt werden, ob Versagungsgründe gegen die Erteilung eines Aufenthaltstitels oder sonstige Sicherheitsbedenken vorliegen. Seit Frühjahr 2011 erfolgt die Datenübermittlung in einem automatisierten Beteiligungsverfahren.

Seit Inkrafttreten des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und des Zuwanderungsgesetzes werden auch erhöhte Sicherheitsanforderungen an Einbürgerungsbewerber gestellt. So fragen die Einbürgerungsbehörden im Rahmen des Untersuchungsgrundsatzes zur Vorbereitung ihrer Entscheidung bei den Verfassungsschutzbehörden an, ob gegen den Einbürgerungsbewerber Erkenntnisse vorliegen, die zur Versagung der Einbürgerung führen könnten.

Im Jahr 2011 wurden in Aufenthaltsverfahren 1.575 und in Einbürgerungsverfahren 1.940 Anfragen durch die schleswig-holsteinischen Ausländer- bzw. Einwanderungsbehörden an die Verfassungsschutzbehörde gestellt. Insgesamt haben bei 58 Personen sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorgelegen, die den anfragenden Behörden übermittelt wurden.

In der Regel zeichnen sich die extremistischen Bestrebungen angehöriger Personen dadurch aus, dass sie komplexe Bezüge zu bundesweit oder international agierenden Organisationen oder Personengruppen aufweisen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder eng miteinander kooperieren.

In Schleswig-Holstein besteht seit 2007 die regelmäßig tagende Arbeitsgruppe „AB-EX“ (Aufenthaltsrechtliche Behandlung extremistischer/terroristischer Ausländer). An dieser nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden, der Polizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Verfassungsschutzbehörde teil.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, diejenigen Einzelfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die besondere Sicherheitsrelevanz haben und deshalb eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich machen.

6 Wirtschaftsschutz, Spionageabwehr und Proliferation

Die diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen bilden als so genannte „Legalresidenturen“ wichtige Stützpunkte für die Aufklärungstätigkeit ausländischer Nachrichtendienste.

Ein weiteres Gefahrenpotential im Bereich Spionageabwehr stellen die sogenannten „Illegalen“ dar. Hierbei handelt es sich um unter Falschidentität in Deutschland lebende Agenten, die sich über viele Jahre und Jahrzehnte eine Legende aufbauen, unauffällig in Deutschland leben und daher schwierig zu identifizieren sind. Überwiegend handelt es sich hierbei um Agenten des russischen Auslandsnachrichtendienst SWR. Nach wie vor nutzt der russische Nachrichtendienst diese Form der Spionage. Jüngstes Beispiel ist die Verhaftung eines Ehepaares in Hessen im Oktober, das in Kontakt zu einem in den USA im Jahr 2010 enttarnten, russischen Spionagering gestanden haben soll.

In der Wirtschaft hat sich die Bedrohungslage drastisch verschärft, sodass in diesem Kontext bereits von „Wirtschaftskrieg“ gesprochen wird. Bedingt durch den politischen Wandel konzentrieren sich die Aufklärungsaktivitäten fremder Nachrichtendienste verstärkt auf den Wirtschaftssektor hochinnovativer Branchen in Deutschland. Unverändert haben sie deutsche Firmen, allen voran kleine und mittelständische Unternehmen, ins Visier genommen, da deren Schutzmaßnahmen oftmals unzureichend sind. Schwachstellen offenbaren sich dabei insbesondere bei netzwerk-basierten Internetangriffen. Entsprechend liegt der Aufgabenschwerpunkt der Spionageabwehr im Bereich der Aufklärung und Prävention von Wirtschaftsspionage. Ein besonderes Bedrohungspotential stellt die massive Zunahme von Cyberangriffen dar. Um den drohenden Gefahren erfolgreich entgegen zu wirken, hat die Bundesregierung die Schaffung des nationalen Cyberabwehrzentrums (NCAZ) beschlossen. Hierbei werden Kernkompetenzen der staatlichen Nachrichtendienste und des Katastrophenschutzes gebündelt und zentralisiert. Aktuell stehen die Datennetzwerke von deutschen Unternehmen und Behörden im Fokus ausländischer Nachrichtendienste.

Darüber hinaus stellen nicht ausreichend sensibilisierte geschäftsreisende Wirtschaftsvertreter im Ausland ein erhebliches Angriffsziel dar, denn durch die zunehmende Mobilität und das Voranschreiten der Informationstechnik ist ein weltweiter

Zugriff auf schützenswerte personenbezogene Daten und Firmen-Know-how möglich. In diesem Zusammenhang gilt es, die gesetzlichen Restriktionen bei der Einfuhr von Kryptotechnik durch deutsche Geschäftsreisende ins Ausland zu beachten. Die entsprechenden Staaten machen sich diese gesetzlichen Vorgaben zunutze, um eingeführte mobile EDV-Geräte auslesen zu können und so an Firmengeheimnisse zu gelangen. Aber auch klassische kompromittierende Situationen werden als Druckmittel zur Informationsgewinnung genutzt.

Um diesen drohenden Gefährdungsszenarien effektiv entgegenzuwirken, sind eine Sensibilisierung der Außendienstmitarbeiter durch den Verfassungsschutz im Vorfeld einer Geschäftsreise sowie ein Feedback nach der Rückkehr sinnvoll. Daher sollten deutsche Wirtschaftsunternehmen bestrebt sein, Schutzmaßnahmen effektiv einzusetzen, um den drohenden Gefahren der Wirtschaftsspionage die Stirn bieten und die „Kronjuwelen des eigenen Firmen-Know-how“ sicher bewahren zu können.

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation) stellt nach wie vor weltweit eines der größten Sicherheitsrisiken dar. So genannte Risikostaat wie Iran, Nordkorea oder Syrien bemühen sich darum, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen. Auf diesem Wege sollen eigene politische Forderungen gegenüber Nachbarstaaten oder der internationalen Staatengemeinschaft durchgesetzt werden.

7 Geheim- und Sabotageschutz, Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Eine zentrale Mitwirkungsaufgabe des Verfassungsschutzes ist die Bearbeitung des personellen und materiellen Geheim- und Sabotageschutzes.

Staatliche Verschlussachen bedürfen des besonderen Schutzes gegen Einsichtnahme durch Unbefugte, insbesondere aber gegenüber fremden Nachrichtendienstern. Daher werden Verschlussachen besonders gekennzeichnet und ihre Kenntnisnahme ist nur einem besonders ermächtigten Personenkreis gestattet, der zuvor von der Verfassungsschutzbehörde im Rahmen ihrer Mitwirkungsaufgabe sicherheitsüberprüft wurde. Ablauf und Umfang des Überprüfungsverfahrens sind dabei im Lan-

dessicherheitsüberprüfungsgesetz geregelt. Das Verfahren ist freiwillig und erfolgt nur mit Zustimmung der Betroffenen.

In dieser Ausführungsverwaltung stehen die Felder Sicherheitsüberprüfung – als mitwirkende Behörde im Verfahren – sowie materieller und IT-Geheimschutz – Beratung von Behörden zu erforderlichen Sicherungsmaßnahmen – im Vordergrund der Tätigkeit. Von den derzeit 1.437 Personen in Schleswig-Holstein, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Zugang zu qualifizierten Verschlusssachen haben und daher zuvor einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden müssen, um mögliche Sicherheitsrisiken auszuschließen, wurden im Berichtszeitraum 130 (Vorjahr: 158) Überprüfungen durchgeführt.

Die Verfassungsschutzbehörde als Teil des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein ist neben dieser originären Aufgabenerfüllung auch für Rechtsetzung und Normierung im Geheimschutz zuständig. Diese Zuständigkeit erstreckt sich auf alle Landesnormen des personellen und materiellen Geheimschutzes, die Verschlusssachenanweisung und die sie ergänzenden Richtlinien. Sämtliche geheimchutzrelevanten Vorschriften bedürfen der ständigen Anpassung an sich ändernde Bedrohungslagen, sei es durch fremde Nachrichtendienste oder im Bereich des Sabotageschutzes durch terroristische Aktionen bei lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen. Auch die Rechtsentwicklung beim Datenschutz oder technische Veränderungen im IT-Bereich sind bei der Fortschreibung zu berücksichtigen.

Schließlich ist die Verfassungsschutzbehörde eine der angefragten Stellen bei Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atomgesetz, dem Luftsicherheitsgesetz, dem Hafensicherheitsgesetz und dem Sprengstoffgesetz. Durch diese Abfragen soll sichergestellt werden, dass keine Personen z. B. mit einem extremistischen oder terroristischen Hintergrund in sensiblen Bereichen der Luft- und Schifffahrt oder bei kerntechnischen Anlagen tätig sind oder ihnen der Zugang zu Explosivstoffen gewährt wird. Im Berichtszeitraum erfolgten in diesen Bereichen insgesamt 6.877 Anfragen an die Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

1 Überblick

Die Zahl der Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein ist im Jahresverlauf 2011 von 1.340 auf 1.170 zurückgegangen. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Auflösung der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Bei der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und den überwiegend neonazistisch orientierten „aktionistischen“ Rechtsextremisten gab es lediglich einen geringen Rückgang um 20 Personen. Wegen der engen Verflechtung von NPD und aktionistischen (neonazistischen) Rechtsextremisten sind diese getrennt kaum noch darstellbar. Die NPD selbst ist inzwischen in weiten Teilen aktionistisch. Wie schon im Vorjahr verringerte sich die Zahl der subkulturell geprägten und sonstigen als gewaltbereit eingeschätzten Rechtsextremisten von 640 auf 590. Ein nachlassendes politisches Interesse des subkulturellen Personenkreises konnte bereits in den vorangegangenen Jahren festgestellt werden. Das für die Bewertung der unmittelbar vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren maßgebliche Personenpotenzial besteht aus NPD, Neonazis und Subkulturellen. Es umfasst 970 Personen. Im Höchstfall sind hiervon für öffentliche Aktionen allerdings lediglich 150 Personen mobilisierbar. Auch aufgrund dieses eher geringen Personenpotenzials waren schleswig-holsteinische Rechtsextremisten in den letzten Jahren kaum noch in der Lage, eigene öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Eine der wenigen Ausnahmen war die alljährlich in Lübeck mit geschichtsrevisionistischem Hintergrund durchgeführte Demonstration.

Dem hiesigen Rechtsextremismus fehlt es erkennbar an Steuerung. Diese ging noch bis vor einigen Jahren weitestgehend von den Protagonisten der neonazistischen so genannten „Freien Kräfte“ aus. Diese haben sich mittlerweile aber entweder aus Schleswig-Holstein zurückgezogen oder sich in der NPD „eingesetzt“. Die Partei ist inzwischen zwar die für den Rechtsextremismus bedeutendste Kraft. Allerdings zeigt der seit Jahren anhaltende Mitgliederschwund auf nunmehr 210 Personen, dass die Partei nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für bekennende Rechtsextremisten unattraktiv ist. Im Jahre 2010 beobachtete Versuche einer Intellektualisierung der Partei scheiterten offenkundig. Trotz der Dominanz neonazistisch orientierter Personen in der Partei ist es in Schleswig-Holstein nicht gelungen, neue Aktivisten aus

diesem Spektrum an die NPD heranzuführen. Der für das Erreichen politischer Ziele erforderliche – und in der Partei grundsätzlich vorhandene - organisatorische Rückhalt sowie die Möglichkeit der Umsetzung durch eigene Medien wurde nicht genutzt. Die Partei beschäftigte sich - wie in den Vorjahren - weitestgehend mit sich selbst oder beklagte staatliche Repressionen.

Die seit Jahren in Bund und Ländern zurückgehenden Zahlen von Rechtsextremisten sind ganz wesentlich auf den Niedergang der Deutschen Volksunion (DVU) zurückzuführen. Ihr „Anschluss“ an die NPD drückte sich nicht wie erhofft in einer dort steigenden Mitgliederzahl aus. Ein juristischer Streit über die Fusion zwischen der NPD und einer „Rest-DVU“ ist für die Bewertung des Rechtsextremismus derzeit ohne Belang. Die Masse der ehemaligen DVU-Mitglieder gehört keiner rechtsextremistischen Organisation mehr an.

Der öffentlich wahrnehmbare Rechtsextremismus geht zumeist von Gruppen aus, die dem aktionistischen Rechtsextremismus zuzurechnen sind. Die hervorzuhebenden Aktionen waren die oben genannte Demonstration in Lübeck und ein gewalttätiger Angriff auf eine Kundgebung des DGB am 1. Mai in Husum. Beide Vorfälle zeigen die in Schleswig-Holstein schon seit Jahren bestehende besonders enge Verflechtung zwischen den neonazistisch orientierten Kräften und der NPD. Die übrigen „bemerkenswerten“ rechtsextremistischen Aktionen hatten in fast allen Fällen nur eine regionale Bedeutung. Wie die NPD sind auch die aktionistischen Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein derzeit nicht „kampagnenfähig“. Den „erlebnisorientierten“ Aktivistinnen aus dem Lande blieb neben der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und der Polizei vor Ort nur die Beteiligung an rechtsextremistischen Großveranstaltungen in anderen Ländern. Hervorzuheben ist hier die alljährlich stattfindende Demonstration mit geschichtsrevisionistischem Hintergrund in Dresden, die gleichfalls in diesem Kontext zu sehende Demonstration in Bad Nenndorf und die ausländerfeindlich motivierten Demonstration zum „Tag der deutschen Zukunft“, die 2011 in Braunschweig und Peine durchgeführt wurde.

Die Ausübung von Gewalt durch Rechtsextremisten war in den vergangenen Jahren oft auf die situationsbedingte Eskalation beim Zusammentreffen mit Linksextremisten zurückzuführen. Der Vorfall in Husum stellt allerdings eine Besonderheit dar, weil der

Ablauf des gewalttätigen Angriffes erkennen lässt, dass es sich hier um eine geplante Aktion der Rechtsextremisten gehandelt hat. Insofern bleibt abzuwarten, ob die erkennbare Frustration der rechtsextremistischen Szene über ausbleibende Erfolge und „staatliche Repression“ zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft führen werden. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist nach der polizeilichen Statistik von 37 im Jahr 2010 auf 27 im Berichtsjahr zurückgegangen. Auch bei der Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten gab es einen Rückgang von 623 auf 534. Die Straftatenentwicklung stellt allerdings lediglich einen einzelnen Aspekt bei der Bewertung der von Rechtsextremisten ausgehenden Gefahren dar. Einzelne Verlautbarungen und Handlungen zeigen sehr wohl, dass auch in der schleswig-holsteinischen Szene ein hohes Gewaltpotenzial vorhanden ist. Dieses vorhandene Gewaltpotenzial und seine flächendeckende Ausbreitung sind damit die herausragenden Merkmale für die Bewertung der vom Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein ausgehenden Gefahren. Das Land Schleswig-Holstein ist zwar nach den ersten Auswertungen der Informationen über die „Zwickauer Terrorzelle“ von den beispiellosen aus rechtsextremistischer Motivation verübten Verbrechen nicht unmittelbar betroffen. Da aber auch in der hiesigen rechtsextremistischen Szene ein hohes Gewaltpotenzial vorhanden ist, werden die aus den Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse auch für den schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz Auswirkungen auf die zukünftige Beobachtung der hiesigen gewaltbereiten Szene haben.

2 Schwerpunkte

2.1 Gewaltbereiter Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein im Schatten der „Zwickauer Terrorzelle“

Die wesentlichen Strömungen des deutschen Rechtsextremismus sind maßgeblich mit der Weltanschauung des historischen Nationalsozialismus verwoben. Zu dessen unbestreitbaren Wesensmerkmalen gehört die Ausübung von Gewalt. Am 22. Juli verübte Anders Breivik in der norwegischen Hauptstadt Oslo sowie auf der Insel Utoya Anschläge, denen insgesamt 77 Menschen zum Opfer fielen. Dabei zündete er zunächst eine Autobombe im Osloer Regierungsviertel. Unmittelbar danach begab sich Breivik auf die Insel Utoya, wo ein Ferienlager einer Jugendorganisation stattfand. Breivik erschoss dort insgesamt 69 Menschen. Seine Aussagen nach der Ver-

haftung ließen erkennen, dass seine Motivation mit den Zielen von Rechtsextremisten übereinstimmen. Sie führten auch in Deutschland zu einer Diskussion über das Ausmaß und die Risiken rechtsextremistischer Gewalt. Die Aufdeckung der rechtsextremistischen Mordserie um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) rückte das Thema „Gewaltbereitschaft“ bei der Bewertung der von Rechtsextremisten ausgehenden Straftaten noch deutlicher in den Fokus des öffentlichen Interesses. Der rechtsterroristische NSU wird für eine Mordserie an neun Unternehmern mit Migrationshintergrund in den Jahren von 2000 bis 2006, einem Mord an einer Polizeibeamtin 2007, mehrere Banküberfälle und weitere Straftaten verantwortlich gemacht. Die Gruppe hatte sich in einem bis zu ihrer Aufdeckung unveröffentlichten Video zu ihren Taten bekannt. Wenngleich es bislang keine Hinweise darauf gibt, dass schleswig-holsteinische Rechtsextremisten in die Verbrechen verwickelt sind, können die terroristischen Taten bei der Beurteilung des von hiesigen Rechtsextremisten ausgehenden Gefahrenpotenzials dennoch nicht unberücksichtigt bleiben.

In Anbetracht der Beispiellosigkeit der Verbrechen mutet die aktuelle Darstellung der Entwicklung der polizeilich erfassten politisch motivierten rechtsextremistischen Straftaten in Schleswig-Holstein vordergründig geradezu verharmlosend an. So ging die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten von 660 im Jahr 2010 auf 534 im Jahr 2011 zurück. Eine ähnliche Tendenz gibt es bei der Entwicklung der darin enthaltenen Gewalttaten. Sie gingen von 37 auf 27 zurück. Bei der Bewertung einer derartigen Statistik kann in Anbetracht der aktuellen Ereignisse aber nicht außer Acht gelassen werden, dass die Gewalttaten der so genannten „Zwickauer Terrorzelle“ bis zu ihrem Bekanntwerden in keiner Statistik über politisch motivierte Kriminalität enthalten waren. Politische Zusammenhänge waren aufgrund der Tatumstände, fehlender Tatbekennungen und des streng konspirativen Verhaltens der Täter von keiner Sicherheitsbehörde erkannt worden. Zweifel an der grundsätzlichen Gewaltbereitschaft und dem Risiko der Begehung schwerer Straftaten durch bestimmte Rechtsextremisten bestanden bei den Verfassungsschutzbehörden allerdings nie. In Schleswig-Holstein wurde seit Jahren etwa die Hälfte des vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch bewerteten Personenpotenzials als „gewaltbereit“ eingestuft. Der Grund hierfür sind Verhaltensmuster und auf Konfrontation angelegte Aktivitäten, die eine erhöhte Gewaltbereitschaft wahrscheinlich erscheinen lassen. So hat sich der hinlänglich aus dem Rechtsextremismus bekannte Verbalradikalismus auch im

Jahr 2011 verstärkt. Ins Visier der Rechtsextremisten sind vor allem jene geraten, die ihnen beim Erreichen der angestrebten Ziele im Wege sind: nämlich politische Gegner, insbesondere „Linke“ oder die „Antifa“. Aber ebenso sind staatliche Instanzen wie die etablierten Parteien, Politiker, Polizei und nicht zuletzt der Verfassungsschutz in den rechtsextremistischen Blickpunkt gerückt. Beispielhaft für die unverblümt propagierte Gewaltbereitschaft ist der „Freie Widerstand Südschleswig“. Auf dessen Internetseiten wurden die Gegner der Rechtsextremisten mehrfach in aggressiver Weise verunglimpft und angegriffen. Bezeichnend ist eine Ankündigung aus dem Februar 2011:

„Es wird Zeit, dass wir vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff übergehen! Und das eher heute als morgen!“

Im Dezember wurde auch ein mutmaßlicher „Aussteiger“ bedroht:

„Und so wird man schnell vom hoffnungsvollen Nachwuchspolitiker zum hoffnungslosen Pseudo-Demokraten und schließlich zum heimathassenden Döner-Verkäufer [...] Gerade wenn man zwei linke Hände hat, birgt solch ein Beruf gewisse Risiken, denn so ein großes Dönermesser ist nicht ganz ohne, da kann man sich schnell mal selber die Kehle durchschneiden. [...] Es ist schon scheiße, wenn man morgens auf dem Weg zur Arbeit ist und denkt: Werde ich heute von der NSU weggesprengt oder lauern mir alte Weggefährten auf?“

Es ist daher kein Zufall, dass der deutlichste Hinweis auf eine wachsende - eben nicht nur verbale - Aggressivität der aktionistischen Szene im regionalen Umfeld des „Freien Widerstandes Südschleswig“ registriert wurde. Am 1. Mai überrannte eine Gruppe von rund 40 teilweise verummumten Rechtsextremisten in Husum eine bürgerliche Kundgebung und zerstörte die aufgebauten Informationsstände. Die anwesenden Personen wurden durch die Rechtsextremisten, unter denen sich auch der NPD-Landesvorsitzende befand, angegriffen. Im Nachhinein wurde dies im Internet als Erfolg gefeiert, bei dem „jemand seine eigene Medizin verabreicht bekommen“ habe. Im Nachgang zu diesem Übergriff kam es zu umfangreichen Exekutivmaßnahmen gegen die beteiligten Rechtsextremisten, die die Szene erheblich verunsicherten.

Außerdem gab es 2011 auch wiederholt Zwischenfälle im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Kundgebungen, in deren Umfeld bzw. bei deren An- oder Abreisebewegungen es zu Zusammenstößen zwischen Rechtsextremisten und Gegen-demonstranten kam.

Die Risiken für rechtsextremistische Gewalttaten sind im Bereich der so genannten „Anti-Antifa“ besonders hoch einzuschätzen. Das Ziel der Anti-Antifa ist es, ohne selbst Gewalttaten ausüben zu müssen, den politischen Gegner angreifbar zu machen. In diesem Zusammenhang kommt es vermehrt zu öffentlichen Äußerungen, die gegen Journalisten, Politiker oder sonstige in der Öffentlichkeit stehende Personen, die sich gegen den Rechtsextremismus wenden, gerichtet sind. Vorzugsweise wird hierfür das Internet genutzt. Dabei achten die Verfasser genau darauf, möglichst keine Strafrechtsnormen zu verletzen. Beispielhaft kann hier eine junge Politikerin aus dem nördlichen Schleswig-Holstein genannt werden, deren Foto und private Daten auf einer rechtsextremistischen Internetseite veröffentlicht wurden. Verbunden wurde dies mit der Aufforderung:

„Wer weitere Hinweise zu dieser Person hat, darf uns gerne darüber informieren.“

Auch in sozialen Netzwerken wurden vermehrt Einträge festgestellt, in denen „linke Journalisten“ mit Namen und Fotos veröffentlicht wurden. Derartige Einträge werden in der Regel zwar rasch durch die Betreiber entfernt, sind aber oftmals schon durch eine unüberschaubare Anzahl von Nutzern abgerufen und dementsprechend verbreitet worden. Auch Adresslisten von politischen Gegnern („Antifas“, „Zecken“) waren im Internet, z. B. in Gästebüchern rechtsextremistischer Gruppierungen, auffindbar. Zielrichtung derartiger Maßnahmen ist dabei immer, Betroffene einzuschüchtern und sie in eine latente Bedrohungslage zu bringen. Rechtsextremisten setzen hierbei auch auf die Tatsache, dass einmal im Internet veröffentlichte Daten einen vollkommen ungewissen und unberechenbaren Empfängerkreis erreichen und nicht wieder rückgängig zu machen sind.

Wesentlich unauffälliger, jedoch nicht weniger bedrohlich, agieren Rechtsextremisten auch bei der Aufklärung des politischen Gegners im Verborgenen. Immer häufiger

war zu beobachten, dass Rechtsextremisten aus Kundgebungen heraus Gegendenmonstranten fotografieren und „Dossiers“ anfertigen, in denen möglichst umfassend persönliche Daten festgehalten werden. Beispielhaft für ein derartiges Vorgehen war die Teilnahme von schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten an zwei in Niedersachsen durchgeführten Demonstrationen zum „Tag der Deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“. Bereits wenige Stunden nach der Veranstaltung war ein „Aktionsbericht“ auf der Internet-Seite des „Freien Widerstandes Südschleswig“ abrufbar, auf dem auch ein vermeintlich zufällig entdecktes Youtube-Video beworben wurde, in dem Presse- und Antifa-Fotografen, Polizeibeamte in Zivil sowie Teilnehmer bürgerlicher Gegenproteste abgebildet waren. Das mit der Melodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“ untermalte Video war mit den Worten „Heute rollt für euch der Rubel, ratet mal, was morgen rollt!“ kommentiert. – Auf dem letzten Foto des Beitrages wurde eine Hinrichtungsstätte gezeigt. Andere Nutzer hatten über die Kommentarfunktion zudem Namen und Wohnorte einiger Personen hinzugefügt. Die Mitwirkung von Rechtsextremisten aus dem nördlichen Schleswig-Holstein an dieser Produktion war offenkundig.

2.2 *Verschwörungstheorien der Szene zu den Taten der „Zwickauer Terrorzelle“*

Trotz der fehlenden Bezüge zu schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten kann sich auch die hiesige Szene nicht der Auseinandersetzung mit den Taten der mutmaßlich terroristischen Gruppierung NSU entziehen. Erfahrungsgemäß distanzieren sich die meisten Rechtsextremisten von spektakulären Gewalttaten. Das zeigte sich auch bei den Kommentaren zu den im Sommer in Norwegen verübten Terroranschlägen. Im Wesentlichen laufen die Kommentare darauf hinaus, dass die Täter als bloße Kriminelle dargestellt werden, die mit der „nationalen Sache“ nichts zu tun hätten.

Einschlägig ist eine Stellungnahme auf der maßgeblichen Internet-Seite der aktionistischen Szene in Schleswig-Holstein „mein-sh.info“:

„Fakt ist: Das Trio hat sich spätestens vor nunmehr dreizehn Jahren endgültig vom politischen Meinungskampf verabschiedet und gemeinsam eine kriminelle Laufbahn eingeschlagen. [...] Es ist zumindest offensichtlich, daß dem Trio aus Thüringen jeglicher ernsthafte politische

Hintergrund fehlte, denn sonst hätten sie selbst erkennen müssen, welchen Schaden sie mit ihrem hirnrissigen, kriminellen Handeln anrichten...“

An anderer Stelle kommentieren die „Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn“ unter der Überschrift „Wir sind keine Terroristen“ ihre Sicht der Dinge:

„...Es versteht sich indessen von selbst, dass die im Raum stehenden Verbrechen, von wem und in wessen Auftrag auch immer sie begangen wurden, nur als widerwärtig und abstoßend empfunden werden können. Sie sollen an dieser Stelle auch in keinsten Weise gerechtfertigt werden. [...] Dennoch erlauben wir uns im Folgenden, berechtigte Zweifel an der offiziellen Version des „Verbrechenskomplexes“ zu artikulieren.“

und kommen zu dem Schluss,

„Wir wissen sehr genau, von wem die Gefahr in diesem Land tatsächlich ausgeht. Und immer mehr Zeitgenossen teilen dieses Wissen insgeheim, wenn auch teilweise noch unbewusst. Die plumpen Lügen à la „Schwarzer Kanal“ werden langfristig nichts nutzen. Die aktuelle Hysterie wird sich im Sande verlaufen, weil immer weniger Menschen an ihren Wahrheitsgehalt glauben. Man wird sehen, wer hier zuletzt lachen wird...“

Weitere Verschwörungstheorien laufen darauf hinaus, dass Geheimdienste im In- oder Ausland hinter den Verbrechen stehen, um entweder „die internationale Rolle Deutschlands als ewiges Tätervolk und gefügiger Zahlmeister“ zu verfestigen oder um „rechte Ideen“ pauschal zu diffamieren. Ungeachtet der polemischen Verdrehung von Tatsachen und den Versuchen, aus vermeintlichen Ungereimtheiten für die eigene Sache nutzbare Verschwörungstheorien zu konstruieren, haben die Enthüllungen um den NSU aber szeneeintern zu eher geringen Reaktionen geführt. In den meisten Äußerungen ist eine Ablehnung der Verbrechen erkennbar. Einzelne Rechtsextremisten kokettierten jedoch auch mit den Taten des NSU, insbesondere mit dem unfreiwilligen „NSU-Maskottchen“, der Comic-Figur des „Rosaroten Panther“.

2.3 Strukturwandel im Neonazismus setzt sich fort

Die Strukturen des Rechtsextremismus befinden sich in ständigem Wandel. Nach der Blütezeit der so genannten „Kameradschaften“ zum Ende der neunziger Jahre entwi-

ckelte sich das ursprünglich primär durch Neonazis geprägte Lager mehr und mehr weg von festen Organisationsformen in heterogene, personell eng mit der NPD vermischte Strukturen. Mit der durch Vereinsverbote erzwungenen Abkehr von rechtlich leicht angreifbaren Organisationsformen, der Öffnung der NPD für die Neonazi-Szene, die schließlich in der Idee einer „Volksfront von rechts“ mündete, hatte sich ein tiefgreifender Strukturwandel der ehemals strikt voneinander getrennten Lager vollzogen, den nur sehr wenige Organisationen überstanden haben. Mit dem Verbot der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) im September wurde eine der letzten und mit Abstand größten neonazistischen Organisationen verboten. Aber auch die meist durch ideologisch gefestigte Neonazis angeführten Kameradschaften blieben im Laufe der Entwicklung auf der Strecke. Die gleichwertige Präsenz für NPD und Neonazi-Szene gelang den in dieser Art in Schleswig-Holstein aktiven Rechtsextremisten nur in Einzelfällen.

Stattdessen bildeten sich in Schleswig-Holstein um das Jahr 2007 lokal agierende „Aktionsgruppen“. In nahezu allen Landesteilen entstanden derartige lockere Gruppierungen, die ohne festen Aktivistenstamm und ohne tiefgreifende ideologische Grundlagen auskamen. Sie galten und gelten teilweise noch heute als Nachfolger der Kameradschaften. Diesem Anspruch oder auch den Vorstellungen mancher Beobachter des Rechtsextremismus wurden sie allerdings nur selten gerecht. Häufig war die Lust, sich mit dem politischen Gegner oder der Polizei Auseinandersetzungen zu liefern, zu einem Charakteristikum der dort tätigen Aktivisten geworden. Als auffälligste Ausdrucksform wurde der aus dem Phänomenbereich des Linksextremismus schon lange bekannte „schwarze Block“, auch innerhalb der rechtsextremistischen Szene populär. Teilweise konnten Rechtsextremisten recht erfolgreich noch andere Trends und Ausdrucksformen in der Szene etablieren. Ob im Bereich der Mode, der Musik, im Umgang mit Symbolen oder durch die immer wieder neue und durchaus nicht phantasielose Nutzung des Internets: Die Neonazis hatten sich modernisiert. Die Folge davon war eine bis in das Jahr 2009 andauernde, flächendeckende Ausbreitung auch in Landesteilen, die von organisiertem Rechtsextremismus bislang nicht betroffen waren.

Bei einer Bewertung der aktuellen Bedeutung der hiesigen „Aktionsgruppen“ kann nicht außer Acht gelassen werden, dass einige dieser Bündnisse heute kaum noch

eine konkrete politische Zielsetzung erkennen lassen. Inzwischen hat sich die neo-nazistische Szene in Schleswig-Holstein so entwickelt, dass die wenigen überhaupt noch existenten „Aktionsgruppen“ in vielen Fällen nur noch eine Umschreibung des in einer bestimmten Region vorhandenen Aktivistenpotenzials darstellen. Aufgrund des Fehlens regionaler „Führungspersönlichkeiten“ ist in vielen Landesteilen keine Szene vorhanden, die politische Ziele formulieren kann und für deren Umsetzung eintritt. Eine Folge dieser fehlenden Lenkung ist die mangelnde Mobilisierbarkeit für übergeordnete politische Ziele. Die fehlende Lenkung durch ideologisch gefestigte Rechtsextremisten, die aus taktischen Erwägungen auf Gewalt verzichten, erhöht zudem zwangsläufig die Risiken für die Gewaltbereitschaft von Einzelpersonen.

2.4 Agitationsschwerpunkte

Die Schwerpunkte in der Agitation von Rechtsextremisten sind seit langem die Themen:

Geschichtsrevisionismus,
Ausländerfeindlichkeit und Furcht vor „Überfremdung“,
Ablehnung eines demokratischen Rechtsstaates und
die Annahme von Verschwörungen zu Lasten Deutschlands.

Diese Themen finden sich in den verschiedensten von Rechtsextremisten herausgegebenen Medien und bilden auch die Grundlage für nahezu alle öffentlichen Aufmärsche. Der Geschichtsrevisionismus wird von Rechtsextremisten genutzt, um Deutschland als das eigentliche Opfer des 2. Weltkrieges darzustellen und die Schuld der Nationalsozialisten zumindest zu relativieren. Das bekannteste Beispiel hierfür ist der alljährliche Trauermarsch in Lübeck. Für die vom schleswig-holsteinischen NPD-Landesverband herausgegebene „Schleswig-Holstein-Stimme“ ist das folgende Zitat bezeichnend:

„Wir stellen uns gegen einen Schuldkult, der versucht, das deutsche Opfer im schrecklichsten Krieg aller Zeiten zu verdrängen. Wir greifen den Zeitgeist an, bis wir endlich in Freiheit unsere Geschichte erforschen und diskutieren können.“

Dass im Aufruf für den Trauermarsch 2012 zumindest eine deutsche Kriegsschuld eingeräumt wird, täuscht nicht über die grundsätzliche Zielrichtung derartiger Veröffentlichungen hinweg. Ausländerfeindlichkeit ist ebenfalls ein „Dauerthema“ in dieser Publikation:

„Wie das Problem wirklich zu lösen wäre, können sie bei Bedarf im Parteiprogramm der NPD nachlesen: Unter dem Stichwort ‚Ausländerrückführung statt Integration‘.“

Der von führenden Vertretern der norddeutschen Neonazi-Szene initiierte und im Berichtsjahr in Braunschweig durchgeführte „Tag der deutschen Zukunft“ hatte ebenfalls einen ausländerfeindlichen Hintergrund. Im aktuellen Aufruf hieß es dementsprechend:

„Die ganze Ausländer- und Überfremdungspolitik wird von uns in Frage gestellt.“

Auf ein besonderes Interesse der Szene stieß die Aktionsform der so genannten „Unsterblichen“. Dieser so genannten „Volkstod-Kampagne“, die ihren Ursprung 2008 in den neuen Bundesländern hatte, liegt die Annahme zugrunde, dass das Deutsche Volk spätestens 2040 die Minderheit im eigenen Land sein wird. Als ursächlich hierfür wird die nach 1945 aufgezwungene liberalistische Geisteshaltung angesehen. Dem vom „Dogma der Menschenrechte und des Individualismus“ beherrschten liberalistischen System gelte es, Nationalismus und den Gedanken der Volksgemeinschaft als Kern der eigenen Weltanschauung entgegen zu setzen. Ein unter dem Motto der „Unsterblichen“ am 30. April in Sachsen durchgeführter und medial über Youtube in Szene gesetzter Marsch weiß maskierter, Fackeln tragender Rechtsextremisten wurde mittlerweile in vielen Ländern kopiert. Auf Interesse stieß er auch in der schleswig-holsteinischen Szene. Zur Durchführung eines solchen Marsches kam es in Schleswig-Holstein bisher jedoch nicht.

Die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates zeigen Rechtsextremisten immer wieder durch überzogene Kritik und die Unterstellung von Rechtsbrüchen durch den Staat. Diese Kritik dürfte zum Teil dadurch motiviert sein, dass die rechtsextremistischen Vorstellungen des „Führerprinzips“ und einer so genannten „Volksgemein-

schaft“ in der heutigen aufgeklärten Gesellschaft kaum noch Anhänger finden. Ein Beispiel für die Delegitimierung des politischen Systems und insbesondere den Parlamentarismus ist folgende Aussage in der „Schleswig-Holstein-Stimme“:

„Das politische System der BRD ist am Ende und kann sich lediglich durch Rechtsbrüche kurzfristig über Wasser halten. Der Untergang ist jedoch absehbar und es wird der NPD vorbehalten bleiben, dem deutschen Volk eine glaubhafte Alternative zu vermitteln.“

Ein Kommentar der NPD zur erforderlich gewordenen Neuwahl des schleswig-holsteinischen Landtages zeigt ebenfalls die Geringschätzung des Parlamentarismus:

„Bereits zum zweitenmal in Folge wird im Mai nächsten Jahres der Landtag im nördlichsten Bundesland vorzeitig neu gewählt – ein Offenbarungseid in Sachen ‚Unfähigkeit der parlamentarischen Kaste‘.“

Hinter der Annahme von Verschwörungstheorien verbirgt sich nicht selten Antisemitismus, der jedoch aufgrund der gesamtgesellschaftlich getragenen Ächtung zumeist verschleiert vorgetragen wird. Meist wird auf Andeutungen zurückgegriffen, die zumindest unter Gleichgesinnten verstanden werden. So werden bestimmte Codewörter verwendet, die unter Rechtsextremisten als Synonym für „die Juden“ stehen, wie z. B.: „Wall Street“, „US-Ostküste“, „USrael“, „Hochfinanz“, „Großkapital“, „Raubtierkapitalismus“ oder „Knechte des Mammons“.

Pressemedien, deren Verlage ihren Geschäftssitz im Ausland haben und damit einer strafrechtlichen Verfolgung durch die deutsche Justiz entzogen sind, agieren weniger zurückhaltend. Dort werden derartige Begriffe offen in Verbindung mit „den Juden“ genannt. Die deutschsprachige Zeitschrift „National Journal“ ist ein einschlägiges Beispiel hierfür. Diese Publikation wird von der Redaktionsgemeinschaft „Die Freunde im Ausland“ herausgegeben und hat eine Kontaktadresse in England. Das „National Journal“ unterstellt beispielsweise in dem Leitartikel der Ausgabe Nr. 156/157, Jahrgang 16, 2011, Seite 1, einem deutschen Politiker ihre Interpretation des Wortes „Manhattan“:

„An Stelle des Begriffs „Finanzjuden“ gebrauchte Gauweiler den Begriff „Manhattan“, da jeder weiß, dass die Wall-Street sozusagen jüdisches Finanzterritorium ist.“

In derselben Ausgabe des „National Journal“ (Seite 3) wird die in rechtsextremistischen Kreisen verbreitete Vorstellung einer Untergeben- und Unterlegenheit deutscher „Systempolitiker“ gegenüber „den Juden“ aufgegriffen:

„Das NJ hat immer wieder zur Machtelite gehörende jüdische Drahtzieher des Welt-Finanz-Imperialismus der Wall-Street zitiert, die in den Deutschen „Dooflinge“ und „Idioten“ (Fuld und Lippmann) sehen. Diese Kategorisierung der zynischen Machtjuden scheint bei Systempolitikern ins Schwarze zu treffen. (...) Sie müssen völlig ergeben sein. Das scheinen die Voraussetzungen für BRD-Politiker zu sein, um als Minister und Parlaments-Abnicker ein gutes Leben führen zu dürfen.“

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass in dem Leitartikel der Ausgabe Nr. 156/157 eine Nähe des „National Journal“ zur NPD durch eine lobende Erwähnung der Partei ersichtlich wird:

„Nur die NPD würde die Lobbybetrüger und ihre Manager, dort wo man ihrer habhaft wird, einkerkern.“

Die in Deutschland geübte Zurückhaltung mit antisemitischen Äußerungen wird im Allgemeinen auch von den meisten Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein berücksichtigt. Mehr oder weniger deutliche antisemitische Anspielungen sind dennoch regelmäßig zu finden.

Ende Januar veröffentlichte die rechtsextremistische Gruppierung „Jugend Pinneberg“ auf ihrer Internetseite den Artikel „Pinneberg in Angst“. Vordergründig ging es um eine Moschee in Pinneberg, die nach der Schließung der Taiba-Moschee in Hamburg von Islamisten besucht wurde. Tatsächlich diente die den Bürgern unterstellte Angst vor Islamisten als Anknüpfungspunkt für rechtsextremistische Agitation. Der Artikel warnt vor der vermeintlichen „Überfremdung“ in Deutschland und dient gleichzeitig der Verbreitung antisemitischer Ansichten. Die kritische Haltung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Pinneberg gegenüber der Pinneberger Moschee wird wie folgt kommentiert:

„Es ist in gewisser Weise ironisch, denn man sollte doch annehmen, dass jemand, der nach dem Tanach und dem Talmud lebt und dem rachsüchtigen Jahwe huldigt, doch recht vertraut mit solcher Art des Fundamentalismus sein sollte. Darüber hinaus steht dem Gesetz nach heutzutage jeder anerkannten, auch raumfremden Religions-

gemeinschaft in Deutschland Freiheit und Gleichberechtigung zu, das bedeutet im Umkehrschluss – wenn die islamische Gemeinde gehen muss, muss auch die Jüdische gehen.“

Darüber hinaus sei – so der Internetartikel - das eigentliche Problem der Deutschen ihre Toleranz, die mit „Gleichgültigkeit“ zu übersetzen sei. Der Autor (Pseudonym „Hannibal“) unterstellt, dass selbst Muslime letzten Endes nur zur Durchsetzung der Ziele Dritter – gemeint sind „die Juden“ - benutzt werden:

„... denn wie gesagt ziehen ganz andere die Strippen als die Anhänger Allahs nämlich jene, die nichts übrig haben für geistige Werte, deren Werte im totalen Materialismus verankert sind: Die Knechte Mammons. Wie es aussieht, wird Allah in Europa als ein weiteres Instrument Mammons missbraucht. Mammon würde Allah niemals erlauben zu herrschen oder auch nur Einfluss zu gewinnen. [...] Die Masse wäre nicht mehr in der Lage sich gegen den grenzenlosen Kapitalismus und der damit verbundenen Sklaverei und Entrechtung zur Wehr zu setzen, da sie keine Identität mehr besäße, die aus ihr eine Gemeinschaft macht. Danach hofft Mammon auf den „Euro-Islam“, nämlich auf die Aufweichung des Islams im Orient, also seine abgestammte Heimat. Der Islam ist dann zahm geworden und liegt zu Füßen seines Herren.“

In einem Beitrag in der Schleswig-Holstein-Stimme, Ausgabe 41 wird die Ausländerfeindlichkeit der Nationalsozialisten mit der antisemitischen Verschwörungstheorie verbunden:

„(...), daß die Masseneinwanderung vor allem im Interesse des internationalen Großkapitals liegt, da durch den kaum gebremsten Zuzug von Ausländern die Löhne gedrückt werden können.“

Nach einem Internetbeitrag des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein über die Occupy-Aktionen muss „das Kapital“ auch als Schuldiger für die Finanzkrise herhalten:

„Gerade nationale Kräfte waren und sind es, die vor der Globalisierung, vor der Allmacht des Finanzkapitals, vor der Kollaboration und der Konspiration der willfähigen Handlanger der herrschenden Klasse gewarnt haben, die sich zuhauf in den etablierten Systemparteien eingerichtet

haben und dort als Vollstreckungsgehilfen des Großkapitals, als Totengräber der Völker und der Nationen ihr satanisches Werk vollenden.“

Diese Beispiele aus Veröffentlichungen der „freien Kräfte“ und der NPD in Schleswig-Holstein zeigen deutlich deren antisemitisches Weltbild. Unter Verwendung der in rechtsextremistischen Kreisen üblichen Synonyme wie „Großkapital“, „Raubtierkapitalismus“ oder „Mammon“ für „Die Juden“ wird diesen die Schuld an einem vorgebliehen Identitätsverlust der Gesellschaft, einer Vernichtung der Völker und Nationen, dem Machterhalt der etablierten Parteien, einem Lohndumping durch Zuzug von Ausländern und der Finanzkrise zugewiesen. Dies ist typisch für die von Rechtsextremisten vertretene antisemitische Verschwörungstheorie, nach der „den Juden“ unterstellt wird, sie kontrollierten mittels Finanz- und Medienmacht und über verdeckten politischen Einfluss vor allem auf die USA, aber auch auf europäische Länder, das Weltgeschehen.

3 Organisationen und Personenzusammenschlüsse

3.1 NPD

Die NPD bleibt die bedeutendste Kraft im deutschen Rechtsextremismus. Von besonderer Bedeutung bei der Bewertung der verfassungsfeindlichen Zielrichtung der Partei ist auch ihre enge Verflechtung mit dem aktionistischen Rechtsextremismus. Abgesehen von punktuellen regionalen Erfolgen konnte die NPD aber im Berichtsjahr keine Impulse für die Entwicklung des aktionistischen Rechtsextremismus geben. Die angestrebte Fusion mit der DVU ist bis heute nicht abgeschlossen. Ein hiervon erhoffter Motivationsschub blieb aus. Die Partei war weiterhin nicht in der Lage, durch neue Strategien größere Wählerpotentiale anzusprechen.

3.1.1 Die NPD auf Bundesebene

Auf Bundesebene waren die Aktivitäten der NPD insbesondere durch die Diskussionen über neue Strategieansätze geprägt, die schließlich zur Abwahl des langjährigen Parteivorsitzenden Udo Voigt führten. Dieser hatte seit seiner Wahl im Jahre 1996 die Partei aus ihrer seit den siebziger Jahren zunehmenden Bedeutungslosigkeit ge-

führt, indem er zur Umsetzung seiner aggressiven Strategie die Partei zunächst für Neonazis öffnete und später durch ein Bündnis mit der konkurrierenden DVU den Einzug in ostdeutsche Landesparlamente erkämpfte. Die aktionistisch/neonazistisch geprägten Kräfte zeigten allerdings aufgrund ihrer deutlich über die Nahziele der NPD hinausgehenden Vorstellungen oftmals kein besonderes Interesse an der Zukunft der Partei.

Am 12./13. November wurde Udo Voigt auf dem Bundesparteitag der NPD in Neuruppin (Brandenburg) abgewählt. Neuer Parteivorsitzender wurde der Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes Holger Apfel. Der Wahlausgang war in Anbetracht der Kräfteverhältnisse offen. Den Ausschlag für Voigts Abwahl dürfte die Wahlniederlage der NPD bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September gegeben haben. Der provokativ geführte Wahlkampf erregte insbesondere durch ein Plakat mit der Überschrift „Gas geben“ sowie ein „NS-nostalgisches“-Kreuzworträtsel mit dem Lösungswort „Adolf“ öffentliche Aufmerksamkeit. Apfel hatte bereits vor der Wahl in einem Interview Kritik an der Wahlkampagne geäußert. Man dürfe sich nicht wundern, wenn durch das Führen eines „Nostalgie- und reinen Provokationswahlkampfes“ selbst „gutwillige Menschen“ den Eindruck hätten, die NPD habe nichts zu deren Alltagsproblemen zu sagen. Unter dem neuen Vorsitzenden dürfte sich das Handeln der NPD zukünftig stärker am tagesaktuellen Geschehen orientieren. Apfel hatte schon vor dem Parteitag ein Konzept der „Radikalen Seriosität“ angekündigt. Er strebt durch ein gemäßigtes Auftreten der NPD in der Öffentlichkeit offenkundig an, vom Wählerpotential rechtspopulistischer Parteien zu partizipieren.

Im Vorfeld der Wahl hatte die in Schleswig-Holstein herausgegebene Monatszeitung „Zuerst“ Holger Apfel die Gelegenheit gegeben, den von ihm angestrebten Kurs der Partei zu erläutern und gleichzeitig Udo Voigt zu kritisieren. Dabei ließ dieser erkennen, dass er den inhaltlichen Schwerpunkt der NPD in einer „Positionierung der NPD als Anti-EU-Partei im allgemeinen und als Anti-Euro-Partei im besonderen“ sieht. Dass der veränderte Auftritt der NPD keinen inhaltlichen, sondern einen eher kosmetischen Charakter hat, lässt sich aus Apfels Äußerung: „Unser Ziel ist es, die NPD ohne inhaltliche Anpassung fest in der Mitte des Volkes zu etablieren“ ableiten. Diese Einschätzung wird auch durch sein Bekenntnis zu einem „starken Bewegungskarak-

ter“ untermauert. Im rechtsextremistischen Sprachgebrauch wird der Begriff „Bewegung“ regelmäßig zur Umschreibung einer am historischen Nationalsozialismus ausgerichteten politischen Zielsetzung verwendet. Apfels Aussage zeigt, dass er die enge Verflechtung mit aktionistischen (neonazistischen) Kräften in der Partei fortzuführen gedenkt. Die Einschränkung, es gäbe Grenzen, „wo man sich parteiintern nicht auf der Nase herumtanzen lassen“ dürfe, kann nicht als wirkliche Abgrenzung gewertet werden. Insofern ist die ebenfalls in diesem Interview enthaltene Aussage:

„(...) Die NPD darf keine Polit-Sekte und Bürgerschreck-Truppe sein. Seriöse Radikalität bedeutet, konstruktiv, gegenwartsbezogen und volksnah für einen radikalen, d. h. an die Problemwurzel gehenden Politikwechsel einzutreten.“

in Anbetracht der anhaltenden Zusammenarbeit mit Neonazis nicht nur unglaubwürdig, sondern auch praktisch kaum durchführbar.

Auf scheinbar kritische Fragen des Chefredakteurs zur Aussage „Das System muss weg“ erklärte Apfel, das sei ein herbeigeredetes Missverständnis, denn mit dem Wort „System“ sei die Kumpanei von Konzernen, Banken und Parteien gegen deutsche Volksinteressen gemeint. Es überrascht nicht, dass an dieser Stelle das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung folgt:

„Schauen Sie einfach in die Satzung der NPD, dort steht unmissverständlich, dass die NPD auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.“

Die NPD streitet ihre auf Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten Ziele regelmäßig ab, jedoch können die von Holger Apfel verwendeten rechtsextremistisch „besetzten“ Begriffe wie „Überfremdung“ und sein Bekenntnis zu einem „starken Bewegungskarakter“ als Hinweis auf eine unverändert verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD gewertet werden. Im historischen Nationalsozialismus wurde der Begriff „System“ zudem neben der Diffamierung der Weimarer Republik zur Diskreditierung verschiedenster missliebiger Institutionen verwendet. Die von ihm in diesem Interview ebenfalls geäußerte Aussage,

„Auch wenn sich die Türken in Deutschland morgen taufen lassen, bleiben sie Türken und bleiben hier ethnisch-kulturelle Fremdkörper“

zeigt darüber hinaus eindrücklich die programmatische Ablehnung fundamentaler Verfassungsgrundsätze wie Gleichheit und Menschenwürde.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden politischen Diskussion um verfassungsfeindliche Äußerungen aus dem Umfeld der NPD hat am 1. Dezember eine länderoffene Arbeitsgruppe zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens unter Federführung von Sachsen-Anhalt ihre Arbeit aufgenommen. Mit der Sitzung am 13. Februar 2012 wurde diese Arbeitsgruppe zu einer Bund/Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums des Inneren zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens unter Beteiligung aller Länderbehörden für Verfassungsschutz. Geprüft werden auch die Vorbedingungen, die im Rahmen eines Verbotsverfahrens durch die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zu erfüllen sind.

3.1.2 Beteiligung an Landtagswahlen

Wahlergebnisse der NPD 2011 im Überblick		
	Datum	Ergebnis
Bürgerschaftswahl Hamburg	20.02.2011	0,9%
Landtagswahl Sachsen-Anhalt	20.03.2011	4,6%
Landtagswahl Baden-Württemberg	27.03.2011	0,97%
Landtagswahl Rheinland-Pfalz	27.03.2011	1,1%
Bürgerschaftswahl Bremen	22.05.2011	1,6%
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern	04.09.2011	6,0%
Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus	18.09.2011	2,1%

Besonders große Hoffnung hatte die NPD in die Wahl in Sachsen-Anhalt gesetzt. Der dortige Landesverband erhielt Wahlkampfunterstützung aus fast allen Bundesländern. Aus Schleswig-Holstein waren Wahlkampfhelfer der NPD aus verschiedenen Kreisverbänden vor Ort, um Flugblätter und Plakate zu verteilen. Unterstützt

wurden sie auch von Aktivisten der aktionistischen (neonazistischen) Szene. In Schleswig-Holstein wurden Internetberichte über die Wahlkampfhilfe genutzt, um eigene Propaganda zu verbreiten:

"Für eine bessere Zukunft Sachsen-Anhalts gehen wir unermüdlich von Dorf zu Dorf und geben den Menschen eine Information, dass es auch anders sein kann in dieser vom Kapital zerfressenen Welt. Unser Kampf ist es eine Volksgemeinschaft aufzubauen, die jedem Sturm standhält und sei er auch noch so stark."

"Es ist uns erst im Verlauf des Verteilens klar geworden, wie krank diese Republik ist und welcher durchgreifenden Maßnahmen es bedarf und noch bedürfen wird, um es wieder ganz zur Gesundheit zu bringen"

Den einzigen Wahlerfolg erzielte die NPD schließlich am 4. September bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Sie schaffte hier erneut – wie 2009 in Sachsen – den Wiedereinzug in ein Landesparlament. Dabei erhielt sie 6,0% (absolut: 40.642) der Zweitstimmen und verlor somit gegenüber der Landtagswahl 2006 (7,3%; absolut: 59.845) mit 19.203 Zweitstimmen etwa ein Drittel ihrer damaligen Wähler. Die Wahlbeteiligung sank im Vergleich zu 2006 um 7,6 Prozentpunkte auf 51,5%. Die NPD ist damit mit fünf Abgeordneten (2006: sechs) im Landtag vertreten. In ihren Wahlkampfauftritten versuchte sie, ihren Wählern das Bild einer Partei, die Missstände offen anspricht und sich um Probleme vor Ort kümmert, zu präsentieren. Verbunden mit einem intensiven Materialeinsatz gelang es, insbesondere in den ländlichen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns hohe Zustimmungsraten zu erzielen.

3.1.3 Die NPD in Schleswig-Holstein

Der schleswig-holsteinische Landesverband musste im Berichtsjahr einen geringfügigen Rückgang der Mitgliederzahl von 220 auf 210 hinnehmen. Auch unter dem im Jahr 2009 neu gewählten Landesvorsitzenden Jens Lütke gelang es ihr nicht, den Anhängerkreis zu erweitern oder sich durch politische Kampagnen öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Auch die seit dem Jahr 2009 beobachteten Bestrebungen zur Reaktivierung der Jungen Nationaldemokraten kamen augenscheinlich zum Erliegen.

Verschiedene Aktivitäten machten deutlich, dass schleswig-holsteinische NPD-Mitglieder durch ihr Auftreten das krasse Gegenteil zu dem vom neuen Parteivorsitzenden propagierten „Konzept der seriösen Radikalität“ darstellen. Mit zum Teil ausländerfeindlichen Berichten auf ihren Internetseiten (z. B.: „Asylbetrüger in Leezen“), in denen Asylbewerber in unzumutbarer Weise als Kriminelle abqualifiziert wurden, und Flugblattaktionen bzw. Infotischen, die mit Unterstützung von schwarz gekleideten Anhängern der so genannten Freien Kräfte durchgeführt wurden, erfüllte die NPD in Schleswig-Holstein eher das von Holger Apfel angeprangerte Image einer „Polit-Sekte und Bürgerschreck-Truppe“ (siehe Kap. 3.1.1). Neben offen propagierter Ausländerfeindlichkeit griff der Landesverband aber auch die in Bezug auf Rechtsextremismus „unverdächtigen“ Themen Europa oder Umweltschutz auf. Das Schwerpunktthema - auch in Schleswig-Holstein - war jedoch die vom NPD-Bundesverband initiierte anti-europäische Kampagne „Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur“. Hierzu gehörte eine Aktion des Landesverbandes am 17. September, bei der Anhänger der NPD und der Freien Nationalisten Flugblätter vor den Wahlkreisbüros von Bundestagsabgeordneten in Lübeck, Lensahn, Eutin und Kiel verteilten. In gewohnter Weise wurde die Aktion anschließend im Internet „gefeiert“:

„Am vergangenen Sonnabend versammelten sich Aktivisten der nationalen Opposition vor zahlreichen Wahlkreisbüros der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, um mit Flugblättern über die EU-Schuldenpolitik aufzuklären. (...) Während der Flugblattverteilung kam es zu zahlreichen Bürgergesprächen, die ausnahmslos positiv ausfielen. Man hatte den Eindruck, die Bürger waren froh, einmal ihrem Unmut über die verfehlte EU-Politik Luft zu machen.“

Auch am 22. Oktober führte die NPD zu diesem Thema einen bundesweiten Aktionstag durch. In Schleswig-Holstein konnten lediglich in Husum und im Raum Ostholstein Aktionen beobachtet werden. In bekannter Weise versuchte der Kreisverband Ostholstein im Internet auch hier sein eigenes Bild zu vermitteln:

„(...) Da dieses Thema den Menschen unter den Nägeln brennt, wurden viele aufklärende Gespräche mit geführt. An einem herrlichen Sonntag waren auch viele Menschen auf den Straßen unterwegs gewesen und konnten sich so ein gutes Bild über die politische Arbeit der NPD machen.“

Einen weiteren Schwerpunkt bei den Aktivitäten der NPD-Mitglieder bildete die Unterstützung anderer Landesverbände bei Wahlkämpfen. Ein auf der Internetseite des NPD-Kreisverbandes Lauenburg-Stormarn abgegebener Kommentar des stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden über das „Miteinander“ von Nationaldemokraten und Neonazis im Sinne einer „Bewegung“ lässt erkennen, dass die Errichtung einer am historischen Nationalsozialismus orientierten Gesellschaftsordnung nach wie vor das Ziel der hier aktiven Rechtsextremisten ist:

„Der Wiedereinzug der NPD in Mecklenburg und Pommern ist (...) trotz breit gefächelter Unsicherheit vollzogen. Viele Wochen und Monate lang setzten sich insgesamt hunderte Kameraden aus dem gesamten Bundesgebiet im unermüdlichen Wahlkampf dafür ein, dass nach wie vor eine nationale Opposition im Schweriner Landtag bestehen bleibt. Auch mehrere Kameradinnen und Kameraden aus Schleswig-Holstein, unter anderem auch die „freien Nationalisten Kiel“ sowie verschiedenste Kreisverbände aus Neumünster, Lübeck, Kiel und Lauenburg trugen ihr Bestes dazu bei und blieben zum Teil über mehrere Tage in den Wahlkampfzentralen um bei den Aktionen zu helfen. (...) Dies war ein grandioser, selbstloser Einsatz aller nationalen und sozialistischen Aktivisten unserer Bewegung, doch muss uns klar sein, dass wir uns auf diesem Erfolg auf gar keinen Fall ausruhen dürfen. (...) Außerdem ist auch bei uns die Landtagswahl am 6. Mai 2012 in gar nicht mehr allzu weiter Ferne. Gerade jetzt ist jeder einzelne Kamerad des nationalen Widerstandes gefragt, beisammenzustehen und sich gemeinsam mit ganzer Kraft auf die kommenden Aufgaben unseres politischen Kampfes vorzubereiten.“

Trotz zurückgehender Aktivitäten im Berichtsjahr lieferte der schleswig-holsteinische NPD-Landesverband regelmäßig Beweise für die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei. Eine unter dem Emblem der Jungen Nationaldemokraten in der „Schleswig-Holstein-Stimme“ Nr. 2/2011 veröffentlichte Stellungnahme zur Darstellung im letzten Verfassungsschutzbericht lieferte zugleich einen Hinweis auf das Verhältnis der Partei zu tragenden Verfassungsgrundsätzen. Ganz im Sinne des historischen Nationalsozialismus wird an dieser Stelle der Liberalismus als „welt- und realitätsfremde Ideologie“ bezeichnet.

(Anmerkung: Nach dem 1934 erschienenen „Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus“ hatte die Staatsidee des Nationalsozialismus „von Führung und Gefolgschaft, Bindung und Einordnung unter eine straffe autoritäre Staatsgewalt (...) dem Liberalismus in Deutschland ein Ende bereitet“.)

Auch die der NPD vorgeworfene enge Verknüpfung mit Neonazis wird nicht geleugnet:

„Die nationale Opposition in Schleswig-Holstein ist auf dem richtigen Weg, denn nur durch eine Zusammenarbeit aller Kräfte können wir erfolgreich agieren“.

Eine weitere Bestätigung findet sich in einem in diesem Jahr angefallenen Flugblatt des Landesverbandes mit der Überschrift „Überfremdungsfalle“. Die unmissverständliche Forderung auf dem Flugblatt lautet:

„Wir müssen das System abschaffen, bevor das System uns Deutsche abschafft“.

Die NPD zeichnet hierfür gemeinsam mit der Internetpräsenz „mein-sh-info“ der aktivistischen Szene verantwortlich.

3.1.4 Vorbereitung auf die Landtagswahl

Am 17. Juli führte die NPD zur Vorbereitung der Landtagswahl 2012 einen (Wahl)-Parteitag in der Gemeinde Steinburg (Kreis Steinburg) mit rund 50 Teilnehmern durch, bei dem die Kandidaten für die Landesliste und die 35 Wahlkreise aufgestellt wurden. Die Landesliste wird erwartungsgemäß vom Landesvorsitzenden Jens Lütke (33) angeführt. Die folgenden Kandidaten sind seine Stellvertreter Ingo Stawitz (61), Hermann Gutsche (57) und Kay Oelke (52). Die NPD veröffentlichte auf ihrer Internetseite einen Bericht zum Landesparteitag und versuchte – völlig realitätsfern – politische Stärke zu suggerieren:

„Die harmonisch und vollkommen störungsfrei verlaufende Versammlung am vergangenen Sonntag hat gezeigt, dass die Mitglieder bereit sind, der NPD im Norden in einem aktiven Wahlkampf neue Durchschlagskraft zu verleihen.“

Des Weiteren enthielt der Bericht die üblichen Provokationen und Diffamierungen von Parlamentariern. Die Wortwahl zeigte einmal mehr, dass der Parlamentarismus

von der NPD abgelehnt wird und somit nur als Mittel zum Zwecke der Überwindung des demokratischen Rechtsstaates genutzt werden soll:

„Bereits zum zweitenmal in Folge wird im Mai nächsten Jahres der Landtag im nördlichsten Bundesland vorzeitig neu gewählt – ein Offenbarungseid in Sachen Unfähigkeit der parlamentarischen Kaste. (...) Die NPD ist nicht nur die einzige Alternative zu den regierenden Versagerparteien, sondern auch eine Partei, die vor Ort in der Öffentlichkeit Gesicht zeigt. Daher wurden zusätzlich zur Landesliste für alle 35 Wahlkreise auch Direktkandidaten nominiert.“

Die NPD bereitete sich somit mit der frühzeitigen Aufstellung der Kandidaten auf einen engagierten Wahlkampf vor. Auf der Internetseite des Landesverbandes und fast aller Kreisverbände wird um Unterstützerunterschriften geworben. Die NPD verbreitet Zweckoptimismus für den Wahlkampf.

Dabei dürfte der NPD klar sein, dass ihre Aussichten auf einen Wahlerfolg gering sind. Die Partei hat es in Schleswig-Holstein nur einmal, nämlich 1967 mit 5,8% (4 Sitze) in den Landtag geschafft. Seitdem lagen die Wahlergebnisse, soweit sich die NPD an den Landtagswahlen beteiligt hat, zwischen 0,2% und 1,9%.

Bei den Landtagswahlen 2009 erreichte die NPD nur 0,9%. Sie erhält damit zur Zeit keine Mittel aus der Parteienfinanzierung.

Diese finanziell ungünstige Ausgangslage und die Berichterstattung über die Taten der „Zwickauer Terrorzelle“, die bundesweit auch einige Verbindungen zu Personen, die der NPD nahe stehen oder sogar Mitglied sind, aufzeigte, wird sich voraussichtlich negativ auf das Wahlergebnis der NPD auswirken.

3.2 Neonazistische („aktionistische“) Personenzusammenschlüsse in Schleswig-Holstein

Die Unterscheidungen zwischen den Hauptströmungen des Rechtsextremismus sind historisch gewachsen. Ihr liegen die Erfordernisse einer differenzierten Darstellung des modernen Rechtsextremismus zugrunde. Maßgebliche Kraft war die 1964 gegründete NPD. Später kam die dem so genannten „national-freiheitlichen“ Spektrum zugerechnete DVU dazu. In den siebziger Jahren entstanden schließlich die neonazistischen Organisationen. Als neonazistisch (eigentlich: neonationalsozialistisch) wurden damals alle politischen Strömungen bezeichnet, die nach 1945 an die Tradi-

tion der Nationalsozialisten anknüpften und einen rassistischen, nach dem Führerprinzip ausgerichteten und von einer totalitären Einheitspartei beherrschten Staat im Sinne Adolf Hitlers anstrebten. Der Rechtsextremismus in Deutschland hat sich seit den siebziger Jahren allerdings grundlegend verändert. Die ursprüngliche Abgrenzung der NPD von den Neonazis ist schon seit Mitte der neunziger Jahre Geschichte. Die Grenzen zwischen beiden Strömungen sind zusehends verschwommen. Nicht nur in Schleswig-Holstein ist eine getrennte Darstellung von NPD und „aktionistischem“ Neonazismus kaum noch möglich.

Bestrebungen zu einer deckungsgleichen Übernahme der nationalsozialistischen Ideologie sind bei den heutigen aktionistischen Rechtsextremisten die Ausnahme. Insofern gibt es bei den Neonazis der Gegenwart häufig nur noch rudimentäre Übereinstimmungen mit dem historischen Nationalsozialismus. Aufgrund des aus neonazistischer Sicht aber gemäßigten Kurses des neuen Vorsitzenden der NPD gibt es gute Gründe für die Prognose, dass die aktionistische Szene und die NPD sich in der Zukunft wieder weiter voneinander entfernen werden. Auch in Schleswig-Holstein gibt es hierfür bereits erste Hinweise. Beispielhaft ist die im Raum Nordfriesland beobachtete Abwendung der eindeutig neonazistisch geprägten aktionistischen Kräfte von der NPD.

Das aktionistische Personenpotenzial liegt in Schleswig-Holstein derzeit bei etwa 760 Personen. 590 schleswig-holsteinische Rechtsextremisten gelten als gewaltbereit. Sie entstammen zu einem erheblichen Teil der Subkulturszene. Etwa 170 Personen werden zu den Neonazis gezählt. Insgesamt gelten etwa 150 Personen als für öffentliche rechtsextremistische Auftritte mobilisierbar.

Einen Überblick über in Schleswig-Holstein bestehende aktionistische Zusammenschlüsse, die zumindest ansatzweise zu planmäßigen Aktivitäten bereit sind, bietet die Internet-Seite „mein-sh.info“. Sie listet nicht nur die vorhandenen Aktionsgruppen auf, sondern zeigt durch ihre „Verlinkungen“ mit rechtsextremistischen Gruppen, die eigentlich anderen Strömungen zuzurechnen wären, auch die weitgehenden zumindest informellen Vernetzungen innerhalb der gesamten Szene. Zudem zeigt sie durch Kommentare auf den verschiedenen Seiten auch die politischen Schwerpunkte und Ziele auf. Einzelne Texte lassen zudem Rückschlüsse auf eine in Einzelfällen

latent erhöhte Gewaltbereitschaft zu. Die Internet-Seite war zum Jahresende mit 22 Aktionsgruppen „verlinkt“. Davon sind acht als „NPD-Aktionsgruppen“ ausgewiesen. Von den 14 übrigen dort angegebenen angeblichen Gruppen sind allerdings höchstens sechs als aktiv anzusehen.

Die Verweise zu den Seiten der „NPD-Aktionsgruppen“ führen sämtlich auf Seiten, die von schleswig-holsteinischen NPD-Untergliederungen betrieben werden. So zeigt sich auch an dieser Stelle, dass in Schleswig-Holstein eine differenzierte Betrachtung der neonazistisch/aktionistisch geprägten Szene und der NPD den tatsächlichen Verhältnissen im hiesigen Rechtsextremismus nicht gerecht würde.

Die Internet-Seite „mein-sh.info“ enthält überwiegend hinlänglich bekannte rechtsextremistische Aussagen. Der Schwerpunkt liegt bei der Werbung für die Teilnahme an überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Da der Zweck der Seite überwiegend in der Steuerung der Szene und Rekrutierung von Nachwuchs besteht, sind rechtspopulistische Themen, die Rechtsextremisten in der öffentlichen Agitation gern zur Verschleierung ihrer Ziele verwenden, die Ausnahme.

Für die „Subkulturellen“ spielt die rechtsextremistische Musik nach wie vor die wichtigste Rolle. Der gemeinsame „Konsum“ rechtsextremistischer Musik hat nach wie vor eine Identität stiftende Wirkung und verfestigt das rechtsextremistische Weltbild. Es ist aber nicht zu verkennen, dass in dieser Szene zurzeit in Schleswig-Holstein nur ein mäßiges Interesse an politischer Betätigung besteht. Die Zahl der landesweit im Jahre 2011 durchgeführten rechtsextremistischen Musik-Veranstaltungen (4) ist gegenüber dem Vorjahr (11) deutlich gesunken. Damit setzt sich der im Vorjahr festgestellte Trend weiter fort. Offenkundig gibt es derzeit keine Aktivisten innerhalb der schleswig-holsteinischen Szene, die in der Lage sind, größere Musikveranstaltungen zu organisieren.

Fünf rechtsextremistische Bands haben ihren Sitz in Schleswig-Holstein, wobei die Gruppen „Das letzte Aufgebot“ (Raum Lübeck), „Holsteiner Wölfe“ (Raum Ratzeburg) und „Einherjer“ (Raum Lübeck/Ostholstein) im Jahr 2011 inaktiv waren. Hingegen trat die Gruppe „Words of Anger“ (Raum Ostholstein) einmal auf. Die erneut „engagierteste“ schleswig-holsteinische Band war die Gruppe „Timebomb“, die aus dem südöstlichen Landesteil stammt. Für 2011 konnten fünf Live-Auftritte registriert werden (2010 neun Auftritte). Unter den bundesweit etwa 30 bekannten rechtsextremisti-

schen Liedermachern befinden sich nach wie vor noch drei Schleswig-Holsteiner. Allerdings war nur einer dieser Schleswig-Holsteiner im abgelaufenen Jahr aktiv.

Im Jahr 2011 fanden bundesweit ca. 120 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2010: 125). In Schleswig-Holstein wurden davon lediglich zwei Konzerte durchgeführt (2010: fünf). Diese fanden - wie schon die Konzerte im Vorjahr - im südöstlichen Schleswig-Holstein statt, wobei wiederum beide Veranstaltungen von Angehörigen der lokalen bzw. regionalen Szene organisiert wurden.

Auftritte rechtsextremistischer Liedermacher haben 2011 auch bundesweit mit ca. 25 (2010: 40) deutlich abgenommen. In Schleswig-Holstein fanden im Berichtsjahr zwei rechtsextremistische Liederabende statt, die beide im Neumünsteraner „Club 88“ durchgeführt wurden. Die Abwärtstendenz ist dennoch deutlich. Im Jahr 2009 mussten nämlich noch acht derartige „Balladenabende“ – davon sieben im „Club 88“ in Neumünster – registriert werden.

4. Rechtsextremistische Aktivitäten in Kreisen und Städten

Rechtsextremistische Bestrebungen sind in fast allen Teilen des Landes vorhanden. Die öffentlich wahrnehmbare Szene wird im Wesentlichen durch aktionistische Kräfte und die NPD geprägt. Das Spektrum umfasst aber auch sektiererisch anmutende Kleinstgruppen, die ihre rechtsextremistische Weltanschauung von der Öffentlichkeit meist unbemerkt ausleben. Gründung oder Fortbestand aktionistischer Bündnisse sind maßgeblich von Initiativen abhängig, die von Einzelpersonen ausgehen. Erfahrungsgemäß wirken sich bestehende NPD-Strukturen stabilisierend auf regionale Szenen aus. Regionale Schwerpunkte in Schleswig-Holstein haben oft nur kurze Zeit bestand. Die nachfolgende Aufstellung stellt keine abschließende Aufzählung der in den Kreisen und kreisfreien Städten existierenden rechtsextremistischen Strukturen auf, sondern benennt lediglich beispielhaft hervorzuhebende Aktivitäten in verschiedenen Landesteilen.

4.1 Kiel

Der Rechtsextremismus im Raum Kiel wird weiterhin durch Personen bestimmt, die primär dem aktionistischen Spektrum zuzurechnen sind. Seit Jahren besteht eine enge Verknüpfung mit der NPD. Nach eigenen Angaben arbeiten Vertreter des NPD-Kreisverbands Kiel/Plön und der „Freien Nationalisten Kiel“ bei Infotischen und Flugblattverteilaktionen zusammen. Der Kreisverband unterstützte Anfang des Jahres die Wahlkämpfe in Hamburg, Sachsen-Anhalt und Bremen. Angehörige des Kreisverbandes nahmen an verschiedenen Kundgebungen und Infotischen in verschiedenen Landesteilen teil. Insbesondere aber in den Sommermonaten war die NPD im Raum Kiel öffentlich kaum wahrnehmbar. Erst ab September trat die Partei in der Region zumindest mit Flugblattverteilaktionen und Infotischen wieder in die Öffentlichkeit. So wurden im September Flugblätter vor den Büros einiger Bundestagsabgeordneter verteilt. Die Aktion richtete sich gegen den Euro-Rettungsschirm. Sie war Ausdruck einer von dem NPD-Bundesverband ausgerufenen Kampagne gegen den Euro. Anschließend wurden am 8. Oktober und 12. November in Kiel sowie am 10. Dezember in Kiel und Lütjenburg Infotische registriert. Diese Infotische wurden zumeist am jeweiligen Aktionstag für ca. 2 Stunden an einem Standort aufgestellt und dann in einem anderen Stadtteil oder einer anderen Gemeinde für weitere 2 Stunden neu aufgebaut. Hierdurch sollte offenkundig vielfältige regionale Präsenz der Partei suggeriert werden.

4.2 Lübeck und Ostholstein

Die wiederum für Schleswig-Holstein bedeutsamste rechtsextremistische Veranstaltung fand - wie schon in den vergangenen Jahren - in Lübeck statt. Am 26. März marschierten unter dem mittlerweile hinlänglich bekannten Motto "Bomben für den Frieden - Im Gedenken an den Alliierten Bombenterror" erneut Rechtsextremisten durch die Stadt. Demonstrationsanmelder war das NPD-Landesvorstandsmitglied Roland Fischer aus Kiel. Die Verantwortlichen begannen bereits im Spätherbst 2010 mit den Vorbereitungen für die Demonstration. Der Grund hierfür war die im Laufe der Jahre erkennbar nachlassende Anziehungskraft. Bereits an der Auftaktveranstaltung nahmen mehr als 50 Aktivisten teil. In der Folgezeit gab es eine Vielzahl weiterer Mobilisierungsveranstaltungen. So wurden insbesondere im Februar und März

fast an jedem Wochenende Infotische oder Mahnwachen im Großraum Lübeck/Ostholstein abgehalten. Hierdurch gelang es, fast die gesamte derzeit in Schleswig-Holstein mobilisierbare Szene für die Teilnahme an dem Trauermarsch zu gewinnen. Insgesamt nahmen ca. 250 Rechtsextremisten teil. Diese waren auch aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen angereist. Auch Einzelpersonen aus Dänemark konnten erneut festgestellt werden. Als Redner traten neben dem Veranstaltungsleiter die länderübergreifend tätigen Neonazis Thomas Wulff auch der Kölner Neonazi Axel Reitz sowie der amtierende NPD-Landesvorsitzende Jens Lütke auf. Im Gegensatz zur Vorjahresveranstaltung im März 2010 konnte die vereinbarte Route mit geringen Modifikationen eingehalten werden. Die Veranstalter kommentierten die Störversuche von Gegemonstranten im Internet betont gelassen u. a. mit den Worten:

„Wir lassen uns auch 2011 nicht von strafbaren Blockaden beeindrucken. Soll ruhig das ganze antideutsche Gesindel seine kriminelle Fratze zur Schau tragen, unterstützt von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und allem anderen, was in diesem System seit Jahrzehnten gegen uns Deutsche arbeitet. Wir erwarten gar nichts anderes – und werden trotz rechtswidriger Polizeischikanen entschlossen für unsere Toten auf die Straße gehen!“

Auf der ausschließlich für den Trauermarsch eingerichteten Internetseite (<http://bombenterror.info/>) fiel das Resümee der Veranstalter fast überschwänglich aus, indem sie u. a. äußerten:

„Für dieses Jahr können wir ohne jede Übertreibung eine positive Bilanz ziehen. Unser Anliegen hat Lübeck über viele Wochen hinweg beschäftigt, die Beteiligung ist wieder deutlich gestiegen und der Marsch als krönender Abschluß der Kampagne konnte über zwei Stunden lang durchgeführt werden. Es bleibt dabei: Ehrenhaftes Gedenken den unschuldigen Opfern des Bombenterrors - kein Friede mit den alliierten Verbrechern und ihren heutigen Handlangern in der BRD!“

Der Rechtsextremismus in der Region Lübeck/Ostholstein wird durch den dortigen NPD-Kreisverband geprägt, der zu den aktivsten NPD-Gliederungen in Schleswig-Holstein gehört. Er führte wiederum diverse Flugblattaktionen und Infotische durch. Thematisiert wurden insbesondere „unverdächtige“ Themen wie die geplante Fehmarnbelt-Querung und die „Euro-Krise“. Zum Jahresende agitierte die Partei auf

Protestveranstaltungen gegen ein in Lübeck-Moisling geplantes Asylbewerberheim und forderte die Bevölkerung in diesem Zusammenhang auf, zur Verhinderung dieser Einrichtung bei den Wahlen im Mai 2012 der NPD die Stimme zu geben. Bereits im Herbst 2010 angefallene Hinweise zu möglichen Gründungen von Stützpunkten der NPD Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) im Raum Ostholstein haben sich dagegen bisher nicht bestätigt. Unabhängig davon sollte durch Internetveröffentlichungen offenkundig die Existenz JN-Strukturen suggeriert werden.

4.3 Pinneberg

In der Region Pinneberg gab es zumindest in der ersten Jahreshälfte noch Hinweise auf die Existenz einer organisierten rechtsextremistischen Szene. Neben der Beteiligung an einer anlässlich des 66. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden dort durchgeführten rechtsextremistischen Demonstration am 19. Februar war die als „Pinneberger Jugend“ bekannte Gruppe auch „vor Ort“ aktiv. Sie führte gemeinsam mit Vertretern des NPD-Bezirksverbands Westküste am 5. Februar in Pinneberg eine Kundgebung zum Thema „Keine radikalen Islamisten in Pinneberg“ durch. Vorgegangen war eine umfangreiche Berichterstattung der Medien über Islamisten in einer Pinneberger Moschee. Das Ziel war es, der Bevölkerung zu demonstrieren, dass sie nicht allein mit den Problemen von Überfremdung und zunehmender Verwahrlosung deutscher Werte und Normen seien. Die Verbindung zur NPD zeigte sich auch am 3. Oktober bei einer Kundgebung des Bezirksverbands Westküste, an der auch Mitglieder der Jugend Pinneberg beteiligt waren. Seit Ende des Jahres ist allerdings die Internetseite der „Pinneberger Jugend“ nicht mehr aufrufbar. Insofern ist auch die Situation in Pinneberg als exemplarisch für die Kurzlebigkeit rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse anzusehen.

4.4 Segeberg/Neumünster

Wie schon in den Jahren 2009 und 2010 waren auch im ersten Halbjahr des abgelaufenen Jahres kaum öffentliche rechtsextremistische Aktivitäten im Bereich Segeberg/Neumünster feststellbar. Dies änderte sich erst, nachdem im Juli zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres ein neuer NPD-Kreisvorstand gewählt wurde. Neuer Vor-

sitzender wurde ein ursprünglich aus dem Kreisverband Kiel/Plön stammender Rechtsextremist. Dieser hatte erst kurz vor dem Wahltermin in den Kreisverband Segeberg/Neumünster gewechselt. Seit seiner Wahl versuchte er, die im Kreisverband nicht mehr vorhandene Aktionsbereitschaft nachhaltig zu beleben. So initiierte er kurzfristig schon am 16. Juli in Bad Segeberg eine Kundgebung, die sich gegen das aus rechter Sicht „linksorientierte“ Zentrum „Hotel am Kalkberg“ richtete. Weitere NPD-Infotische wurden am 15. Oktober in Wahlstedt, am 29. Oktober in der Innenstadt von Neumünster, am 12. November in Norderstedt und am 26. November in Kaltenkirchen durchgeführt. Bei den meisten dieser Aktionen konnten aber lediglich wenige NPD-Aktivisten mobilisiert werden, die zum Teil erkennbar aus anderen Kreisverbänden rekrutiert worden waren. Die Veranstaltungen stießen entgegen der positiven Berichterstattung auf der Homepage des NPD-Kreisverbandes in der Öffentlichkeit tatsächlich nur auf sehr begrenztes Interesse.

Der über die Landesgrenzen hinaus bekannte Szene-Treff „Club 88“ in Neumünster hat für den organisierten Rechtsextremismus weiter an Bedeutung verloren. Nachdem im Jahr 2010 weder ein Liederabend noch ähnliche gelagerte Musikveranstaltungen im Club 88 stattgefunden hatten, konnten auch für das Jahr 2011 lediglich zwei Liederabende registriert werden. Grund dafür könnte neben einem allgemeinen Desinteresse auch die in Neumünster seit längerer Zeit latent vorhandene Rockerproblematik sein. Der dortigen Rockergruppe zumindest nahe stehenden Personen zählen zu den regelmäßigen Club-Besuchern. Allerdings sind deren Interessen eher unpolitisch. Viele ehemalige Besucher des Club 88 haben sich möglicherweise aus diesem Grund aus der Club-Szene zurückgezogen. Zudem sind in der rechtsextremistischen Szene in Neumünster derzeit keine Personen mit Führungsanspruch vorhanden, die das in der Stadt vorhandene subkulturell geprägte Personenpotenzial entsprechend instrumentalisieren könnten.

4.5 Südöstliches Schleswig-Holstein

Die öffentlichen Auftritte und Aktionen der Gruppe „Nationale Sozialisten Lauenburg“ (NASO-LB) beschränkten sich in den letzten beiden Jahren überwiegend auf Flugblattverteilungen, vereinzelte Säuberungsaktionen zum Heldengedenken sowie

die Teilnahme einzelner Mitglieder an einem rechtsextremistischen „Trauermarsch“ im August in Bad Nenndorf (Niedersachsen). Die Zahl der provokanten Auftritte von Rechtsextremisten war im Berichtsjahr in dieser Region zunächst sogar rückläufig. Allerdings musste gegen Ende des Jahres eine zunehmende Aggressivität der Gruppe festgestellt werden. Ausgelöst wurde diese Entwicklung unter anderem durch den Zuzug einer als besonders aggressiv bekannten Einzelperson. Hervorzuheben ist eine Auseinandersetzung von Rechtsextremisten mit der Polizei in der Silvesternacht auf dem Ratzeburger Marktplatz. Dabei wurde ein beteiligter Polizist von seinen Kollegen getrennt und in der Folge von mehreren Rechtsextremisten angegriffen. Die Polizei musste zur Beendigung des Konfliktes Pfefferspray einsetzen.

Im Gegensatz zu den vorher rückläufigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen nahmen die rechtsextremistischen Aktivitäten im Internet bis zur Jahresmitte hin sogar ständig zu. Nahezu regelmäßig wurden nun Aktionsberichte veröffentlicht und Kommentare zu Themen verfasst, die in der öffentlichen Diskussion standen. Im Mittelpunkt stand dabei häufig der Konflikt mit der örtlichen Antifa.

Der angrenzende Kreis Stormarn gehörte lange Zeit zu den schleswig-holsteinischen Regionen, die unterdurchschnittlich durch rechtsextremistische Bestrebungen betroffen waren. Im Jahr 2010 konnten erstmals lose Strukturen festgestellt werden. 2011 hat sich diese Situation verfestigt. Ausgangspunkt dieser Entwicklung waren die seit Ende 2009 zunehmenden Konflikte zwischen „links“- und „rechtsorientierten“ Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kreisgebiet. Diese Auseinandersetzungen sind 2011 zwar deutlich zurückgegangen; dennoch gibt es Hinweise auf eine sich weiter verfestigende Szene junger Rechtsextremisten. Im Kreisgebiet ist mittlerweile ein Personenpotenzial von etwa 25-30 zum Teil noch minderjährigen Personen vor allem aus den Bereichen Bargteheide, Reinfeld und Bad Oldesloe mobilisierbar. Hiervon ist allerdings nur ein kleiner Teil auch den „Autonomen Nationalisten Stormarn“ (ANS) zuzurechnen. Die selbst gewählte Bezeichnung bedeutet jedoch nicht, dass die Gruppe den als in einigen Ländern als besonders aggressiv bekannten „Autonomen Nationalisten“ zugerechnet werden kann. Die ANS bilden sozusagen den politischen Kern des aktionistischen Rechtsextremismus in der Region. Belegt wird die neonazistische politische Intention der Gruppe unter anderem dadurch, dass Gruppenangehörige offenbar Kontakt zu Rechtsextremisten der bayerischen Kameradschaft

„Division Franken“ aufgenommen haben. Nach der Selbstdarstellung im Internet sollen sich diese Gruppen bereits mehrfach getroffen haben, um gemeinsame „Kulturausflüge“ durchzuführen. Neben diesen Aktivitäten nahmen Angehörige des rechten Spektrums u. a. auch am Trauermarsch in Bad Nenndorf und am „Antikriegstag“ in Dortmund teil.

4.6 Westküste

Die maßgebliche Gruppierung in dieser Region ist derzeit der NPD-Bezirksverband Westküste, der die Kreise Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen umfasst. Ausschlaggebend sind die Aktivitäten des Bezirksverbands- und stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Ingo Stawitz. Er betätigte sich als Redner auf überregionalen NPD-Veranstaltungen oder führte auch selbst Veranstaltungen durch. Die NPD im Kreis Dithmarschen hatte im Frühjahr das Interesse der Medien geweckt, weil der Eigentümer einer stillgelegten Gaststätte in Hemme seine Immobilie der NPD angeblich zum Kauf angeboten hatte. Wie sich schnell herausstellte, standen der Partei aber nicht genügend finanzielle Mittel für den Erwerb der Immobilie zur Verfügung. Hier wurde offenkundig versucht, durch den angeblich drohenden Erwerb einer Immobilie durch die NPD, die betroffene Gemeinde zum Kauf zu bewegen und den Preis hoch zu treiben. Der Eigentümer stellt die Immobilie der NPD aber weiterhin für Veranstaltungen zur Verfügung. So fand beispielsweise das NPD-Sommerfest am 20.08.2011 auf dem Gelände hinter der Gaststätte statt.

4.7 Nördlicher Landesteil

Die öffentliche Wahrnehmung rechtsextremistischer Aktivitäten wird in den nördlichen Landesteilen überwiegend durch die Internetseiten des „Freier Widerstand Südschleswig“ (FWSS) bestimmt. Deren Protagonisten fallen durch die regelmäßige Veröffentlichung von Berichten und Beiträgen auf. Im Wesentlichen werden „Aktionsberichte“ über die Teilnahme an rechtsextremistischen Aufmärschen oder anderen Veranstaltungen sowie demokratische Parteien und Politiker verunglimpfende Artikel veröffentlicht. Die Bedeutung solcher Meldungen für andere Rechtsextremisten wird

auch dadurch deutlich, dass sie des Öfteren von anderen Gruppierungen auf deren Internetseiten übernommen wurden.

Daneben wurden auf den Internetseiten des FWSS mehrfach Artikel der NS-Zeitschrift „Der Angriff“ rezipiert. Bei dieser Zeitschrift handelte es sich um eine von Joseph Goebbels geschaffene Schrift, die das politische und gesellschaftliche „System“ der Weimarer Republik verunglimpfte. Teilweise übernahmen die Verfasser die historischen Artikel wortgetreu. Dabei dürfte es nicht nur um die bloße Lust an der Provokation gehen, sondern durchaus auch darum, die ideologische Verankerung der maßgeblichen Personen zu sichern. Derart eindeutige Bekenntnisse zum historischen Nationalsozialismus sind im heutigen neonazistischen Spektrum selten, stoßen jedoch mitunter auf große Zustimmung, so z. B. innerhalb sozialer Netzwerke oder rechtsextremistischer Internetforen.

Zu kontinuierlichen eigenen Aktivitäten sind rechtsextremistische Aktionsgruppen im nördlichen Landesteil allerdings auch nicht in der Lage. Die dortige Szene wird maßgeblich durch wenige Einzelpersonen bestimmt, die lediglich anlassbezogen ein Personenpotenzial von mehreren Dutzend Personen zu aktivieren vermögen. Rechtsextremistische Aktivitäten wie Teilnahmen an NPD-Infotischen oder Kundgebungen wurden allerdings überwiegend in anderen Landesteilen entfaltet. In Anbetracht der erkennbar erhöhten Gewaltbereitschaft von Neonazis aus dieser Region und einer eindeutig auf dem historischen Nationalsozialismus aufbauenden Motivation spielen die aktionistischen Rechtsextremisten im nordwestlichen Schleswig-Holstein derzeit eine Sonderrolle.

5 *Schrifttum, Verlagswesen und Vertriebsdienste*

Von Unternehmen, die u. a. von dem Vertrieb von rechtsextremistischer oder geschichtsrevisionistischer Literatur, NS-Devotionalien und rechtsextremistischer Musik leben, gehen nur selten politische Aktivitäten aus, die unmittelbar auf die Beseitigung tragender Verfassungsgrundsätze abzielen. Es ist ebenfalls nicht als unmittelbar verfassungsfeindliche Betätigung zu werten, dass derartige Unternehmungen praktizierenden Rechtsextremisten eine Beschäftigungsmöglichkeit bieten. Im Ergebnis lau-

fen solche Unternehmungen aber auf die Förderung verfassungsfeindlicher Aktivitäten hinaus. Die Verlagsprogramme sind insbesondere von Produkten durchzogen, die den Nationalsozialismus äußerst unkritisch darstellen oder sogar verherrlichen. Hierdurch wird den Konsumenten derartiger Verlagserzeugnisse der Weg in den Rechtsextremismus geebnet. In Schleswig-Holstein handelt es sich bei diesen Unternehmen ausschließlich um Verdachtsfälle verfassungsfeindlicher, rechtsextremistischer Bestrebungen.

Zurzeit sind vier Unternehmen bekannt, deren Bücherangebot offenkundig auf die Interessen rechtsextremistisch orientierter Leser abzielt. Eine herausragende Rolle nimmt dabei die Verlagsgruppe „Lesen und Schenken“ aus Martensrade (Kreis Plön) ein. Zu dem Unternehmenskomplex gehören zahlreiche Verlage. Außerdem werden regelmäßig verschiedene Publikationen herausgegeben.

6 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2009 bis 2011

	2009	2010	2011
NPD/JN	230	220	210
DVU	210	200	20
Sonstige			
nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	100	100	180
überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	180	180	170
Subkulturell geprägte und sonstige als gewaltbereit eingeschätzte Rechtsextremisten	735	640	590
Gesamt Land*	1.455	1.340	1.170
Gesamt Bund*	26.600	25.000	23.100

*Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Der Linksextremismus in Schleswig-Holstein war 2011 von der undogmatischen Szene, insbesondere Autonome, geprägt. Dieser Teil verfügte nach wie vor über die auch in diesem Jahr unter Beweis gestellte Fähigkeit, Aktionen durchzuführen und eigenes, extremistisches Gedankengut vielfältig zu propagieren. Trotz dieser Möglichkeiten war ein Bedeutungsverlust der undogmatischen Szene einhergehend mit einer Verringerung der Anzahl von Linksextremisten in diesem Bereich zu verzeichnen.

Wie in den Vorjahren war der dogmatische Linksextremismus demgegenüber von inhaltlicher Stagnation gekennzeichnet. Seine Fähigkeit zu Aktionen war marginal.

2011 belief sich die Anhängerschaft im Bereich des Linksextremismus auf rd. 750 Personen (2010: rd. 830 Personen); rd. 300 Personen (2010: rd. 330 Personen) können als gewaltorientiert bezeichnet werden. Der Rückgang der Gesamtzahlen ist differenziert zu bewerten. Fehlte es im gewaltorientiert undogmatischen Bereich insbesondere an herausragenden Ereignissen, die regelmäßig die Gelegenheit geben, neue Anhänger zu gewinnen, lag im dogmatischen Bereich der Grund ganz überwiegend im Ausscheiden von Mitgliedern aus Altersgründen.

Das Verständnis eines Teils der Szene, auch militante Aktionen als Handlungsoption einzubeziehen, zeigte sich bei der Entwicklung der Gewalttaten. Trotz eines Rückgangs der absoluten Anzahl erfasster politisch motivierter Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund (2010: 64, 2011: 43), lag der Anteil der Gewalttaten immer noch auf einem hohen Niveau. Dem Bereich der Gewalttaten waren ungefähr ein Viertel aller Straftaten zuzurechnen. Vor dem Hintergrund fehlender herausragender Ereignisse und dem Rückgang der Anzahl von Linksextremisten zeigte sich auch 2011 ein nach wie vor hohes Gefährdungspotenzial durch den gewaltorientierten Linksextremismus. Hiervon ist auch zukünftig auszugehen.

Linksextremisten versuchten ihre Agitation durch Aktionen „auf der Straße“ wie auch durch die Veröffentlichung von Publikationen zu betreiben. Dabei kam es zu themati-

schen Verknüpfungen verschiedener Aktionsfelder. Der Bereich „Anti-Repression“ wurde immer wieder aktionsfeldübergreifend thematisiert; oftmals einhergehend mit militanten Aktionen oder in besonders betontem „Verbalradikalismus“.

Stärker als in den Vorjahren wurde die Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise sowie die daraus entstandenen vielfältigen gesellschaftlichen Protestformen im Berichtszeitraum von schleswig-holsteinischen Linksextremisten beobachtet und diskutiert. Dabei gelang es ihnen jedoch nicht, bürgerlich demokratische Proteste für sich zu vereinnahmen und im Sinne einer „revolutionären“ Abschaffung der bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu verschärfen.

Nach wie vor kam dem Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ eine besondere Bedeutung zu. Hier kam es zu Gegendemonstrationen anlässlich des von Rechtsextremisten angemeldeten Aufzugs in Lübeck am 26. März. Das Ziel, wie im Vorjahr den Aufzug der Rechtsextremisten zu stoppen, konnte nicht erreicht werden. Auch Versuche gewaltbereiter Linksextremisten, die Gegendemonstration wieder als Plattform für gewalttätige Aktionen zu nutzen, verliefen weitgehend erfolglos. Die Diskussion zum Themenkomplex der terroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wurde von Linksextremisten am Jahresende auch dafür genutzt, Verständnis und Akzeptanz für ihr Handeln „gegen Rechtsextremisten“ zu erlangen. Unausgesprochen blieb jedoch, dass es hierbei gerade nicht nur um die Ablehnung rechtsextremistischen Gedankengutes ging, sondern um die Beseitigung der bestehenden, als faschistisch betrachteten Staats- und Gesellschaftsordnung.

Im Aktionsfeld „Anti-Atom“ wurde zu „Massenblockaden“ des KKW Brokdorf im Juni mobilisiert. Auch wenn die Proteste dann tatsächlich nicht in der geplanten Form durchgeführt wurden, war jedoch die Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit der Szene wie auch die Bereitschaft, gewaltorientierte Linksextremisten in die Kampagne einzubinden, erkennbar. Wie in den Vorjahren haben sich Linksextremisten aus Schleswig-Holstein an den - teilweise gewalttätigen - Protesten gegen den Castortransport im November in Niedersachsen beteiligt.

Auch in anderen Themenzusammenhängen kam es zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Eine gewalttätige „Solidaritätsaktion“ in Kiel am 2. Februar im Zusammen-

hang mit der Räumung des Wohnprojektes Liebigstraße 14 in Berlin, verstand die Szene als Kampf um autonome Freiräume. Der „Farbanschlag“ gegen das Gebäude des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel in der Nacht vom 7. auf den 8. September wurde u. a. mit „Kapitalismuskritik“ gerechtfertigt. Ein Brandanschlag in der Nacht zum 6. November auf zwei Lager-/ Produktionshallen der Firma Rheinmetall, die u. a. Rüstungsgüter herstellt, in Trittau sollte als „Anti-Militarismus“ verstanden werden.

Neben den Bemühungen, linksextremistische Einstellungen „öffentlichkeitswirksam auf die Straße zu tragen“, wurde auch versucht, verfassungsfeindliche Agitation durch Publikationen zu vermitteln. Außer der traditionellen Veröffentlichung in Druckmedien nutzte man auch das Internet zur Vorbereitung. Im Ergebnis enthielten die Veröffentlichungen immer wieder extremistische Forderungen und zielten letztlich auf die Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ab.

In der Bewertung bestätigte sich auch im Jahr 2011, dass politisch motivierte Straf- und Gewalttaten nur einen Aspekt der vom Linksextremismus ausgehenden Gefahren darstellten. Wenn es den Linksextremisten auch nicht gelang, bürgerlich demokratische Proteste für sich zu vereinnahmen, machten gerade die Versuche, linksextremistisches Gedankengut zu publizieren, jedenfalls die Gefahren deutlich, die hier von für eine „geistige Unterwanderung“ der bürgerlich demokratischen Gesellschaft ausgehen.

Im Ausblick für 2012 dürfte es zu Reaktionen der linksextremistischen Szene bei einer möglichen Teilnahme der NPD an der Landtagswahl im Mai 2012 kommen. Bereits seit 2005 hat sie hierauf mit der Initiierung der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ reagiert. Damals musste in diesem Zusammenhang auch ein Anstieg von Straftaten beobachtet werden.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Undogmatischer Linksextremismus

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

In Schleswig-Holstein ging die Anzahl undogmatischer Linksextremisten von ca. 330 Personen im Jahr 2010 um ungefähr 10% auf nun ca. 300 Personen zurück. Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts war bereits ein ähnlicher Rückgang festgestellt worden, so dass trotz der zwischenzeitlichen Konstanz der Personenzahl, bei Bereinigung um durch außergewöhnlich mobilisierungsfördernde Ereignisse ausgelöste Sonderentwicklungen, insgesamt nur noch eine deutlich kleinere Szene vorhanden ist.

Diese Entwicklung wirkte sich auch auf die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch-linksextremistischen Szene aus. Szenetypisch liegen sie zwar weiterhin in den großen Städten des Landes. Aber allenfalls in Kiel kann, gemessen an Personenpotential und Aktivitäten, von einer „stabilen“ Situation die Rede sein. In Flensburg, Lübeck und Neumünster sind dagegen rückläufige Tendenzen spürbar.

2.1.2 Entwicklung der undogmatischen Szene

Mit der Verringerung der Anzahl von Linksextremisten undogmatischer Prägung um ungefähr 10% ist ein Bedeutungsverlust der Szene einhergegangen. Dies gilt sowohl für die klassischen Autonomen, als auch in besonderem Maße für die Organisierten Undogmaten.

Die Organisierten Undogmaten streben weiterhin eine Zusammenarbeit mit Gruppierungen und Personen auch außerhalb des eigenen Spektrums an, um perspektivisch eine Mehrheit in der Bevölkerung zu erreichen. Doch gerade an den für einen Ausbau erforderlichen organisatorischen Strukturen, gegründet auf ideologischen Grundsätzen, fehlt es. Die Hauptvertreterin dieser Ausrichtung in Schleswig-Holstein, „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ (Avanti), konnte in dem Zeitraum um das Jahr 2000 im kleinen Maßstab das Gegenteil für sich reklamieren. Doch durch die Auswei-

tung aus dem Stammland Schleswig-Holstein auf Norddeutschland und das Mitwirken in der bundesweiten „Interventionistischen Linken“ misslang die gleichzeitig beabsichtigte weitere Festigung in den vergrößerten Strukturen. Die durchaus vorhandene Anerkennung über die Szene hinaus bezüglich der Durchführung von Großveranstaltungen, insbesondere bei der Bereitstellung von Infrastruktur, muss damit als „Pyrrhussieg“ bewertet werden. Eine führende politische Rolle kann der „Interventionistischen Linken“ weiterhin nicht zugesprochen werden. Dies wird sich in näherer Zukunft aufgrund fehlender institutioneller und inhaltlicher Konzepte voraussichtlich auch nicht ändern.

Dies gilt entsprechend für die in Schleswig-Holstein ansässigen Ortsgruppen von Avanti. Die weitgehende Dominanz früherer Jahre in der undogmatischen Szene des Landes ist verloren gegangen. Diese beruhte ohnehin mehr auf den öffentlichen Aktivitäten der Ortsgruppen aus Kiel und Lübeck, während die Gruppe aus Norderstedt in dieser Hinsicht lediglich eine untergeordnete und die Flensburger nahezu keine Rolle spielten. Doch dürften sich die beiden Gründungsortsgruppen von Avanti, Kiel und Lübeck, mehr mit sich selbst und überregionalen Themen beschäftigen. Jedenfalls sind sie inzwischen deutlich davon entfernt, sich zielführend in lokale Projekte einzubringen und nennenswerten Einfluss auf die übrige linksextremistische Szene auszuüben.

Insofern haben sich die Kräfte innerhalb der undogmatischen Szene zugunsten der „klassischen“ Autonomen verschoben. Dabei muss aber nochmals betont werden, dass es sich um eine interne relative Verschiebung handelt, da sich die Bedeutung des undogmatischen Linksextremismus absolut gesehen verringert hat.

Die Aktionsschwerpunkte der Autonomen lagen im Jahr 2011 weiterhin in den Themenbereichen „Freiraum“ und „Anti-Faschismus“. Typischerweise also dort, wo sie sich persönlich betroffen fühlten. Ebenso typisch und in Kontinuität, sowie im Gegensatz zu den Organisierten Undogmaten, lässt sich die Form der Zusammenarbeit als auf informelle Vernetzung ohne feste Organisation ausgerichtet beschreiben.

Die Unterschiede zwischen Autonomen und Organisierten Undogmaten liegen häufig nur in der praktischen Ausführung von Aktionen bei kurzfristig gleichen Zielen. So

schrieb z. B. die „Interventionistische Linke“ im bundesweiten Szeneblatt „Interim“ (Nr. 727, Seite 13):

„Uns geht es stets um öffentlich angekündigte und dann auch realisierte Massenaktionen. Diese strategische Entscheidung ist jedoch keine Absage an autonome Kleingruppenkonzepte. Im Gegenteil können Kleingruppenkonzepte oft eine sinnvolle Ergänzung zu Massenaktionen sein.“

2.2 Dogmatischer Linksextremismus

2.2.1 Entwicklung der dogmatischen Szene

Der dogmatische Linksextremismus unterliegt seit Jahren inhaltlicher Stagnation und personellem Rückgang – so auch im Jahr 2011. Seine Bedeutung und Einflussnahme im Phänomenbereich Linksextremismus ist marginal. Vereinzelt waren aber auch im vergangenen Jahr örtliche Gruppen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) bemüht, stärker mit Gruppen des undogmatisch linksextremistischen sowie des demokratischen Spektrums zusammenzuarbeiten.

2.2.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Dogmatische Gruppen und Parteien propagieren den Klassenkampf nach marxistisch-leninistischem Vorbild. Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein deutlich weniger als 500 Personen, wovon ca. 180 Personen der DKP zuzurechnen sind.

Die 1968 in der Phase der beginnenden Entspannungspolitik von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ gegründete DKP war bis zur Wende im Jahr 1989 ein Einflussinstrument der DDR in der Bundesrepublik Deutschland. In der Folgezeit hat die in ideologischer und finanzieller Hinsicht seinerzeit von der SED abhängige Partei stark an Bedeutung und Mitgliedern verloren. Die auch aktuell anhaltende negative Mitgliederentwicklung ist insbesondere auf die starke Überalterung der Partei zurückzuführen.

ren. Diese Entwicklung könnte den Fortbestand der Organisationsstruktur und damit die bundesweite Präsenz der Partei zunehmend gefährden. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der DKP, ihre „politische Eingriffsfähigkeit“ zu erhöhen, unrealistisch. Mit eigenen Aktionen ist der schleswig-holsteinische Landesverband der DKP im Berichtsjahr nicht in Erscheinung getreten. Die Wahl der schleswig-holsteinischen Bezirksvorsitzenden Bettina Jürgensen zur Bundesvorsitzenden im Jahr zuvor hat daran nichts geändert.

Die DKP will zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 in Schleswig-Holstein „politisch in den Wahlkampf“ eintreten. Das könnte für die jüngeren Mitglieder der DKP Anlass sein, aktiver zu werden und aus dem „Schatten“ der alten DKP-Mitglieder hervorzutreten.

Ansonsten zeigt die Partei in Schleswig-Holstein keinerlei Berührungspunkte, sich an Protestaktionen anderer, auch autonomer Gruppierungen, zu beteiligen. Ziel ist dabei, den eigenen politischen Einfluss zu vergrößern.

Der auf dem 19. Parteitag der DKP im Oktober 2010 in Frankfurt/a.M. öffentlich gewordene Bruch innerhalb der Partei zwischen den Befürwortern einer Beteiligung der Partei an gesellschaftlichen Bewegungen und der gegenläufigen Strömung mit dem Ziel der Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus ist bislang in keiner Weise beigelegt worden. Auf der „Theoretischen Konferenz“ zu diesem Richtungsstreit am 30. Oktober in Hannover hielt die Parteivorsitzende Bettina Jürgensen abschließend fest:

„...die inhaltlichen Positionen liegen teilweise nicht nur weit auseinander, sie können auch nicht durch einmalig stattfindende Beratungen, Konferenzen u. ä. geklärt werden.“

Die Parteiführung plädierte zum Abschluss der Konferenz für die Hinnahme des für eine kommunistische Partei eigentlich nicht hinnehmbaren Zustandes von Fraktionsbildungen. Die „Theoretische Konferenz“ hat die Stimmung des Parteitages ein Jahr zuvor widerspiegelt. Hier ging und geht es nicht um die Auslegung einzelner Begriffe, sondern um das kommunistische Selbstverständnis der Partei – zumal das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als Grundlage des Parteihandelns auf dem Spiel stehen könnte.

Abzuwarten bleibt, wie Bettina Jürgensen ihre Absicht, „integrierend in die Partei wirken zu wollen“, umsetzen will. Anlässlich einer Podiumsdiskussion der „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ am 11. Januar sagte sie in einem Interview auf der Internetseite www.kommunisten.de unter der Überschrift „Wege zum Kommunismus“:

„Wir müssen uns also bemühen, Politik als Lernprozess zu organisieren, der auf die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit und Organisiertheit zählt. (...) Ich bin der Überzeugung, dass wir nur überzeugen können, wenn wir gemeinsam mit anderen diese Prozesse organisieren, d.h. in der Konsequenz, dass wir selbst dabei nicht nur Lehrende, sondern auch Lernende sind. Und es heißt, dass wir nur als gleichberechtigte PartnerInnen dann auch entsprechend der gesellschaftlichen Notwendigkeit überzeugen können. Gleichberechtigt bedeutet, wir nehmen unsere BündnispartnerInnen in aller Unterschiedlichkeit als Diskussions- und HandlungspartnerIn an und ernst, wollen aber als Kommunisten selbst auch genauso gleichberechtigt anerkannt werden.“

Diese Aussage zugunsten der Beteiligung an gesellschaftlichen Bewegungen ist für die Mehrheit der DKP-Mitglieder nicht mehrheitsfähig, ebenso für die Mehrheit der Parteiführung. Sie möchten zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus zurückkehren.

2.2.3 Weitere Organisationen

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in Führungsgremien der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) vertreten.

Der marxistisch-leninistisch orientierte Jugendverband „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) ist ebenfalls – formal unabhängig – eng mit der DKP verbunden. Im Berichtsjahr sind keine nennenswerten Aktivitäten in Schleswig-Holstein zu verzeichnen gewesen.

Zu den weiteren im Land vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehören unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei lands“ (MLPD) sowie trotzkistische Organisationen wie die „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV), die „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) und „marx 21“.

Traditionell anarchistische Gruppen der Graswurzelbewegung sowie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) organisierten Anarcho-Syndikalisten gehören ebenfalls zum Spektrum des dogmatischen Linksextremismus, ohne jedoch in Schleswig-Holstein 2011 nennenswerte Bedeutung erlangt zu haben.

2.3 „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Die 1975 wieder gegründete „Rote Hilfe e.V.“ (Rote Hilfe) versteht sich selbst als strömungsübergreifenden Hilfs- und Solidaritätsorganisation. Eigenen Veröffentlichungen zufolge verfügt sie bundesweit über etwa 5.500 Mitglieder in 47 Ortsgruppen und acht Kontaktadressen. In Schleswig-Holstein unterhält sie eine Ortsgruppe in Kiel sowie eine Kontaktadresse in Rendsburg bei einem Bestand von rund 270 Mitgliedern.

Ihre Publikation „Die Rote Hilfe-Zeitung“ (RHZ) erscheint vierteljährlich in einer Auflagehöhe von ca. 6.500 Exemplaren. Die 1999 von Kiel nach Göttingen verlagerte Bundesgeschäftsstelle ist Mitte des Jahres innerhalb Göttingens in ein von der „Roten Hilfe e.V.“ gekauftes Haus umgezogen. In Kiel ist nach wie vor der Literaturvertrieb beheimatet, der sich auch um den Vertrieb der RHZ kümmert.

Den Jahresetat finanziert die „Rote Hilfe e.V.“ über Beiträge und Spenden.

„Die gesamte Arbeit in der Rote Hilfe e.V., also auch die Frage der Gewährung von materieller Unterstützung, ist untrennbar verbunden mit unserem Verständnis von Solidarität.“

Die „Rote Hilfe e.V.“ unterstützte im Berichtsjahr verschiedene „Ermittlungsausschüsse“ der linksextremistischen Szene, die sich während großer Demonstrationen wie in Dresden, in Lübeck und im Wendland um juristischen Beistand für Teilnehmer kümmern, die in diesem Zusammenhang mit der Polizei in Konflikt geraten sind (siehe Kap. 3).

3 Aktionsfelder

Die linksextremistische Szene hat 2011 insbesondere durch ihre Beteiligung an der „Antifaschismusarbeit“ und durch ihre Proteste gegen die Atomkraftpolitik auf sich aufmerksam gemacht. Themen wie die „Gentrifizierung“ von Stadtteilen, der „Kampf gegen die Globalisierung“ und die „Militarisierung der Gesellschaft“ spielten im Berichtszeitraum in Schleswig-Holstein eine geringe Rolle. Beim Aufgreifen ihrer bevorzugten Politikfelder haben Linksextremisten nur sehr bedingt eine Resonanz im demokratischen Spektrum der Bevölkerung erreichen können.

3.1 „Anti-Faschismus“

Vor allem das Aktionsfeld "Anti-Faschismus" wurde vom autonomen Teil der undogmatischen Szene, trotz grundsätzlicher Organisationsfeindlichkeit, zum Anlass genommen, über den Aufbau festerer Strukturen nachzudenken. Eine der größeren Zusammenschlüsse ist die „Autonome Antifa Koordination Kiel“ (AAKK). Das seit langem bestehende „Landesweite Antifatreffen“ (LAT) wird in erster Linie nur noch im Zusammenhang mit Wahlkämpfen aktiv.

Im November formulierte die AAKK in einer Veröffentlichung im Internet zum Thema „Antifaschismus-Kampf“:

„...Organe des bürgerlichen Staates können oder wollen den Schutz aller Menschen nicht gewährleisten, die Organisation antifaschistischer, auch militanten, Selbstschutzes ist und bleibt notwendig“.

Durch eine weitere Veröffentlichung der AAKK im Dezember machte die autonome Gruppierung deutlich, dass sie nicht nur bereit und in der Lage ist, sich mit der Organisation, sondern auch inhaltlich mit dem Komplex „Antifaschismus-Kampf“ auseinander zu setzen. Demnach seien

„...die staatlichen Anti-Nazi-Programme keine Alternative zu einer... antifaschistischen Praxis...“.

Weiter wurde festgestellt, dass es

„...keinen gemeinsamen politischen Nenner mit diesen Institutionen, auch nicht im Kampf gegen Neonazis [gebe], denn ihre Interessen sind nicht die Unseren. Unser Antifaschismus ist ein notwendiger Teil des Kampfes für die Emanzipation der Menschheit aus den barbarischen Verhältnissen, in denen Menschen für ihren Vorteil andere Menschen unterdrücken, ausbeuten und ermorden. Innenministerium, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz...stehen einer kämpfenden linken Bewegung als politische Gegner gegenüber.“

Im praktischen „Antifaschismus-Kampf“ der linksextremistischen Szene im Jahr 2011 sind die jährlich wiederkehrenden Demonstrationen vom 26. März in Lübeck und vom 1. Oktober in Neumünster zu nennen.

Seit 2006 findet jedes Jahr in Lübeck der mittlerweile größte, wiederkehrende Aufmarsch der norddeutschen rechtsextremistischen Szene anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Lübecks durch die britische Luftwaffe im März 1942 statt. Auch im Berichtsjahr wurde dagegen am 26. März mit mehreren „antifaschistischen“ Demonstrationen unter dem Motto „Wir können sie stoppen! Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!“ protestiert. Es hatte sich ein breit gefächertes Widerstand gebildet, wobei ein Bündnis aus Kirchenvertretern, Gewerkschaften, Parteien, bürgerlichen, aber auch linksextremistischen Gruppierungen bestand. Dabei zeigte sich aus dem extremistischen Spektrum erneut die Lübecker Ortsgruppe von „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) als besonders aktiv in der Bündnisarbeit.

Neben etlichen, auch überregional stattgefundenen Vorbereitungstreffen wurde im Internet monatelang intensiv auf den lokalen in der Szene bekannten Internet-Domänen und zusätzlich auf einer speziell eingerichteten Internet-Sonderseite für die Gegenkundgebung geworben. Im veröffentlichten Aufruf wurden Protest- und Blockadeaktionen des gesamten Spektrums angekündigt. Konkret ging es um vier Blockadepunkte, die die gesamte Strecke des rechtsextremistischen Aufzugs effektiv blockieren sollten.

In dem Flugblatt, das von dem großen Bündnis bürgerlicher und extremistischer Gruppierungen unterzeichnet worden war, hieß es:

„Im März 2010 gelang es erstmals, den alljährlichen Naziaufmarsch in Lübeck durch breite Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams zu stoppen. Die ungefähr 160 Nazis konnten nur wenige hundert Meter gehen - den weiteren Weg haben antifaschistische Blockaden versperrt. (...) Der 27.3.2010 wurde zu einem Fiasko für die Nazis. (...) Das heißt für uns, jetzt nicht nachzulassen! In diesem Jahr haben wir die realistische Chance, den Nazis zukünftig die Lust an Aufmärschen in Lübeck zu nehmen. (...) Wir werden die Straßen Lübecks nicht den Nazis überlassen. Neben Kundgebungen und Menschenketten halten wir besonnene und entschlossene Sitzblockaden auf der Aufmarsch-Route der Nazis für ein geeignetes Mittel, dafür zu sorgen, dass diese alljährlichen Aufmärsche in Zukunft unterbleiben. (...)“

Bereits am 12. März konnte das Bündnis „Wir können sie stoppen“ anlässlich einer NPD-Mahnwache in Lübeck-Travemünde ca. 100 Teilnehmer mobilisieren, um gegen die rechtsextremistische Veranstaltung zu demonstrieren. Diese besetzten im Rahmen dieser Aktion mittels einer Sitzblockade den vorgesehen Kundgebungsort der angemeldeten Mahnwache, bevor dieser durch die Polizei abgesperrt werden konnte. Dadurch musste die Mahnwache kurzfristig verlegt werden. Weiterhin fand am 19. März in der Lübecker Innenstadt eine Demonstration unter dem Motto „Wir gegen Rechts - Demonstration gegen Nazis und Rassismus“ statt. Mit diesen Veranstaltungen wurde stetig die Aufmerksamkeit auf die am 26. März stattfindende Gegendemonstration gelenkt und viele Menschen sensibilisiert.

Das Gesamtpotential der Gegendemonstranten am 26. März bewegte sich bei rund 1.600 Teilnehmern, die nicht nur aus Schleswig-Holstein, sondern auch aus Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und sogar Dänemark und Schweden kamen.

Von den im Vorfeld ausgewiesenen vier Blockadepunkten des von führenden Aktivisten der linksextremistischen Gruppe Avanti beeinflussten Bündnisses „Wir können sie stoppen“ kam es dann tatsächlich zu zwei errichteten Blockaden, die jedoch zügig von eingesetzten Polizeikräften geräumt worden sind. Auch der Versuch, die rechten Demonstrationsteilnehmer am Hauptbahnhof einzukesseln und somit am Losmarschieren zu hindern, misslang. Der Aufzug der Rechtsextremisten wurde sodann durch lautstarke verbale Proteste, Musikbeschallung und von wenigen Stein- und Flaschenwürfen begleitet. Die ständigen Versuche von kleinen militanten Gruppen, zum Aufzug der Rechten zu gelangen, konnten immer wieder durch Polizeikräf-

te und deren Einsatz von Sperrgittern, Polizeihunden, Pfefferspray sowie Platzverweisen verhindert werden. Schließlich konnten sich dann 400 Gegendemonstranten zu einer weiteren Blockade versammeln. Unter diesen befanden sich etliche Personen des militanten autonomen Spektrums, die teilweise verumumt auftraten und Wurfgeschosse sowie Pyrotechnik mit sich führten. Da dieser Gefahrenpunkt unmittelbar von der Marschstrecke der Rechtsextremisten tangiert werden sollte, wurde aus deeskalierenden Gründen eine Abkürzung der ursprünglichen Route beschlossen. Die noch verbleibende restliche Strecke des rechtsextremistischen Aufzuges konnte ohne weitere Vorkommnisse bis zum Ende durchgeführt werden.

Auch 2011 fand anlässlich des Geburtstages der von Rechtsextremisten betriebenen Gaststätte „Club 88“ am 1. Oktober im Neumünsteraner Stadtteil Gadeland eine „antifaschistische“ Kundgebung unter dem Motto „Club 88 schließen“ statt. Zwar ist der Geburtstag des „Club 88“ stets der konkrete Anlass für geplante „antifaschistische“ Veranstaltungen, jedoch bietet diese Lokalität nicht allein durch ihre alljährlichen Geburtstagsfeiern Grund für breite Proteste: Mit dem „Club 88“ verfügt die Neonazi-Szene seit nunmehr 15 Jahren über einen eigenen Treffpunkt in Neumünster.

Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen die Betreiberin des „Club 88“ anlässlich des Geburtstages des Treffpunkts meistens größere Feiern organisiert hatte, gab es 2011 keine derartige Veranstaltung. Dadurch war das Interesse in der linksextremistischen Szene schon allein aufgrund der mangelnden Präsenz des politischen Gegners gering. Daher gab es kaum Mobilisierungsbemühungen. Es waren weder Aufrufe auf den lokalen in der Szene bekannten Domänen im Internet zu finden, noch sind in Neumünster Plakate verklebt oder Flyer verteilt worden. Auch in der Hamburger linksextremistischen Szene ist der Veranstaltungstermin nicht, wie sonst üblich, thematisiert worden. Wie deshalb zu erwarten verlief die „antifaschistische“ Kundgebung mit Transparenten, Informationstisch und Livemusik bei lediglich ca. 40 Teilnehmern störungsfrei.

3.2 „Anti-Repression“

Seit Jahren spielt das Aktionsfeld „Anti-Repression“ eine zunehmend bedeutendere Rolle in der linksextremistischen Szene. Die Schwelle der Gewaltbereitschaft nicht nur gegen Sachen, sondern auch gegen Personen, vornehmlich gegen die als Vertreter des „Repressionsstaates“ leicht auszumachenden Polizisten, ist gesunken. Die bundesweit große Anzahl von Anschlägen mit der Begründung „staatlicher Repression“ zeigt die hohe Bedeutung - vor allem für den Bereich der konspirativ operierenden militanten Gruppen. Bei den Anschlägen handelt es sich vorrangig um Sachbeschädigungen unterschiedlicher Art und Intensität wie auch um Brandanschläge. Häufiger sind auch Polizeistationen wie z. B. in Eutin oder Laboe Ziel solcher Sachbeschädigungen geworden. Aber auch Fahrzeuge der Polizei, der Bundeswehr oder anderer „Handlanger“ des „Repressionsapparates“ wurden angegriffen.

Die unfriedlich verlaufenden Zwangsräumung des seit 1990 besetzten linken Szene-Objektes in der Berliner Liebigstraße 14 durch die Polizei wird als Repression in der linksextremistischen Szene angesehen. Während die Räumung vor Ort von einer Reihe teilweise gewaltsamer Protesten mit erheblichen Sachbeschädigungen, Bränden und Gewalt gegen eingesetzte Polizeibeamte „begleitet“ wurde, kam es parallel dazu bundesweit in 15 Städten zu spontanen Solidaritätsbekundungen, so auch in Rendsburg und Kiel. In Kiel hatten gut 30 Personen ihren Groll über die Räumung mit Böllern, Feuerwerkskörpern, Plakaten und Parolen wie „One struggle one fight, Liebig bleibt!“ und „Nehmt ihr uns die Häuser ab, haun wir euch die City platt!“ zum Ausdruck gebracht. Dabei wurden Schaufensterscheiben mit Steinen zerstört und Gebäudefassaden mit Farbflaschen beschädigt.

Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema „Anti-Repression“ ist allerdings in den letzten Jahren rückläufig. Forderungen, wie z. B. die nach Freilassung von „politischen Gefangenen“, verlieren an Bedeutung. Lediglich in Einzelfällen, so durch die Veröffentlichungen der „Rote Hilfe e.V.“ auf Freilassung des farbigen US-Amerikaners Mumia Abu Jamal nach Aufhebung dessen Todesurteils, das damit im Zusammenhang stehende Spendenaufkommen oder die Forderung auf Freilassung aus der Beugehaft der ehemaligen RAF-Angehörigen Christa Eckes wird der Themenbereich in die Öffentlichkeit gebracht. Die „Rote Hilfe e.V.“ ist nach wie vor ein

wesentlicher Träger der linksextremistischen „Anti-Repressionskampagne“ (siehe dazu unter Kap. III 2.3).

3.3 „Anti-Atom“

Linksextremisten haben auch 2011 durch ihre Proteste gegen die Atomkraftpolitik auf sich aufmerksam gemacht. Dabei war allerdings zu beobachten, dass der Widerstand gegen die Atompolitik und die Castor-Transporte ins niedersächsische Gorleben im Berichtsjahr im Vergleich zu den Vorjahren keine besonders wichtige Bedeutung für die schleswig-holsteinische linksextremistische Szene hatte.

Ein Bündnis aus mehrheitlich linksextremistischen Gruppen, „BLOCK BROKDORF“, zu dem auch die in Schleswig-Holstein agierende undogmatische Gruppierung „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) gehörte sowie das aus Niedersachsen stammende linksextremistisch beeinflusste Netzwerk „x-tausendmal quer“ (xtq) riefen zu Demonstrationen, Mahnwachen und Blockaden rund um das Kernkraftwerk Brokdorf am Pfingstwochenende Mitte Juni auf. Propagiertes Ziel war die sofortige Stilllegung des Kernkraftwerkes. So sollte gegen die Atomenergiepolitik der Bundesregierung in Bezug auf das atomare Unglück in den Kernkraftwerken im japanischen Fukushima protestiert werden. Die Blockaden waren demnach Ausdruck dafür,

„dass sich tausende - höchst unterschiedliche - Menschen gemeinsam entschlossen haben, sich dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke persönlich und körperlich in den Weg zu stellen.“

Der verkündete sofortige Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie wie auch die kurzfristige Verschiebung des Beginns der Revisionsarbeiten durch den Kraftwerksbetreiber führten dazu, dass die Proteste dann tatsächlich nicht in der geplanten Form durchgeführt wurden. An den angekündigten Aktionen rund um das Kernkraftwerk hatten lediglich einige Hundert, überwiegend dem demokratischen Spektrum zuzurechnenden Personen, teilgenommen. Die Proteste verliefen friedlich.

Offiziell wurde die Kampagne von Avanti als „Teilerfolg“ angesehen, da der Revisonstermin am KKW Brokdorf verschoben worden war. Tatsächlich herrschte innerhalb der Szene „Frust und Verärgerung“ vor, zumal die Aktionen der Beginn der

„Aufwärmphase“ für die Proteste gegen den Castortransport nach Gorleben im November sein sollten.

Bei den Diskussionen über mögliche Protestformen während des Castor-Transportes in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben war eine zunehmende verbale Radikalisierung festzustellen. Unter anderem aus diesem Grund nahmen die schleswig-holsteinischen Avanti-Ortsgruppen Abstand von der Unterstützung der Proteste. Es gab zwar im Vorfeld des Castor-Transporttermins in Schleswig-Holstein Mobilisierungsveranstaltungen für Blockaden und das sog. „Schottern“; Avanti-Gruppen in Schleswig-Holstein vertraten demgegenüber aber die Meinung, dass seit dem verkündeten Atomausstieg Deutschlands die Massen nicht mehr mobilisierbar seien. Das Konzept „Castor? Schottern!“, an deren Entstehung sie selbst mitgewirkt haben, wäre aufgrund der geänderten gesellschaftlichen Lage nicht wiederholbar.

Letztlich war der Transport der Castor-Behälter vom 23. bis 28. November in das Zwischenlager wieder von erheblichen Protesten begleitet. Er verlängerte sich insgesamt um gut einen Tag. Gleichwohl war die Zahl der Protestierenden und Blockierenden um die Hälfte geringer als im Vorjahr. Die spektakulärsten Aktionen gingen diesmal von gewaltbereiten Autonomen aus, mit denen sie sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit kurzfristig sicherten. So gelang es Teilnehmern immer wieder, während der Gleisblockaden zu „schottern“ oder direkt zum „Schottern“ an die Gleise zu kommen und diese zu unterhöhlen.

4 Aktionsform „Gewalt“

Im Jahr 2011 war ein Rückgang der erfassten politisch motivierten Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund von 231 im Vorjahr auf nun 193 festzustellen. Auch die absolute Anzahl an Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund war 2011 mit 43 gegenüber 64 im Vorjahr rückläufig. Dies ist auf das Fehlen herausragender Ereignisse und den Rückgang bei der Personenzahl im Linksextremismus zurückzuführen. Allerdings erreichte der Anteil der Gewalttaten an allen politisch motivierten Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund 2011 weiterhin ein hohes Niveau. Dem Bereich der Gewalttaten waren ungefähr ein Viertel aller Straftaten zu zurech-

nen. Die Bereitschaft der Szene, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden, war damit auch im Jahr 2011 als unverändert hoch zu bewerten. Es ist auch zukünftig von einem hohen Gefährdungspotenzial durch den gewaltorientierten Linksextremismus auszugehen.

Im Berichtszeitraum gab es keine besonders herausragenden Ereignisse für die linksextremistische Szene. Auch ist es ihr nur selten gelungen, „kleinere“ Ereignisse als „Bühne“ für gewalttätige Aktionen zu nutzen. Versuche gewaltorientierter Linksextremisten, die Gegendemonstration zum alljährlichen „Trauermarsch“ von Rechtsextremisten in Lübeck am 26. März als Basis für gewalttätige Aktionen zu nutzen, konnten von der Polizei weitgehend unterbunden werden (siehe dazu unter Kap. III 3.1). Zu geplanten „Massenblockaden“ des KKW Brokdorf im Juni, zu denen auch gewaltorientierte Linksextremisten erwartet wurden, kam es in der geplanten Form nicht (siehe dazu unter Kap. III 3.3). Die Proteste verliefen mit nur mehreren hundert, überwiegend dem demokratischen Spektrum zuzurechnenden Teilnehmern, friedlich.

Auch das Personenpotenzial im Linksextremismus war 2011 in Schleswig-Holstein rückläufig. Von insgesamt rd. 750 Personen (2010: rd. 830 Personen) müssen rd. 300 Personen (2010: rd. 330 Personen) als gewaltorientiert angesehen werden. Abgänge aus der Szene konnten nicht ausgeglichen werden. Fehlten im undogmatischen Bereich insbesondere herausragende Ereignissen aber auch Protagonisten vor Ort, die zum dauerhaften „Mitmachen“ motivierten, lagen im dogmatischen Bereich die Gründe ganz überwiegend in der mangelnden Attraktivität der Szene für junge Leute. Die Hoffnung der linksextremistischen Szene, gesellschaftskritische Protestbewegungen aus dem bürgerlich demokratischen Spektrum für sich zu vereinnahmen oder maßgeblich zu beeinflussen, hat sich ebenfalls nicht erfüllt.

Innerhalb des gewaltorientierten Linksextremismus versuchten Teile der „klassischen“ autonomen Szene den Gewaltaspekt wieder stärker in ihren Aktionen zu betonen. Damit sollte offensichtlich versucht werden, das eigene autonome Grundverständnis gegen den Rest der Szene und im Verhältnis zum bürgerlich demokratischen Spektrum hervorzuheben.

Gewaltanwendung stellt für den autonomen Teil der linksextremistischen Szene eine identitätsstiftende, vermeintlich legitime Handlungsoption zur Umsetzung des eige-

nen Lebensgefühls dar und bringt die Ablehnung der „Herrschaftsstrukturen“ ebenso zum Ausdruck wie die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols. Danach übe das bestehende Staats- und Gesellschaftssystem vermeintlich Gewalt auf seine Bürgerinnen und Bürger aus. Diese „strukturelle Gewalt“ sei systemimmanent, den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“ geschuldet und hätte ihren Grund in „sozialer Ungerechtigkeit“. Hieraus wird ein „Recht auf Widerstand“ und die Legitimation zu „Gegengewalt“ abgeleitet.

Die Ambivalenz der Szene zum Gewaltaspekt wurde auch im Berichtszeitraum deutlich. Während im Bereich der „klassischen“ Autonomen die Anwendung von Gewalt typischerweise offen befürwortet wurde, traf diese Haltung für den Bereich der organisierten Undogmaten aus taktischen Gründen nur bedingt zu. Die „Grenzziehung“ innerhalb der Szene bildete dabei häufig der sog. „zivile Ungehorsam“. Strafbare Handlungen, wie Massenblockaden bei Demonstrationen mit Entfernen des Gleisbettes bei Bahnanlagen (sog. „Schottern“) wurden bewusst propagiert und mit dem vermeintlich „moralischen Recht“ begründet, Widerstand zu leisten, um sich für Bürger- und Menschenrechte einzusetzen. Dies wurde auch von „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ (Avanti) befürwortet.

Neben spontanen Aktionen wie z. B. einer gewalttätigen „Solidaritätsaktion“ in Kiel am 2. Februar im Zusammenhang mit der Räumung des Wohnprojektes Liebigstraße 14 in Berlin, waren Bemühungen der Szene zu erkennen, bei gesteigerter Risikobereitschaft Aktionen organisiert und zielgerichtet durchzuführen. So war bei der Vorgehensweise gewaltbereiter Autonome beim Castortransport im November in Niedersachsen ein erhöhtes Maß an vorbereitender Planung augenscheinlich.

Dabei waren auch gewalttätige Aktionen zu beobachten, deren Vorbereitung und Umsetzung klandestinen Charakter hatten. Die Brandanschläge auf die Deutsche Bahn AG im Oktober in Berlin zeigten ein Beispiel für dieses Vorgehen. Auch der Brandanschlag in der Nacht zum 6. November auf zwei Lager-/ Produktionshallen der Firma Rheinmetall in Trittau, zu der sich „autonome Gruppen“ bekannten, zeigte in diese Richtung. Eine Erklärung der „autonome Gruppen“ trägt den Titel „Brandsätze für Rheinmetall – War starts here!“ Die Verfasser betonen, dass Krieg hier beginne und auch hier sabotiert werden könne. Sie seien dazu bereit.

Auch ein „Farbanschlag“ mit Zerstörung einer Fensterscheibe gegen das Gebäude des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel in der Nacht vom 7. auf den 8. September wies in diese Richtung. In einem Bekennerschreiben stellte eine Gruppe „Unbelehrbare Antikapitalist_innen“ die Aktion in den Zusammenhang mit der Ausrichtung des Global Economic Symposiums (GES) vom 4. bis 6. Oktober durch das IfW in Kiel. Es wurde eine „öffentlichkeitswirksame Kritik und Störung“ des GES gefordert. Es wurden „unterschiedliche Wege“ des Protestes, eine verklausulierte Formulierung für die Akzeptanz gewaltbereiten Vorgehens, ausdrücklich befürwortet.

Diese Aktionen zeigten die Bestrebung der Szene, mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine vermeintlich große Wirkung zu erreichen. Als Problem stellte sich weiterhin die Rechtfertigung für solche gewalttätigen Aktionen, d. h. die Vermittelbarkeit gegenüber der Öffentlichkeit und der eigenen Szene heraus. Dort stellte die Kritik an gewalttätigen Aktionen insbesondere auf einen fehlenden politischen Hintergrund und die mögliche Gefährdung von Personen ab. Wenn auch im Berichtszeitraum entsprechende Aktionen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Ländern eine geringere Bedeutung erlangten, wurde deutlich, dass auch in Schleswig-Holstein von einem entsprechenden Gefährdungspotential im linksextremistischen Bereich auszugehen ist.

Wenn die Debatte zur „Militanz“ im Linksextremismus als Spannungsbogen von positiver Grundhaltung zur Gewalt im Sinne einer „kämpferischen Grundhaltung“ und gewalttätigem Handeln zur Durchsetzung politischer Ziele verstanden wird, zeigte das Jahr 2011 eine nach wie vor latent hohe Bereitschaft zu militanten Aktionen. Auch waren die gewalttätigen Aktionen, insbesondere gegen den „politischen Gegner“, von einer unverändert hohen Aggressivität gekennzeichnet. Die Auswahl „neutralgischer“ Punkte der öffentlichen Infrastruktur könnte zu einer neuen Qualität linksextremistischer Gewalt führen. Daher wird der Fortführung der Debatte um „Militanz“ besonderer Bedeutung zuteil. Im Berichtszeitraum lagen keine Anzeichen für den Übergang zu personenbezogenen Anschlägen oder linksterroristische Strukturen vor.

5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2009 bis 2011

	2009	2010	2011
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	450
Gewaltorientierte undogmatische Linksextremisten	330	330	300
Gesamt Land	830	830	750
Gesamt Bund	31.600	32.200	31.400

IV. Extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug

1 Überblick

Durch den Tod Usama bin Ladens in einer von den USA geführten Kommandoaktion am 2. Mai verlor die vermutlich weltweit bedeutendste islamistisch-terroristische Organisation „al-Qaida“ (AQ) ihren Anführer. Mit ihm starb gleichzeitig auch eine charismatische Leitfigur des internationalen jihadistischen Spektrums und der Organisator der Anschläge des 11. Septembers 2001. Es wurden zwar auch weitere ranghohe Führungsfiguren der AQ festgenommen bzw. ausgeschaltet, mit Aiman al-Zawahiri hat sich jedoch bereits ein Nachfolger für bin Laden gefunden. AQ kündigte in Videobotschaften bereits Rache für den Tod bin Ladens und eine Fortführung des bewaffneten Jihads an. Der Islamismus und der islamistische Terrorismus behalten damit sowohl auf internationaler Ebene als auch konkret für Deutschland und Schleswig-Holstein ihre besondere Bedeutung im Hinblick auf ihr Bedrohungspotential.

Auf Bundesebene muss für das Jahr 2011 davon ausgegangen werden, dass etwas mehr als 1.000 Personen dem gewaltbereiten islamistischen Spektrum zuzurechnen sind. Auch in Schleswig-Holstein liegen Hinweise zu Einzelpersonen vor, die diesem Personenkreis angehören. Diese haben bisher jedoch nach wie vor keine erkennbaren terroristischen Strukturen ausgebildet.

Welche reale Gefahr von diesem Personenspektrum ausgeht, zeigt sich an der Tatsache, dass im Berichtszeitraum der erste in Deutschland realisierte islamistisch motivierte Terroranschlag stattfand. Trotz allgemeiner hoher Sicherheitsmaßnahmen gelang es dem 21-jährigen Arid U. am 2. März am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten zu töten und drei weitere zu verletzen. Das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. verurteilte den Attentäter wegen dieser Tat am 10. Februar 2012 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und stellte außerdem die besondere Schwere der Schuld fest. Es wird angenommen, dass sich der Täter zuvor im Internet selbst radikalisierte und über einschlägige Websites, aber auch über soziale Netzwerke wie Facebook Kontakte in das salafistische Milieu unterhielt.

Welche Rolle das Internet und hier neben der Kommunikation vor allem die Verbreitung der islamistischen und jihadistischen Ideologie spielt, zeigt sich auch an einem Fall aus Schleswig-Holstein. Der Neumünsteraner Harry M. trat bereits Ende des Jahres 2010 im Zusammenhang mit der Diskussion um einen ehemaligen Moscheevereiner aus Pinneberg erstmals öffentlich in Erscheinung. Im Laufe der darauf folgenden Monate erlangte er aufgrund seiner islamistischen und antisemitischen Ansichten, die er vor allem auf seiner eigenen Website „Islamic-Hacker-Union“ vertrat, bundesweites Medieninteresse. Darüber hinaus veröffentlichte er an gleicher Stelle Propagandavideos islamistischer Terrororganisationen. Am 8. Dezember wurde aufgrund des Vorwurfs der Werbung und Unterstützung für zwei ausländische terroristische Vereinigungen gegen ihn Anklage durch den Generalbundesanwalt erhoben. Seit dem 22. Februar 2012 wird vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Schleswig in dieser Sache verhandelt.

Neben den gewaltbereiten jihadistischen Gruppierungen spielte im Islamismus im Jahr 2011 der Salafismus weiterhin eine große Rolle. Hierbei handelt es sich um eine extremistische Islaminterpretation, welche sich streng am Koran und der Sunna, den Prophetentraditionen, orientiert und diese versucht wortwörtlich zu befolgen. In der salafistischen Bewegung gibt es zwar auch eine jihadistische Strömung, zahlenmäßig stellen jedoch die politischen Salafisten, also diejenigen, die unmittelbar keine Gewalt anwenden, die größte Gruppe dar.

Aufgrund der Dynamik des Salafismus und der anhaltend starken Verbreitung salafistischer Inhalte über das Internet und soziale Netzwerke besteht die Gefahr, Radikalisierungsprozesse bis hin zum islamistischen Terrorismus zu befördern. In Schleswig-Holstein sind vor allem in größeren Städten Gruppierungen und Vereine bekannt, welche sich dem salafistischen Spektrum zuordnen lassen. Ebenso konnten im Berichtszeitraum wieder überregional bekannte salafistische Prediger festgestellt werden, welche zu Vorträgen und Islamseminaren nach Schleswig-Holstein kamen. Darum stehen die salafistischen Bestrebungen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene weiter unter Beobachtung.

Das legalistisch-islamistische Spektrum in Schleswig-Holstein wird in erster Linie von der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) geprägt. Hierbei handelt es sich

um Gruppierungen, welche gewaltlos unter Ausnutzung legaler Möglichkeiten versuchen, ihre islamistischen Ziele umzusetzen. Der IGMG werden mehrere Vereine im Land zugerechnet, von denen sich die größten in Kiel und Rendsburg befinden. Diese Vereine versuchen unter anderem durch Jugend- und Bildungsarbeit frühzeitig Kinder und Jugendliche ideologisch an sich zu binden.

Neben diesen islamistisch geprägten Organisationen existieren in Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet aber auch extremistische Gruppierungen mit Auslandsbezug, die keine religiösen Bezüge aufweisen. Zu den wichtigsten gehören nach wie vor die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und ihre Nachfolgeorganisationen. Der ursprünglich aus der Türkei stammenden Gruppierung werden in Schleswig-Holstein etwa 650 Anhänger zugerechnet. Während die PKK versucht, in ihrem Heimatland ihre Ziele gewaltsam umzusetzen, sieht die Gruppierung Deutschland eher als ihren Rückzugsraum an und beschränkt sich bei ihren Aktivitäten auf weitgehend friedliche Demonstrationen aber auch Propaganda, Rekrutierung und Spendensammlungen. Diese kommen letztlich den terroristischen Aktivitäten in der Türkei zugute. Insbesondere aus diesem Grund steht die Gruppierung auch weiterhin im Fokus des Verfassungsschutzes.

2 Islamismus

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Islamismus ist für die Bundesrepublik Deutschland eine ernstzunehmende Herausforderung. Islamismus ist eine Form des politischen Extremismus, welche sich einer religiösen Sprache bedient und damit die Religion des Islams missbraucht. Der islamistische Extremismus ist vielschichtig und kann sich in unterschiedlichen Strömungen und verschiedenen Organisationen darstellen. Diese unterscheiden sich vor allem in ihrer Art und Weise der Rechtfertigung und Anwendung von Gewalt. Gemeinsam haben sie das Ziel, entsprechend den Quellen des Islam, dem Koran und der Sunna (Prophetentraditionen), umfassende religiöse Verhaltensregeln sowie Vorschriften in der hiesigen Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Nicht alle Islamisten sind gewaltbereit oder wenden Gewalt an. Deshalb muss hier zwischen legalistischem und gewaltbareitem Islamismus bis hin zum islamistischen Terrorismus unterschieden werden. Das gesamte islamistische Perso-

nenpotenzial in Deutschland beträgt 38.071. In Schleswig-Holstein sind im Jahr 2011 642 Personen islamistischen Organisationen zuzurechnen.

Unterscheidung Islam und Islamismus

Der Islamismus als eine Form des politischen Extremismus unterscheidet sich dabei von der islamischen Religion, die im siebten Jahrhundert auf der Arabischen Halbinsel entstand und der heute mehr als eine Milliarde Menschen angehören. Islamismus stellt ein Phänomen der Gegenwart dar. Hierbei handelt es sich um den Versuch, den Islam zu ideologisieren und ein als islamisch deklariertes Herrschaftssystem zu errichten. Islamisten verfolgen u. a. das Ziel, das vorherrschende politische System dahingehend zu ändern, dass es islamistischen Ansprüchen entspricht. Dies würde beispielsweise die Abschaffung der Demokratie oder des Rechtsstaatssystems in der Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Die Begriffe Islam und Islamismus werden dabei häufig verwechselt. Die Religion des Islam steht in keiner Weise im Fokus deutscher Sicherheitsbehörden.

Charakteristika des Islamismus

Kennzeichnend für die islamistische Ideologie ist, dass die Gesellschaftsordnung sowohl politisch, wirtschaftlich und juristisch als auch religiös und kulturell vollständig aus der islamischen Religionslehre abgeleitet werden soll. Dieses Gesellschaftskonzept soll nach Auffassung der Islamisten ausschließlich den Koran und die Sunna, die Prophetentraditionen, als Rechtsquelle nutzen. Mit dieser Ideologie versuchen Islamisten unter anderem eine Alternative zur Demokratie anzubieten. In Demokratien stellt die Trennung von Staat und Religion eine Grundlage dar und darüber hinaus ist das Volk der Souverän. Das islamistische Gesellschaftskonzept dagegen überträgt den Menschen lediglich die Autorität, die religiösen Vorgaben, d. h. Gottesgesetze, im Diesseits umzusetzen. In diesem Kontext wird auch in deutschsprachigen islamistischen Foren diskutiert, ob der Islam überhaupt mit der Demokratie vereinbar sei, wie an diesem Forenbeitrag deutlich wird:

„Das kommt darauf an, was man unter Demokratie versteht. Wenn man damit meint (und das ist die eigentliche Bedeutung der Demokratie), dass die Legislative in den Händen des Volkes bzw. allgemein der Menschen liegt, so lautet die Antwort nein. Die Gesetzgebung gebührt allein unserem Herren und Gebieter Allah ta'ala“.

Für Islamisten liegen im Glauben sowie in den Lehren des Islam die Antworten auf alle Fragen des privaten und öffentlichen Lebens: Sie verstehen die heiligen Texte wörtlich, lehnen Diskussionen über die eigenen Prinzipien ab und sind intolerant gegenüber jeglichem anderen Standpunkt. So auch auf einer weiteren islamistischen Internetseite zu lesen:

„Was soll der Dialog bezwecken? Dialoge, die das Ziel haben, dass Muslime auf ihren Glauben verzichten sollen sind für uns kufr (Unglaube). Solche Dialoge meiden wir. Der Muslim hat weitaus wichtigere Dinge in seiner kostbaren Zeit durchzuführen wie z.B. die Menschen zum wahren Glauben zu rufen. Das spricht gegen Dialoge mit Andersgläubigen, um "Gemeinsamkeiten" zu finden. [...]

Nach islamistischer Auffassung soll der Islam Religion und Politik zugleich verkörpern. Dabei berufen sich Islamisten auf die Zeit von vor ca. 1.400 Jahren auf der arabischen Halbinsel und idealisieren das damalige Leben und insbesondere die Einheit von Religion und Politik. Im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert griffen religiöse Reformer diese Gesellschaftsordnung erneut auf. Sie glaubten einen Bedeutungsverlust der islamischen Religion in der muslimischen Welt infolge der westlichen Kolonialisierung wahrzunehmen. So sprachen sich einige Denker des 20. Jahrhunderts für die Erneuerung von Religion und Gesellschaft durch die „Rückkehr zu den reinen Ursprüngen des Islam“ aus. Diese Entwicklung bestimmte zum Teil das Entstehen islamistischer Bewegungen, wie beispielsweise der 1928 in Ägypten gegründeten „Muslimbruderschaft“ (MB, Kap. IV 6.3). Nach der theologischen Auffassung dieser „Reformer“ sollten die Muslime ein Leben nach den Prinzipien des Koran und der Sunna sowie der sogenannten „frommen Altvorderen“ führen.

Weiterhin haben Islamisten ein spezifisches Verständnis der Scharia (islamisches Recht). Sie fordern ein Leben nach ihrer Auslegung dieses Rechts, welches auch im täglichen Leben angewendet werden müsse. Dieses Verständnis ist nicht mit der in Deutschland gültigen Rechtsordnung vereinbar. Deutlich wird dies am Beispiel der juristischen Stellung der Frau: Islamisten fordern unter anderem die Beibehaltung des klassischen islamischen Prozessrechtes. Somit ist die Stimme einer Frau als Zeugin nur halb so viel wie die eines Mannes wert.

Einige islamistische Gruppen fordern zum Teil auch die uneingeschränkte Anwendung des koranischen Strafrechts (hadd-Strafen) bei Unzucht, Alkoholgenuss und Diebstahl sowie die Todesstrafe bei Abfall vom Islam (Apostasie). Diese Auslegung der Scharia ist für Islamisten nicht verhandelbar. Dem entsprechend lehnen sie jegliche Neuerungen im Bereich des islamischen Rechts ab, wie auch an folgendem Zitat auf einer islamistischen Website deutlich wird:

„Wer nicht mit dem regiert was Allah der Erhabene herabgesandt hat, ist ein Ungerechter, ein Frevler und ein Ungläubiger. Die Herrschaft gehört einzig und allein Allah dem Erhabenen und Allmächtigen. Kein von Menschen gemachtes Regierungssystem wird jemals mit den Gesetzen Allahs (Scharia) mithalten oder sich messen können. Das zu glauben ist reine Utopie und nur für Leute, die ihren Neigungen folgen. [...]“

Viele Islamisten haben die für diese Gruppierung typischen, klassischen Feindbilder. Hauptsächlich wird die Politik der Staaten Israel und der Vereinigten Staaten von Amerika im Vorderen Orient kritisiert. Hierbei wird kaum zwischen staatlicher Politik und dem Staatsbürger eines Landes differenziert. Militärische Interventionen wie zum Beispiel in Afghanistan und Irak werden von Islamisten als feindseliger Akt gegen Muslime uminterpretiert. Eine typisch weltverschwörerische Idee ist auch die vermeintlich unüberwindbare Kluft zwischen „dem Westen“ und der „islamischen Welt“ sowie eine gegen „die Muslime“ gerichtete Verschwörung Israels bzw. „der Juden“.

Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Islamisten, insbesondere die Forderung nach Errichtung eines religiösen Staates sowie die Einführung des islamischen Rechtes, sind nicht mit den im Grundgesetz verankerten Prinzipien der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und dem universalen Menschenrechtsverständnis vereinbar.

3 Salafistische Bestrebungen

Der Begriff Salafismus bezeichnet eine spezifische Strömung im Bereich des Islamismus. Es handelt es sich um ein Phänomen, das aufgrund seiner Dynamik in den letzten Jahren sowohl in Deutschland als auch international zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Eines der Hauptziele dieser salafistischen Bestrebungen ist die Umgestaltung des privaten und öffentlichen Lebens im Sinne der salafistischen

Ideologie. Diese kann in letzter Konsequenz auch eine Grundlage für Radikalisierungsprozesse bis hin zum islamistischen Terrorismus sein, weshalb die „salafistischen Bestrebungen“ sowohl bundesweit als auch in Schleswig-Holstein unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden stehen.

Ursprünge und Entwicklung

Der Begriff Salafismus leitet sich vom arabischen „as-Salaf as-Salih“ ab und bedeutet „die frommen Altvorderen“. Dabei handelt es sich um die ersten drei Generationen von Muslimen, die noch zu den Zeiten oder kurz nach dem Tod des Propheten Mohammed im Jahr 632 lebten. Sie sind diejenigen, welche die Religion in ihrer „wahren“ und „unverfälschten“ Form gelebt haben und gelten deshalb auch heute noch neben dem Propheten als besondere Vorbilder, an denen man sich orientieren soll.

Die strenge und wortgetreue Interpretation dieser religiösen Quellen macht den Salafismus zu einem fundamentalistischen Phänomen im wörtlichen Sinne, der entscheidend vom Wahhabismus geprägt wurde. Wahhabismus bezeichnet eine ursprünglich im 18. Jahrhundert in Saudi-Arabien entstandene Strömung, die namentlich auf Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1703-1791) zurückgeht und bereits damals eine wortgetreue und strenge Orientierung am Koran und an der Sunna, den Prophetentraditionen, anmahnte. Heute ist der Wahhabismus Staatsdoktrin in Saudi-Arabien und während dieser in erster Linie auf die arabische Halbinsel beschränkt ist, breitete sich der Salafismus vor allem im Rahmen der antikolonialen Bewegung des 19. Jahrhunderts weiter aus und erreichte schließlich im 20. und 21. Jahrhundert auch Europa und Deutschland.

Charakteristika und Ziele

Salafisten sind grundsätzlich durch vergleichbare Charakteristika gekennzeichnet, wie Islamisten (Kap. IV 2). So verfolgen auch sie das Ziel, einen islamischen Staat auf der Grundlage der Scharia zu etablieren. Dies führt beispielsweise auch dazu, dass Salafisten demokratische Elemente und rechtsstaatliche Prinzipien ablehnen sowie allgemeingültige Menschenrechte, etwa bezüglich der Gleichberechtigung von Mann und Frau, negieren.

Als ein weitergehendes Element zeichnen sich die salafistischen Bestrebungen durch eine intensive Missionierungs-Arbeit (Dawa) aus. Dabei verbreiten Salafisten mit moderner Technologie, vor allem dem Internet, und auf teilweise hohem technischen Niveau, ihre extremistischen Lehren (siehe Kap. 5.4). Auf Infoständen oder im Rahmen von Islamunterricht kommen selbst erstellte oder ins Deutsche übersetzte salafistische Publikationen zum Einsatz. Zusätzlich reisen salafistische Prediger durch ganz Deutschland und halten Vorträge oder Islamseminare ab. Diese dienen nicht nur der Verbreitung der salafistischen Lehre. Über sie werden auch neue Mitglieder rekrutiert und man betreibt Kontaktpflege und Kontaktaufbau innerhalb dieser Gruppierungen.

Die Mitglieder der salafistischen Bewegung sind in der Regel lose organisiert, nur teilweise haben sich Vereine herausgebildet. Es existiert jedoch in einigen Fällen eine starke Lehrer-Schüler-Bindung und die Anhänger sind darüber hinaus über das Internet gut vernetzt. Zur Kommunikation werden dazu in erster Linie sogenannte soziale Netzwerke wie Facebook oder die VZ-Netzwerke genutzt. Die Verbreitung von Informationen findet aber vielfach auch über offene und geschlossene Foren, Youtube-Kanäle und letztlich über die zahllosen Webseiten von salafistischen Predigern, Netzwerken oder auch Privatpersonen statt. Auf diesen werden salafistische Inhalte in unterschiedlichster Form dargeboten, in erster Linie als Videos von aufgezeichneten Vorträgen und Seminaren aber auch als selbst erstellte Filme zu bestimmten Themen. Darüber hinaus werden Audiodateien bereitgestellt und neben den deutschsprachigen Angeboten gibt es auch Beiträge in anderen Sprachen sowie explizit für Frauen, Kinder und Gehörlose.

Politischer und jihadistischer Salafismus

Der Großteil der Salafisten versucht heute seine Ziele gewaltlos umzusetzen. Der Verfassungsschutz kategorisiert diese als „politische Salafisten“. Sie äußern sich zwar dahingehend, dass sie in der Regel gewaltsame bzw. terroristische Mittel zur Zielerreichung ablehnen. Trotzdem befürworten einige dieser „politischen Salafisten“ jedoch beispielsweise gewaltsame Strafen, wie etwa das Amputieren von Gliedmaßen nach Diebstahl, das Auspeitschen, Steinigen oder Enthaupten für Ehebruch bzw. den Abfall vom Islam. Weiterhin gibt es politisch-salafistische Prediger, welche zwar den gewaltsamen Jihad in Deutschland ablehnen, sich jedoch nicht ex-

plizit von ihm distanzieren und ihn im Ausland teilweise sogar befürworten. Das heißt, dass auch hier letztlich ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt vorliegt und der Übergang von politischen zu jihadistischen Salafisten fließend ist.

Jihadistische Salafisten machen nur einen kleinen Teil des salafistischen Spektrums aus. Sie rechtfertigen die Anwendung von Gewalt mit der (Um-)Interpretation des Jihad-Konzepts (jihad arab. Anstrengung/Kampf). Jihad wird nicht mehr als kollektive Pflicht zur Verteidigung des Islams, sondern als individuelle Pflicht eines jeden einzelnen angesehen. Dabei werden selbst terroristische Methoden bis hin zum Selbstmordattentat gerechtfertigt, welche eigentlich nach islamischem Recht verboten und sanktioniert sind (siehe Kap. 4). Grundsätzlich rezipieren beide Gruppierungen dieselben Gelehrten und stützen sich auf dieselben theoretischen Grundlagen. Der Unterschied liegt vorrangig in der Zustimmung oder Ablehnung der Anwendung von gewaltsamen oder terroristischen Methoden zur Erreichung ihrer Ziele.

Dynamisches zielgruppenspezifisches Vorgehen

Egal ob politische oder jihadistische Salafisten, beide nutzen, wie oben beschrieben, intensiv moderne Medien und Kommunikationsmittel. Dies ist ein Grund für die Dynamik, mit der sich die salafistischen Bestrebungen in Deutschland und anderen Ländern derzeit präsentieren. Zum anderen entspricht dies den Gewohnheiten, dem Nutzungsverhalten und Vorstellungen der wichtigsten Zielgruppe salafistischer Prediger: Jugendliche und junge Erwachsene. Die islamistische Strömung wird als jung und modern präsentiert und kann, vergleichbar mit anderen extremistischen Strömungen, teilweise jugendtypische Bedürfnisse nach Protest und Provokation bedienen. Es werden vermeintlich einfache Antworten auf alle Fragen des täglichen Lebens gegeben. Durch die Schaffung von Gruppenerlebnissen und die Herausbildung von Gemeinschaftsgefühl besteht zudem die Möglichkeit, ethnische und traditionelle Grenzen zu überwinden. Dabei verfügen die meisten deutschen Prediger nur in seltenen Fällen über eine tatsächliche, fundierte theologische Ausbildung.

Dies ändert jedoch nichts an der Gefahr die von solchen Predigern bzw. grundsätzlich von salafistischen Gruppierungen ausgeht. Das salafistische Milieu und die Ideologie, die dort verbreitet wird, kann einen entscheidenden Anteil an der Radikalisierung bis hin zum islamistischen Terrorismus haben. Auch liegen Informationen über

Rekrutierungsversuche für den militanten Jihad aus diesem Milieu heraus vor. Fast alle in Deutschland bisher erkannten Einzelpersonen oder Gruppen, die dem islamistisch-terroristischen Phänomenbereich zuzurechnen sind, haben sich im salafistischen Milieu entwickelt oder sind salafistisch geprägt. Die Mehrheit der Salafisten in Deutschland ist jedoch dem nicht gewaltbereiten politischen Salafismus zuzurechnen.

Auch in Schleswig-Holstein konnten vor allem in den größeren Städten salafistische Gruppierungen beziehungsweise Personenzusammenschlüsse festgestellt werden. Im Jahr 2011 kam es in Kiel zu mehreren Vortrags- bzw. Seminarveranstaltungen mit überregional bekannten Predigern, zu denen zahlreiche Besucher erschienen. Für Schleswig-Holstein wird von einer Gesamtzahl von etwa zweihundert Salafisten ausgegangen, die, ähnlich wie die hier festgestellten Gruppierungen oder Vereine, größtenteils jedoch der politischen Ausprägung des Salafismus zuzurechnen sind.

4 Jihadismus

Der Jihad hat in der islamischen Theologie zwei Bedeutungen: Einerseits eine zivile und andererseits eine defensiv-militärische. In der ersten Form geht es um das Bemühen und die persönliche Anstrengung des Gläubigen ein gottgefälliges Leben zu führen. Der Gläubige soll den Islam so gut wie möglich für sich umsetzen. Diese Form wird als „großer Jihad“ bezeichnet.

Die zweite Form, der „kleine Jihad“, steht in der Bedeutung von Verteidigung (des Islams), die in manchen Fällen auch gewaltsam stattfinden kann. Diese Jihad-Form allerdings ist an konkrete Bedingungen geknüpft. Der „kleine Jihad“, wird meist von gewaltgeneigten Islamisten begrifflich benutzt und missbräuchlich von diesen als militante Aktionsform deklariert. Die Anhänger dieser Form des Jihads rezipieren auch heute noch Texte von islamistischen Vordenkern, die jegliches spirituelles oder moralisches Verständnis des Begriffes zurückweisen und letztendlich die Bedeutung auf den militärischen Kampf reduzieren. Gewaltorientierte Islamisten wenden diese Bestimmungen weltweit an und erklären den Jihad auf diese Weise zu einer vermeintlich „individuellen Pflicht“ eines jeden Muslims.

Jihadisten beziehen sich meist auf bekannte Ideologen, wie beispielsweise etwa den Palästinenser Abdallah Azzam (1941-1989), den Ägypter Sayyid Qutb (1906-1966) oder den Jordanier Abu Muhammad al-Maqdisi (1959-). Diese Jihad-Ideologen begründen ihre Gewaltanwendung mit der Behauptung, dass ein historischer Konflikt zwischen dem Islam und der nicht-muslimischen Welt bestehe, der den militanten Jihad legitimiert. Vor allem Gruppierungen wie „al-Qaida“ (siehe Kap. 5.1) publizierten in den letzten Jahren zahlreiche Verlautbarungen, wie beispielsweise die, dass die westlichen Staaten einen Vernichtungskrieg gegen den Islam und die Muslime führen würden. Letztlich wird aber nicht nur „dem Westen“ der Jihad erklärt, sondern auch sogenannten Apostatenstaaten, muslimisch geprägten Länder, die nach Meinung der Jihadisten vom „wahren Glauben“ abgefallen sind.

Gruppierungen wie „al-Qaida“ und ihre Ableger propagierten seit mehr als einem Jahrzehnt in ihren Texten und mit Videobotschaften Terroranschläge und Selbstmordattentate als offensive Kampfformen und als eine „individuelle Pflicht“ (fard-ayn). Bereits im Februar 1998 verkündete unter anderem Osama bin Laden die Gründung einer „islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“:

„Die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen zu töten, wo immer ihm dies möglich ist, ist eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, der hierzu in der Lage, bis die Aqsa-Moschee [Jerusalem] und die heilige Moschee [in Mekka] von ihnen befreit sind und bis ihre Armeen das gesamte Territorium des Islam verlassen haben, geschlagen und unfähig, irgend einen Muslim noch zu bedrohen.“

Die Anschläge in Europa (Madrid 2004, London 2005) markierten dann erneut eine Wende in der Geschichte des internationalen Terrorismus. Jihadistische Kleingruppen hatten erstmals ohne organisatorische Anbindung an eine größere Gruppierung Selbstmordanschläge durchgeführt. Durch diese Form des „führerlosen Jihads“ erhöhte sich die Gefahr für terroristische Anschläge in Europa nochmals. Diese Dezentralisierung des „globalen Jihads“ wird unter anderem durch das Internet und die dort zahlreich verfügbaren Audio- und Videobotschaften von Jihad-Ideologen unterstützt. Diese Materialien sollen in erster Linie möglichst viele Jihadisten, ob organisatorisch angebunden oder nicht, dazu motivieren, terroristische Anschläge zu begehen. In einschlägigen jihadistischen Internetforen geht es zusätzlich nicht nur um ideologische Propaganda, sondern beispielsweise auch um die Verbreitung von An-

leitungen zur Herstellung von Sprengstoffen, zur Nutzung von Waffen oder von Verschleierungstechniken im Internet (siehe Kap. 5.4).

5 Islamistischer Terrorismus

5.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2011

Auch zehn Jahre nach den Anschlägen des 11. September 2001 auf die USA stellt der islamistische Terrorismus eine große Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands dar. Um dieser globalen Gefahr zu begegnen, wurden die Bemühungen der westlichen Staatengemeinschaft den internationalen islamistischen Terrorismus zu bekämpfen auch im Berichtsjahr 2011 mit großer Anstrengung fortgesetzt. Als das herausragende Ereignis und als großer Erfolg ist die Aufspürung des „al-Qaida“-Chefs Usama bin Laden in seinem Versteck in Pakistan durch die USA zu sehen. Dieser konnte durch langjährige nachrichtendienstliche Operationen in Abbottabad lokalisiert und identifiziert werden. Am 2. Mai wurde er in einem US-amerikanischen Kommandounternehmen in seinem Unterschlupf gestellt und im Rahmen der Zugriffssaktion durch US-Spezialkräfte getötet. Durch den Tod des AQ-Chefs verlor die Terrororganisation nicht nur ihren Anführer, sondern das gesamte, weltweite jihadistische Spektrum verlor ihre charismatische Leitfigur und den Organisator der Anschläge vom 11. September 2001. Dieser schwere Schlag gegen AQ wurde durch den Tod sowie die Festnahme weiterer wichtiger Führungsfiguren der Terrororganisation zusätzlich verstärkt. Hierbei ist insbesondere der Tod von Atiyah Allah, der mutmaßlichen „Nummer Zwei“ von AQ im August sowie die Festnahme des hochrangigen AQ-Mitglieds Younis al-Mauritani zu nennen, die beide in jüngerer Vergangenheit im Verdacht standen, terroristische Aktionen unter anderem auch mit Deutschlandbezug zu planen.

Welche langfristigen Auswirkungen diese Erfolge des Anti-Terrorkampfes haben werden, ist derzeit noch nicht absehbar. **Kern-AQ** hat bereits im Juni den langjährigen Vizechef, Aiman al-Zawahiri, zum Nachfolger bin Ladens gekürt. Ob es ihm gelingen wird, die ideologische Führungsrolle von Kern-AQ innerhalb der islamistisch-terroristischen Netzwerke aufrecht zu erhalten, bleibt abzuwarten. An dem Hauptziel

von AQ, nämlich den Einfluss des Westens auf muslimische Länder zurückzudrängen und die Regierungen im Nahen und Mittleren Osten, die nach Ansicht von AQ vom wahren Glauben abgefallen sind, zu beseitigen, wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach im Kern nichts ändern.

Dieses Ziel verfolgt AQ weiterhin mit einer Doppelstrategie:

Auf der einen Seite tritt sie mit einer intensiven Propagandaarbeit insbesondere im Internet als eine „virtuelle Organisation“ auf, die den Anspruch auf die Wort- und Meinungsführerschaft in Bezug auf den weltweiten Jihad reklamieren will.

Auf der anderen Seite ist sie bemüht, die eigene operative Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Aufgrund der andauernden Schläge der US-Kräfte gegen die oberste Führungsebene von Kern-AQ ist davon auszugehen, dass die Führung der Organisation aktuell stark mit Eigensicherungsmaßnahmen beschäftigt sein dürfte, um weitere hochrangige Verluste zu vermeiden. Darunter dürfte gezwungenermaßen die Propagandaarbeit sowie die Fähigkeit zur Durchführung eigener Operationen stark leiden. Dennoch kann zu diesem Zeitpunkt keine Entwarnung im Hinblick auf mögliche Terroranschläge gegen den Westen gegeben werden. Die Erfahrungen zeigen, dass Kern-AQ eine langfristige Strategie verfolgt und eine langfristige Planungstreue besitzt. Ziel wird es weiterhin sein, symbolträchtige Großanschläge durchzuführen, die ein maximales Medieninteresse generieren. Damit soll der Westen destabilisiert und die Bevölkerung durch gezielte Propaganda sowie terroristische Straftaten eingeschüchtert werden, um so politische Willensbildungsprozesse – insbesondere Wahlen (vgl. die Anschläge von Madrid/Spanien am 11. März 2004 kurz vor den dortigen Parlamentswahlen) – zu beeinflussen. Solche Anschläge bedürfen einer teilweise jahrelangen Vorbereitung und können von den weltweit aktiven jihadistischen Gruppen oder Zellen auch ohne direkte Anbindung und Unterstützung von Kern-AQ vorbereitet und durchgeführt werden. Durch den Tod von bin Laden ist auch deshalb schon die Torgefahr nicht gesunken, da zum einen nunmehr ihre neue Führungsfigur al-Zawahiri die vermeintlich weiter bestehende Schlagkraft der Terrorgruppe unter Beweis stellen muss und zum anderen operative Planungen für symbolträchtige Anschläge, die bin Laden protegiert hatte, nunmehr forciert vorangetrieben werden könnten. Die zum Tode bin Ladens erfolgten Verlautbarungen enthielten entsprechende Drohungen und Racheschwüre. Sollte dies der Organisation allerdings mittelfristig nicht gelingen, liefe sie Gefahr, ihre selbst beanspruchte Vorreiterrolle im

globalen Jihad einzubüßen. Dann könnte es langfristig zu einem Wettstreit der verschiedenen Terrororganisationen über die legitime Vorreiterrolle innerhalb des islamistischen Terrorismus kommen.

Der 10. Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 hat innerhalb des globalen jihadistischen Spektrums kaum Resonanz hervorgerufen. Hervorzuheben ist hierbei lediglich eine Videobotschaft von Kern-AQ selbst. Al-Zawahiri meldet sich darin zu Wort und bilanziert u. a. die letzten zehn Jahre des Kampfes von AQ. Insbesondere bezieht er darin zum wiederholten Male zur Revolution in Ägypten Stellung. Er setzt den Kampf von AQ und den Mujahidin mit dem Kampf der Revolutionäre in der arabischen Welt gleich und versucht damit diese für AQ zu vereinnahmen. Beide hätten zum Ziel einen unabhängigen islamischen Staat zu gründen. Die Muslime der Länder, in denen eine Revolution noch nicht erfolgreich war, ruft er zum verstärkten Jihad auf. Als Grund dafür, dass AQ selbst bei den Revolutionen keine Vorreiterrolle gespielt hat, wird von al-Zawahiri angeführt, man hätte sich auf den Kampf gegen den „fernen Feind“, also die USA, konzentriert.

Nicht nur die Führung von Kern-AQ, sondern auch die der **„al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“** (AQAH) wurde im Berichtszeitraum durch harte Schläge des US-amerikanischen Anti-Terror-Kampfes getroffen. Am 30. September wurden Anwar al-Awlaki sowie Samir Khan vermutlich bei einem Angriff durch US-amerikanische Drohnen im Jemen getötet. Dieser Verlust reißt eine große Lücke in die Führungsebene der Organisation, die kurzfristig vermutlich nicht geschlossen werden kann, ohne dass die operativen Planungsfhigkeiten leiden. Bis zum Zeitpunkt der Tötung der genannten Führungspersonen hat AQAH ihren hohen Stellenwert im globalen Jihad weiter festigen können. Der bereits in den Vorjahren eingeleitete Strategiewechsel, weg von einem regionalen Ansatz hin zu einer globalen Agenda, konnte weiter ausgebaut werden. Auch wenn es im Jahr 2011 zu keinem Anschlag bzw. Anschlagversuch in der Qualität des misslungenen Luftfrachtbombenanschlag vom Oktober 2010 kam, wurde das englischsprachige Online-Magazin „Inspire“ der AQAH eine feste Größe in der Internet-Propaganda des jihadistischen Spektrums. Es hat in diesem Bereich eine de-facto-Führungsrolle übernommen. Das qualitativ hochwertige Online-Magazin ist bisher in sieben Ausgaben erschienen. AQAH nutzt dieses Medium zum einen dazu, ihre islamistisch-terroristische Ideologie sowie Anleitungen für Anschläge zu transportieren und zum anderen, um für ihre eigenen operativen Erfolge und Ziele zu werben. Dabei richtet sich das Magazin ganz bewusst auch an

radikalisierte Muslime im Westen, die sich für den Kampf im globalen Jihad berufen fühlen. Diese werden u. a. entsprechend ideologisch mit dem Jihad-Gedanken beeinflusst, aber auch in der Handhabung von Waffen und Sprengstoffen geschult. Durch die damit forcierte Selbstradikalisierung und die Verbreitung von terroristischen Kenntnissen und Fertigkeiten will das Magazin als Katalysator wirken und den Sympathisanten den Anstoß zur aktiven Teilnahme am Jihad geben. Insbesondere die feste Rubrik mit dem Titel „Open Source Jihad“ enthält entsprechende Anregungen und Anleitungen für Anschläge in Eigeninitiative. Diese sollen allerdings nicht zwingend in den aktuellen Jihadkampfgebieten wie z. B. Afghanistan oder Pakistan, sondern vielmehr in den jeweiligen westlichen Ursprungsländern erfolgen. Nach der Tötung der Führungspersonen der AQAH ist bisher jedoch keine weitere Ausgabe von Inspire erschienen.

Auch wenn islamistische Terroristen oftmals vereinfacht den „Westen“ als Feindbild benennen, gestaltet sich die jeweilige spezifische Gefährdung eines Landes unterschiedlich und wird bestimmt von verschiedenen Faktoren. Hierzu gehören insbesondere:

- die politische Haltung zu den Krisengebieten Afghanistan und Irak sowie zur Palästinafrage,
- die konkrete Benennung in einschlägigen terroristischen Verlautbarungen,
- die medienpräzente Beteiligung am internationalen Anti-Terrorkampf,
- die angebliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Muslime bzw. islamisch geprägter Staaten sowie
- die Veröffentlichung, Verbreitung oder Duldung islamkritischen Verhaltens, beispielsweise der „Mohammed“-Karikaturen oder die Durchsetzung von Verschleiervorboten.

Während aus Sicht der Islamisten Israel als „kleiner Satan“ gilt, werden die USA als das primäre Ziel betrachtet und als „großer Satan“ oder auch „ferner Feind“ bezeichnet. Als „naher Feind“ werden die nach Auffassung der Islamisten als vom „wahren Glauben“ abgefallenen arabischen Staaten bezeichnet. Deutschland findet sich nach dieser Diktion mit anderen mitteleuropäischen Staaten in diesem Feindbild wieder.

Die Lage in den aktuellen **Schauplätzen des globalen Jihads** hat sich unterschiedlich entwickelt:

Die Sicherheitslage in **Afghanistan und Pakistan** ist weiterhin sehr angespannt und instabil. Vorrangige Ziele der militanten Oppositionskräfte in Afghanistan sind weiterhin die afghanische Regierung sowie deren Sicherheitskräfte. Daneben stehen die westlichen Truppen und Sicherheitskräfte sowie die Einrichtungen der Vereinten Nationen und staatlicher sowie nichtstaatlicher westlicher Hilfsorganisationen im Zielfokus. Speziell auf Deutschland bezogen drohten AQ, die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) und die „Islamische Jihadunion“ (IJU) mehrfach mit Anschlägen und forderten den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan. Insbesondere die IJU veröffentlichte Videobotschaften in deutscher Sprache. Neben dem propagandistischen Effekt versucht die Organisation für materielle Unterstützung, aber auch neue Rekruten zu werben.

Im Grenzgebiet von Afghanistan zu Pakistan in Nord-Wazirestan werden die Rückzugsgebiete und Ausbildungslager von AQ vermutet. Für Jihadwillige aus dem Westen ist die Region deshalb fortdauernd ein bevorzugtes Ausreiseziel, auch wenn die Attraktivität insgesamt aufgrund des dortigen Verfolgungsdrucks an Bedeutung verloren hat.

Neben Afghanistan ist der **Irak** der Staat mit dem höchsten Anschlagrisiko, auch wenn es dort im Berichtsjahr zu einer relativen Verbesserung der Sicherheitslage kam. Trotz der Verluste der dortigen Aufständischen durch den Anti-Terrorkampf der irakischen und US-amerikanischen Sicherheitskräfte bleiben diese in der Lage, jederzeit an jedem Ort im Irak Terroranschläge durchzuführen. Neben den irakischen Sicherheitskräften und Regierungseinrichtungen stehen weiterhin westliche Einrichtungen unverändert im direkten Fokus der Aufständischen.

Die dynamischen sozialen und politischen Umbrüche in **Nordafrika** haben sich nach bisheriger Einschätzung nur indirekt auf die Operationsfähigkeit der dort agierenden islamistisch-terroristischen Organisationen ausgewirkt. Vielmehr sind diese Gruppierungen bemüht, das entstandene Machtvakuum für ihre Zwecke zu nutzen. Das Risiko von Entführungen westlicher Staatsbürger in den dortigen Ländern ist unverändert hoch. Dabei geht die Gefahr insbesondere von der „**Al-Qaida im Islamischen Maghreb**“ (AQM) aus, die u. a. bestrebt ist, Geiselnahmen beispielsweise von westlichen Touristen politisch zu instrumentalisieren bis hin zur medialen Inszenierung

ihrer Tötung. Hauptoperationsgebiet der AQM sind die Bereiche Algerien, Mauretanien, Nordmali sowie Nordwestniger. Auch wenn die AQM vorwiegend eine regionale Agenda verfolgt, liegen Hinweise dafür vor, dass die AQM mittelfristig auch Staaten West- und Mitteleuropas in den Zielfokus nehmen könnte.

Diese Gefahr der Ausweitung des Operationsraums ist grundsätzlich auch bei der am **Horn von Afrika** aktiven „**al-Shabab**“ gegeben, einer mutmaßlichen AQ-Regionalorganisation. Die Wahrscheinlichkeit des Eintritts ist zwar gering, aber bei einer sich bietenden Anschlaggelegenheit könnte diese Möglichkeit genutzt werden, um sich international zu profilieren. Grundsätzlich verfolgt die al-SHABAB eine regionale Agenda, die die somalische Übergangsregierung und die diese unterstützenden Kräfte zum Ziel haben. Dies beinhaltet auch eine Anschlaggefahr für die umliegenden Nachbarländer.

Vereinzelt liegen Hinweise vor, dass auch Jihadisten aus dem Westen sich am dortigen Jihad beteiligen. Ob sich daraus ein Trend hin zu einem viel frequentierten Jihadschauplatz entwickelt, bleibt abzuwarten.

5.2 Islamistischer Terrorismus in Deutschland

Im Berichtszeitraum ereignete sich der erste in Deutschland realisierte islamistisch motivierte Terroranschlag. Der 21-jährige Arid U. ermordete am 2. März am Frankfurter Flughafen zwei US-amerikanische Soldaten und verletzte drei weitere Militärangehörige. Für diese Tat wurde er am 10. Februar 2012 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Dieser Fall ist ein aktuelles Beispiel dafür, wie sich aus der von Salafisten verbreiteten Ideologie ein Nährboden für eine weitere Radikalisierung bis hin zur Ausübung terroristischer Gewalttaten entwickeln kann. Der Täter hat sich vermutlich über das Internet radikalisiert und unterhielt Kontakte, zumindest in Form von sogenannten Facebook-„Freundschaftsbeziehungen“, in das salafistische Spektrum. Der Anschlag unterstreicht die Bedeutung der salafistischen Bewegung für das jihadistische Spektrum und den Stellenwert, den das **Internet** als Propaganda-, Rekrutierungs- und Meinungsbildungsforum besitzt (Kap. IV 5.4). In Bezug auf das Internet konnte eine weitere Qualitätsverbesserung der dort zur Verfügung stehenden islamistischen Inhalte festgestellt werden. Die präsentierten Inhalte reichen dabei von

feuilleton-ähnlichen Kommentaren zu politischen und gesellschaftlichen Vorgängen in der arabischen Welt über Rechtfertigungen von Anschlägen gegen westliche Interessen bis hin zu konkreten Anleitungen zur Herstellung von Sprengmitteln. Diese Propaganda hat auch in Deutschland bereits dazu geführt, dass sie radikalisierte Personen dahingehend beeinflusste, konkrete Anschlagsvorbereitungen durchzuführen.

Ausgehend vom islamistischen Terrorismus gilt für Deutschland und deutsche Interessen im In- und Ausland seit dem Herbst 2010 eine intensiviertere Gefährdungssituation. Diese abstrakte Gefährdungslage kann sich jederzeit in Form von islamistisch motivierten Terroranschlägen oder Anschlagversuchen jeglicher Intensität mit sowohl geringem als auch mit hohem Symbolwert konkretisieren.

Diese Lageeinschätzung stützt sich in erster Linie auf folgende Faktoren:

- die langfristige Planungstreue von Kern-AQ,
- die Existenz eines gewaltbereiten islamistischen Personenpotentials in Deutschland,
- die anhaltende Verbreitung von Verlautbarungen mit direktem Deutschlandbezug und
- die anhaltenden Reisebewegungen gewaltbereiter Islamisten.

Es ist davon auszugehen, dass die Führung von AQ an ihrem **langfristigen Ziel** festhält, die westliche Welt, also die USA und Europa, zu schwächen und zu destabilisieren. Nach der Tötung von Usama bin Laden und weiteren Führungspersonen der AQ ist mit adäquaten Vergeltungsschlägen zu rechnen.

Das erkannte gewaltbereite **islamistische Personenpotential** beläuft sich in Deutschland derzeit auf knapp über 1.000 Personen. Zu diesen Personen liegen konkrete Hinweise vor, die ihre Zuordnung zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial rechtfertigen.

Die bereits 2008 begonnene Propagandaoffensive von AQ, IJU und der „Deutschen Taliban-Mujahideen“ (DTM), die durch die direkten Anschlagsschuldungen im Rahmen der Bundestagswahl 2009 eine Gefährdungsspitze fanden, wurde im Jahr 2011 fort-

gesetzt. Auch die **islamistische Propaganda der Jihadisten mit Deutschlandbezug**, insbesondere der Mitglieder der IJU und DTM hat weiter zugenommen. Dabei standen Drohungen gegen die in Afghanistan eingesetzten deutschen Bundeswehrsoldaten, das Werben um eine aktive oder aber finanzielle Beteiligung am Jihad sowie die Glorifizierung des Märtyrertums im Vordergrund.

Die Terrororganisationen professionalisieren dabei ständig die Qualität ihrer Propaganda, insbesondere durch ihre eigenen Medienstellen, wie z. B. die „Elif Medya“ der DTM, die „as-Sahab“ der AQ und die „Jundullah“ der IBU. Diese produzieren in der Regel entsprechende Video- und Audiobotschaften, die über eigene Internetpräsenzen verbreitet werden.

Bei Personen, die dem islamistischen Spektrum zuzurechnen sind, ist auffällig, dass diese in den letzten Jahren verstärkt Planungen für **Reisen** in arabisch-sprachige Länder durchführten. Hierzu zählt insbesondere die Teilnahme an der Pilgerfahrt (Hadsch), das Erlernen der arabischen Sprache an einem Sprachinstitut sowie die **Ausbildung in einem jihadistischen Trainingslager**. Besondere Sicherheitsrelevanz kommt dem Aufenthalt in einem Ausbildungslager zu. Die Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen befinden sich hauptsächlich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Neben dieser Region sind aber auch der Jemen und Somalia potenzielle Standorte dieser Ausbildungslager.

Der Besuch einer Sprach- oder Koranschule im arabisch-sprachigen Ausland kann der potenziell erste Schritt auf dem Weg in eine Terrorkarriere sein. In den Schulen erfolgt in einigen Fällen der letzte Schritt der Radikalisierung sowie der Anwerbeversuch für die Ausbildung in einem der Terrorcamps.

Das erfolgreiche Durchlaufen eines terroristischen Ausbildungslagers wirkt auf die radikalisierte Person identitätsstiftend und begründet sowohl unter seinen Glaubensbrüdern im Terrorcamp sowie seiner Community in Deutschland ein erhöhtes Ansehen und Reputation. Grund dafür sind besondere Fähigkeiten, Kontakte und Erfahrungen, die während eines solchen Terrorcampaufenthaltes erworben werden.

Den Bundessicherheitsbehörden liegen derzeit Informationen zu insgesamt rund 255 Personen mit Deutschland-Bezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit) und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten:

Zu ca. 70 dieser 255 Personen existieren konkrete Hinweise, die für eine absolvierte paramilitärische Ausbildung sprechen. Es wird davon ausgegangen, dass sich weniger als ein Drittel dieser 70 Personen aktuell wieder in Deutschland aufhält, davon ist ca. die Hälfte derzeit inhaftiert.

Von den insgesamt 255 Personen, bei denen eine Teilnahme an einer paramilitärischen Ausbildung zumindest angenommen wird bzw. die eine solche beabsichtigten, halten sich derzeit vermutlich ca. 135 Personen (wieder) in Deutschland auf, von denen ein geringer Anteil inhaftiert ist.

Ca. 45 dieser 255 Personen haben sich mutmaßlich seit Beginn des Jahres 2001 an Kampfhandlungen in Krisenregionen beteiligt.

Bereits im Jahr 2009 war bei Jihadisten ein verstärkter Trend zu Ausreisen festzustellen. Insbesondere junge Männer, darunter auch Konvertiten, hatten sich dieses Ziel gesetzt.

Das Ziel dieser Freiwilligen ist grundsätzlich die Beteiligung am gewaltsamen Jihad. Damit tragen Absolventen terroristischer Ausbildungslager ein hohes Gefahrenpotential in sich, insbesondere wenn sie ihre Aktivitäten nicht auf die klassischen Jihad-Schauplätze beschränken, sondern motiviert den Jihad auch auf andere Länder wie z. B. Deutschland ausweiten wollen.

Auch zu Einzelpersonen aus Schleswig-Holstein liegen Erkenntnisse zu einer beabsichtigten Ausreise bzw. über Kontakte zu Ausreisewilligen vor. In Einzelfällen ist die Ausreise im Zusammenwirken von der Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein und der Polizei vereitelt worden.

5.3 Islamistischer Terrorismus in Schleswig-Holstein

Auch in 2011 konnten in Schleswig-Holstein keine konkreten Hinweise auf vorhandene islamistisch motivierte terroristische Strukturen festgestellt werden. Nach wie vor liegen allerdings zu einer Reihe von Personen im Land Anhaltspunkte für Kontakte unterschiedlicher Art und Qualität zum jihadistischen Spektrum vor. Die in den Vorjahren bereits formulierte Annahme, dass bei der jihadistischen Radikalisierung die andauernde Verbreitung der salafistischen Ideologie eine kausale Rolle spielen

könnte, hat sich bestätigt. Vor allem junge Muslime und junge Islam-Konvertiten in schwierigen Lebenssituationen oder Entwicklungsphasen scheinen für diese Ideologie empfänglich zu sein. Exemplarisch hierfür steht der Fall des 19-jährigen deutschen Staatsangehörige Harry M. aus Neumünster. Harry M. ist Ende 2010/Anfang 2011 im Rahmen der Diskussion um einen ehemaligen Moscheeverein in Pinneberg öffentlich in Erscheinung getreten. In diesem Zusammenhang erlangte er aufgrund seiner radikalen und antisemitischen Ansichten ein bundesweites Medieninteresse. Gegen Harry M. hat die Bundesanwaltschaft am 8. Dezember 2011 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Schleswig Anklage erhoben. Ihm wird vorgeworfen, Mitglieder und Unterstützer für zwei ausländische terroristische Vereinigungen in elf Fällen geworben zu haben. Harry M. soll seit Dezember 2010 den öffentlich zugänglichen Internetauftritt „Islamic-Hacker-Union“ betrieben haben. Von Februar bis zu seiner Festnahme im Juni soll er unter seinem Aliasnamen „Isa Al Khattab“ 139 teilweise mit Videos oder Lichtbildern verbundene Textbeiträge und 83 reine Videobeiträge radikal-islamistischen und jihadistischen Inhalts veröffentlicht haben. Unter anderem werden darin die brutale Ermordung irakischer Polizisten gezeigt und Selbstmordattentate verherrlicht. In mindestens elf dieser Videos habe er wissentlich und willentlich um Mitglieder und Unterstützer für die ausländischen terroristischen Vereinigungen „Islamische Bewegung Usbekistan“ und „Islamischer Staat Irak“ geworben. Harry M. wurde am 28. Juni aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom 27. Juni festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen ihn hat am 22. Februar 2012 vor dem Strafsenat des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichtes begonnen.

Die typischen Radikalisierungsverläufe beginnen oft mit einer Selbstradikalisierung über einschlägige Internetangebote, der Teilnahme an jihadistischen Internetforen und dem Schritt von der virtuellen in die reale Welt. Dies beinhaltet den Besuch von einschlägigen Moscheen, die den vermeintlich „wahren Glauben“ propagieren. Bei einigen wenigen Personen im Land ging die Radikalisierung so weit, dass es sie beispielsweise in einschlägige Sprachschulen im Nahen Osten, die zum Teil im Verdacht stehen eine jihadistisch-salafistische Ausrichtung zu vertreten und als Rekrutierungsplattform für eine terroristische Ausbildung zu dienen, führte. Wieder andere suchten gleich den Kontakt zu Personen, die einen Aufenthalt in einem terroristischen Ausbildungslager vermitteln konnten. Die Beobachtung dieses salafistisch-

jihadistischen Spektrums in Schleswig-Holstein stellt wegen des erheblichen Gefahrenpotentials einen Schwerpunkt der Verfassungsschutzarbeit dar.

Unverändert unterliegen Personen mit Kontakten zum Netzwerk „Ansar al-Islam“ (AAI) oder sonstigen irakisch-kurdischen Netzwerken der intensiven Beobachtung.

Auch in Schleswig-Holstein ist ein unstrukturiertes irakisch-kurdisches Personenpotenzial bekannt, das der Anhängerschaft der AAI zugeordnet werden kann bzw. von dem bekannt ist, dass Einzelpersonen islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak befürworten. Aktive tatsächliche Unterstützungsleistungen zugunsten der AAI oder anderer irakisch-kurdischer Gruppierungen wurden im Jahr 2011 allerdings nicht beobachtet.

Die islamistisch-terroristische Organisation AAI entstand im Jahr 2001 aus einem Zusammenschluss verschiedener jihadistisch orientierter Splittergruppen im Nordirak. Ursprünglich war die AAI eine nur im Nordosten des Irak aktive kurdisch-islamistische Organisation und strebte die Errichtung eines eigenen Gottesstaates in dieser Region an. Allerdings versteht sich die AAI bereits seit Herbst 2003 als Teil des sunnitisch-terroristischen „Widerstands“ im Irak und verfügt mutmaßlich über Verbindungen zum Terrornetzwerk „al-Qaida“. Ihre Bestrebungen konzentrieren sich zwischenzeitlich auf den Kampf gegen die Koalitionsstreitkräfte und die gewaltsame Beseitigung des irakischen Staates. Es ist davon auszugehen, dass die AAI ihre Aktivitäten nach Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte aus dem Irak forcieren wird. Die fast ausschließlich kurdisch stämmigen Anhänger der AAI in der Bundesrepublik, die sich überwiegend in Süddeutschland aufhalten, beschäftigen sich weitgehend als logistische Unterstützer durch das Sammeln von Geldern und durch Transferleistungen in den Irak.

Viele Anhänger der AAI befürworten dabei grundsätzlich jihadistische Aktivitäten im Irak – auch die Aktionen anderer gewaltbereiter Gruppierungen. Insoweit besteht in Deutschland unabhängig vom Organisationsbezug auch ein Personenpotenzial irakischer Kurden, das islamistisch-terroristische Aktivitäten im Irak als legitim ansieht.

Eine weitere relevante Gruppe im terroristischen Spektrum in Schleswig-Holstein ist die „Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB). Unter den in Schleswig-

Holstein lebenden Tschetschenen und Dagestanern befinden sich auch mutmaßliche Anhänger und Unterstützer der NKSB. Feste organisatorische Strukturen der NKSB konnten in Schleswig-Holstein allerdings bislang nicht beobachtet werden. Aktive Unterstützungshandlungen zugunsten der NKSB sind im Jahr 2011 nicht bekannt geworden.

Im Zuge der Auflösung der ehemaligen Sowjetunion entstand Anfang der 1990er Jahre eine Organisation, die sich selbst die Bezeichnung „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI) gab. Zielsetzung der CRI war die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit Tschetscheniens. Für die Sicherheitsbehörden ergab sich hieraus zunächst der verwandte Arbeitsbegriff „Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI) / „Tschetschenische Separatistenbewegung (TSB)“, der zwischenzeitlich durch den Begriff der „Nordkaukasischen Separatistenbewegung“ (NKSB) ersetzt wurde.

Die Akteure der NKSB lassen sich dabei in zwei Gruppierungen unterteilen: den im Jahr 2007 durch Proklamation des Dokku Umarov entstandenen gewaltbereiten Flügel - das islamistisch-terroristisch ausgerichtete „Kaukasische Emirat“ - und den vorgeblich „pro-demokratischen“ bzw. „nationalistischen“ CRI-Flügel um Ahmed Zakaev.

Die moderaten Separatisten wollen mit politischen Mitteln die staatliche Unabhängigkeit Tschetscheniens erreichen, wohingegen der radikale Flügel um Umarov eine politische Lösung des Konflikts ablehnt und einen unabhängigen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus auf Grundlage der Scharia anstrebt. Umarov befürwortet dabei eine gewaltsame, auch terroristische Strategie. Der Konflikt hat sich bereits in die gesamte Region des Nordkaukasus und besonders in die angrenzenden nationalen Republiken Inguschetien und Dagestan ausgedehnt und wurde zunehmend auch über die Grenze der Russischen Föderation getragen. Der in Europa lebende Teil der Diaspora, die sich dem nordkaukasischen Widerstand verpflichtet fühlen, betrachtet Europa und damit auch Deutschland primär als Rückzugsraum.

Die in Deutschland lebenden Anhänger der NKSB, von denen der größere Teil dem CRI-Flügel zugeordnet werden kann, leisten Unterstützung in Form von Propagandaarbeit bis hin zur finanziellen und materiellen Förderung der NKSB.

5.4 Jihadismus und Salafismus im Internet

Das Internet hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr zum wichtigsten Medium für islamistische Bestrebungen weltweit entwickelt. Sowohl in Europa und den USA, als auch in vielen islamisch geprägten Ländern wird das Internet für die verschiedenen propagandistischen Bedürfnisse von Jihadisten und Salafisten genutzt. So kann über das Internet mit geringem Aufwand eine große Anhängerschaft erreicht und weiter ausgebaut werden, insbesondere durch das Verfügbarmachen von Propagandamaterial oder durch das Bereitstellen von Foren, in denen dann u. a. islamistische Inhalte weiter diskutiert und verbreitet werden.

Islamistische Internetinhalte lassen sich grob in drei Kategorien unterteilen. Zum einen existieren missionierungsorientierte Seiten, die sich meist nicht gewaltbereit präsentieren, aber in Teilen eine mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarende Ideologie propagieren. Zur zweiten Kategorie zählen beispielsweise islamistische Foren. Diese haben meist sowohl einen frei zugänglichen Bereich, der inhaltlich eher gemäßigt erscheint sowie einen geschlossenen Bereich, in dem auch sensiblere bzw. brisante Themen diskutiert werden. In der dritten Kategorie lassen sich regionale Nachrichtenportale anführen, die die unter anderem in Europa lebenden Islamisten mit Informationen aus ihrer Heimatregion versorgen.

Missionierungsorientierte Seiten

Bei missionierungsorientierten Websites handelt es sich meist um optisch ansprechende Internetauftritte, die mit relativ großem technischem Sachverstand erstellt wurden. Wer verantwortlich für die Seite zeichnet, ist für gewöhnlich offen einsehbar, da oftmals auf die Zugkraft von prominenten islamistisch-salafistischen Autoritäten gesetzt wird (siehe Kap. 3). Änderungen in der Zusammensetzung der handelnden Personen und Umbenennungen der Seiten sind häufig anzutreffen, da die Initiatoren und Protagonisten der Seiten oftmals in Konkurrenz zueinander stehen. So stehen die Seiten aus dem islamistischen Spektrum nicht nur unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden, sondern werden auch gelegentlich Opfer von Hackerangriffen.

Die Inhalte reichen dabei von salafistischer Propaganda über Verknüpfungen zu einschlägigen Videos bis hin zu Ankündigungen von Terminen wie beispielsweise Is-

lamseminaren. Mittlerweile werden die Seiten nicht mehr nur von Gruppierungen betrieben. Auch immer mehr engagierte Einzelpersonen drängen mit ihren Internetauftritten in die Öffentlichkeit, um ihrerseits zu missionieren. Dabei gleichen sich die Seiten inhaltlich oft sehr stark.

Obwohl diese Seiten meist nicht offen zur Gewalt aufrufen oder Gewalt als Mittel propagieren, so ist die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oftmals klar zu erkennen, beispielweise durch die Forderung nach der Einführung der Scharia, welche in der salafistischen Interpretation jedoch gegen hier geltende Menschen- und Gleichstellungsrechte verstoßen würde.

Neben den eigenständigen Auftritten im Internet spielen soziale Netzwerke eine große Rolle für islamistisch-salafistische Gruppierungen in ganz Deutschland. So lässt sich beinahe jede Gruppe oder jeder Personenzusammenschluss mit einem Profil auf der Internetplattform Facebook oder in einem anderen sozialen Netzwerk finden. Hierüber ist es für diese ein Leichtes sich mit Interessierten zu vernetzen, direkt zu kommunizieren und effektive Missionierungsarbeit zu betreiben.

Islamistische Foren

Sowohl auf internationaler Ebene als auch im deutschsprachigen Raum existieren zahlreiche islamistische und jihadistische Foren. Bei einem Internetforum handelt es sich um eine virtuelle Plattform zum Austausch und zur Speicherung von Meinungen und Gedanken. Diese Foren haben in den meisten Fällen einen offen zugänglichen Bereich, in dem jeder bestimmte Beiträge lesen kann, ohne sich anzumelden. In diesem offenen Bereich werden zumeist grundsätzliche Dinge, beispielsweise zur islamistisch-salafistischen Islamauslegung besprochen.

Daneben gibt es in der Regel noch einen geschlossenen Nutzerbereich, in den zum Teil auch extremistische Inhalte eingestellt werden. Der Zugang zu diesem geschlossenen Bereich ist meistens strikt reglementiert und in vielen Fällen bedarf es der Empfehlung eines bereits registrierten Nutzers, um einen Zugang zu erhalten. Dieser Zugang kann bei nicht Einhaltung der häufig sehr strengen Forenregeln auch schnell wieder gesperrt werden.

Neben den einfachen Usern gibt es hier auch, wie in jedem anderen Forum, Moderatoren und Administratoren. Die Administratoren hinter den Foren sind meistens technisch sehr versiert und verstehen es, ihre Identität gut zu schützen. Unter anderem werden meist Serverstandorte so gewählt, dass deutsche Behörden große Schwie-

rigkeiten haben, an Nutzerdaten zu gelangen und die Hintermänner der Foren zu identifizieren.

Regionale Nachrichtenportale

Um sich über die politischen Vorgänge in ihrer Heimatregion zu informieren, nutzen viele in Deutschland lebende Islamisten mit Migrationshintergrund regionale Nachrichtenportale. Gerade für den Bereich Schleswig-Holstein mit einer sehr großen nordkaukasischen Diaspora spielt das islamistische Nachrichtenportal www.kavkazcenter.com eine wichtige Rolle. Es handelt sich dabei um das inoffizielle Sprachrohr der islamistisch-terroristischen Organisation „Emirat Kavkaz“, welches im Nordkaukasus die gewaltsame Errichtung eines islamistischen Gottesstaates, anstrebt. Das Kavkazcenter bezeichnet sich selbst als „unabhängig, international und islamisch“. Es wurde 1999 von den Separatisten der „Tschetschenischen Republik Itschkeria“ gegründet, die Verantwortlichen ordnen sich heutzutage aber eher in der Nähe des „Emirat Kavkaz“ und der tschetschenischen Mujaheddin ein.

Kavkazcenter ist eine hochgradig professionell gestaltete Seite, welche westlichen Nachrichtenseiten in Sachen Präsentation kaum nachsteht. Dort werden tagespolitische Themen für den Nordkaukasus, aber auch für ganz Russland und andere Staaten aus Sicht des „Emirat Kavkaz“ aufbereitet. Darüber hinaus können die dortigen Informationen in fünf Sprachen abgerufen werden.

Jihadistische Publikationen

Auch Jihadisten nutzen das Internet für ihre Propagandazwecke und verbreiten hierüber zahlreiche Publikationen. Zusätzlich zu den ideologischen jihadistischen Äußerungen werden beispielsweise auch sogenannte Märtyrer verehrt und es finden sich Anweisungen, wie man sich „im Jihad“ zu verhalten hat bzw. wer der konkrete „legitime Feind“ im jihadistischen Kampf ist.

Durch jihadistische Internetangebote wie z. B. das von der AQAH herausgegebene Online-Magazin „Inspire“ (siehe Kap. 5.1) werden darüber hinaus konkrete terroristische Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt. Das Magazin enthält Rubriken, in denen der Umgang und die Wartung von Waffen gezeigt oder in denen taktische Informationen, etwa zur genauen Platzierung von Bomben in Gebäuden, demonstriert werden.

Weiterhin finden sich in den jihadistischen Internetangeboten zum Teil detaillierte Angaben zum Bau von Bomben oder Sprengvorrichtungen, mit denen letztlich auch in Eigeninitiative Anschläge verübt werden könnten. Hierdurch besteht die Möglichkeit, einen Radikalisierungsprozess bis hin zum islamistischen Terrorismus zusätzlich zu forcieren. Dass diese Veröffentlichungen auch in Deutschland rezipiert werden, zeigt der Fall eines Jugendlichen aus Frankfurt im Februar 2011, der beim Bau einer Bombe die Wohnung in Brand setzte und bei seiner Verhaftung angab, eine Bauanleitung aus „Inspire“ genutzt zu haben.

6 Organisationen und Gruppierungen

6.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) mit ihrem Hauptsitz in Kerpen hat ihren Ursprung in der türkischen Bewegung „Milli Görüs“. Die Organisation ist weltweit aktiv und hat auch in Deutschland zahlreiche Anhänger. Im Bundesgebiet werden der IGMG ca. 31.000 Mitglieder zugerechnet, womit die IGMG zur größten legalistischen Organisation in Deutschland wird. Die Publikationen und Veranstaltungen der Gruppierung erreichen vermutlich sogar mehr als 100.000 Menschen. Zu den bekanntesten Zeitschriften, die über die Organisation berichten, zählen die „Milli Gazete“ sowie die „IGMG Perspektif“. Darüber hinaus existiert eine umfassende Internetpräsenz unter www.igmg.de, welche nicht nur den Anhängern als Informationsplattform dient, sondern die Ideologie und die Tätigkeiten der „Milli Görüs“ auch nach außen darstellt.

Die Bewegung wurde Ende der 1960er Jahre von dem türkischen Politiker Necmettin Erbakan gegründet. Seine Ideologie basiert auf den ideologischen Säulen „Milli Görüs“ (nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (gerechte Ordnung) und verfolgt u. a. das Ziel, ein national-türkisches Großreich ähnlich des Osmanischen Reiches zu schaffen. Der Islam soll dabei die Grundlage zunächst für dieses Reich und letztlich für eine weltweite „gerechte Ordnung“ sein. In der Türkei vertritt die Partei „Saadet Partisi“ (SP-Partei der Glückseligkeit) die Vorstellungen der „Milli-Görüs“-Bewegung.

Necmettin Erbakan war bis zu seinem Tod im Februar, und ist für einige Anhänger auch darüber hinaus, nicht nur Gründer, sondern auch Vorbild und Leitfigur der „Milli-Görüs“-Bewegung. Noch zu Lebzeiten initiierte er einen Vorstandswechsel der IGMG, um so diese wieder fester an die Türkei zu binden. Mit der Wahl seines Wunsch Kandidaten Kemal Ergün zum neuen Vorsitzenden hoffte er, dass sein konservativer Kurs beibehalten und verstärkt wird.

Mit Kemal Ergün verbinden innerhalb der IGMG sowohl die „Traditionalisten“ als auch die „Reformer“, die eine Loslösung vom strengen Kurs Erbakans anstreben, die Hoffnung nach Beständigkeit bzw. Veränderung. Im Rahmen eines Interviews in den „Deutsch Türkischen Nachrichten“ im August zeigte der neue Vorstandsvorsitzende dann auch sein diplomatisches Geschick. Zum einen stellt er die Leistungen Necmettin Erbakans als herausragend dar, zum anderen äußert er, dass „die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs eine Religionsgemeinschaft ist“ und erweckt somit den Eindruck, eine Abkehr von einer politisch-ideologischen hin zu einer religiösen Organisation anzustreben.

Unter dem Vorsitz Ergüns sind dann auch Um- und Neustrukturierungen sowie personelle Veränderungen in den Vorständen der IGMG vorgenommen worden. Hierzu gehört insbesondere eine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit, in der Ergün nach eigener Aussage in der Vergangenheit „Schwächen“ sah. Ein weiterer Schwerpunkt liegt weiterhin im Bereich der Jugendarbeit einschließlich der Tätigkeit im Bildungsbereich. Hierzu äußerte Kemal Ergün:

„Im Grunde ist die gemeinwohlorientierte Jugendarbeit der größte Beitrag unserer Gemeinschaft. [...] In allen europäischen Ländern, in denen die IGMG aktiv ist, sind wir bestrebt, eine Jugend auszubilden, die einen positiven Beitrag für die Gesellschaft leiste. [...] Zudem haben wir Pläne, Studierende stärker zu unterstützen. [...]“

Mit dieser Aussage wird deutlich, dass die IGMG weiterhin bestrebt ist, junge Menschen schon früh an die Organisation zu binden. Für dieses Ziel bietet sie z. B. kostenlosen Nachhilfeunterricht und Koranschulungen für Kinder an. In das Bildungskonzept der IGMG gehört unter anderem auch eine Studentenabteilung, die dieses Jahr zum dritten Mal einen „Uniday“ organisierte. Am 22. Oktober besuchten mehr

als 2.000 Teilnehmer diese Veranstaltung in der Bielefelder Stadthalle, die unter dem Motto „Unsere Visionen schöpfen aus der Vergangenheit“ stand. Neben künstlerischen und musikalischen Darbietungen wurden auch Redebeiträge von hochrangigen IGMG-Funktionären wie z. B. von dem Generalsekretär Oguz Ücücü und dem Vorsitzenden der Studierendenabteilung Celal Tüter gehalten. Veranstaltungen dieser Art bieten nicht nur einen Treffpunkt, sondern sind auch dazu geeignet, die Teilnehmer stärker an die IGMG und deren Ideologie zu binden.

Die bereits durchgeführten Strukturveränderungen und teilweisen Tendenzen zur Loslösung der IGMG von der ursprünglichen türkischen Organisation lassen jedoch bisher keine grundsätzliche Abkehr von der Ideologie des Gründers der „Milli-Görüs“-Bewegung Necmettin Erbakan erkennen. Sein erklärtes Ziel war eine globale islamistische Gesellschaftsordnung, die im Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht.

In Schleswig-Holstein werden mehrere Vereine der IGMG zugeordnet, die offiziell dem „Bündnis der Islamischen Gemeinden Norddeutschlands e.V.“ (BIG) angeschlossen sind. Nach außen eher unauffällig, sind die inneren Strukturen der Vereine vergleichbar mit denen der IGMG. Der hohe Stellenwert der Jugend- und Bildungsarbeit der Organisation findet sich in Form von schulischer Unterstützung oder in Freizeitangeboten wieder. Damit wird versucht, bereits frühzeitig Kinder und Jugendliche ideologisch an sich zu binden.

6.2 „Tablighi Jama’at“ (Gemeinschaft der Verkündung und Mission, TJ)

Die „Tablighi Jama’at“ (TJ) ist eine Missionsbewegung, die 1926 in Indien mit dem Ziel der globalen Islamisierung der Gesellschaft gegründet wurde. Der TJ werden weltweit mehr als zehn Millionen Anhänger zugerechnet. Hauptstützpunkte der Bewegung sind neben Indien auch Bangladesch und Pakistan, sowie in Europa vorrangig Großbritannien.

Auf ihrer englischsprachigen Internetseite www.tablighijamaat.org stellt sich die TJ nicht nur vor, sondern bietet auch die Möglichkeit zur Kommunikation über einen so-

genannten Blog. Das strenge Islamverständnis wird unter anderem in diesem Blog beispielhaft dargelegt. Von den Anhängern der Organisation wird neben der Umsetzung der islamischen Vorschriften auch regelmäßige, freiwillige und unentgeltliche Missionsarbeit im In- und Ausland erwartet. Durch eine vorbildhafte Lebensweise orientiert an Koran und Sunna sollen in erster Linie andere Muslime von der TJ überzeugt werden. Hierfür werden bei den dreitägigen bis zu mehrere Monate dauernden Missionsreisen hauptsächlich Moscheen in anderen Ländern aufgesucht.

Um sich auszutauschen und die Missionsreisen abzustimmen, finden regelmäßige Zusammenkünfte der TJ-Anhänger statt. Im Berichtsjahr konnten deutschlandweit mehrere Treffen von TJ-Anhängern z. B. in Hannover, aber auch im europäischen Ausland wie in z. B. in Frankreich festgestellt werden.

Auch wenn die TJ keine politischen Forderungen stellt, so strebt sie mit ihrem streng orthodoxen Islamverständnis eine Islamisierung der Gesellschaft und letztlich die Etablierung eines islamischen Staates an. Die Ideologie der Bewegung bietet die Grundlage für mögliche Radikalisierungsprozesse und ihr globales Netzwerk wurde in der Vergangenheit auch von Personen mit terroristischem Hintergrund genutzt. Die Beobachtung der TJ durch die Sicherheitsbehörden ist somit unerlässlich.

In Schleswig-Holstein, hier insbesondere im Raum Lübeck, werden seit mehreren Jahren TJ-Bezüge beobachtet. Eine Intensivierung der Aktivitäten bzw. ein Anstieg der Zahl von TJ-Anhängern ist jedoch nicht zu verzeichnen.

6.3 Die Muslimbruderschaft und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)

Die Muslimbruderschaft (MB) ist eine der ältesten und bedeutendsten sunnitisch-islamistischen Organisationen weltweit. Sie hat ihren Ursprung in Ägypten und ist nach eigenen Angaben in über 70 weiteren Ländern aktiv. In der Bundesrepublik ist die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ diejenige Organisation, die der Muslimbruderschaft ideologisch nahe steht.

Ursprung und Entwicklung

Der Lehrer Hassan al-Banna gilt als Begründer der Gruppierung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Ägypten entstand. Obwohl al-Banna bereits 1949 starb, gilt er neben Sayyid Qutb bis heute als der herausragende Ideologe der Organisation. Zunächst war die Gruppierung vorrangig im sozialen und karitativen Bereich tätig, politisierte sich jedoch im Laufe der Jahre zunehmend und etablierte sich immer stärker als politische Kraft. Obwohl die Muslimbruderschaft als Partei in Ägypten verboten war, beteiligte sich die Gruppierung vor allem in den letzten Dekaden mit „unabhängigen“ Kandidaten oder in Wahlbündnissen an Abstimmungen im Land.

Darüber hinaus entstanden in verschiedenen anderen Ländern Ableger der Organisation. Diese sind der MB in Ägypten zwar ideologisch nahe, unterscheiden sich jedoch beispielsweise bezüglich der Anwendung von Gewalt zur Zielerreichung und sind z. T. auch überregional von Bedeutung. Zu den bekanntesten Gruppierungen gehören hier u. a. die „HAMAS“ in den palästinensischen Gebieten, die „an-Nahda“ in Tunesien oder die Ableger in Syrien und Jordanien. Weiterhin wird die extremistische Islaminterpretation der Muslimbruderschaft über verschiedene Moscheen, Institute und Vereine auch in Europa verbreitet.

Die Ideologie der Gruppe hat nicht nur die Entwicklung des politischen Islams und des Islamismus entscheidend geprägt. Die Schriften Sayyid Qutbs beispielsweise haben darüber hinaus unter anderem Einfluss auf das moderne islamistische Verständnis des Jihad-Begriffs. Zu den grundsätzlichen Zielen der Muslimbruderschaft zählt die Durchsetzung islamischer Prinzipien sowohl im privaten als auch im öffentlichen und damit auch politischen Leben. Konkret bedeutet dies etwa die (Re-)Islamisierung der Gesellschaft, die Verminderung des westlichen Einflusses auf die Muslime sowie die Errichtung eines islamischen Staates bei gleichzeitiger Ablehnung „weltlicher Gesetze“. Dabei ging die Gruppierung in der Vergangenheit z. T. gewalttätig vor, was unter anderem zu ihrem Verbot in Ägypten führte. Heute agiert die Muslimbruderschaft jedoch fast ausschließlich gewaltlos.

Aktuelle Situation

Die Umbrüche in der arabischen Welt, die im Dezember 2010 begannen, erreichten Anfang 2011 auch Ägypten. Eine Folge war unter anderem der Rücktritt der Regie-

rung unter Präsident Mubarak und die Etablierung neuer Parteien im Zuge der Vorbereitung von Neuwahlen im November und Dezember. In diesem Zusammenhang entstand auch die „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“, die der Muslimbruderschaft nahe steht. Zusammen mit ihren Bündnispartnern konnte diese schließlich auch die Parlamentswahlen für sich entscheiden.

In der Öffentlichkeit versuchte sich die Muslimbruderschaft innerhalb der Umbruchsphase eher gemäßigt zu geben, mutmaßlich um den Kritikern entgegenzuwirken die befürchteten, die extremistischen Kräfte in der Organisation könnten sich mit ihren Forderungen durchsetzen.

Ob und in welchem Maße die Muslimbruderschaft an ihren islamistischen Vorstellungen auch zukünftig festhalten wird oder ob die Organisation aus pragmatischen Gründen von diesen zumindest in Teilen abrückt, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Auch die möglichen Auswirkungen auf die Ableger der MB in anderen Ländern der Region sowie auf Europa lassen sich derzeit noch nicht abschätzen.

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ entstand vor bereits mehr als 50 Jahren in München und verfügt über mehrere hundert Anhänger. Ihren Hauptsitz hat die Organisation im November 2010 nach Köln verlegt. Weiterhin unterhält die IGD nach eigenen Angaben mehrere „Islamische Zentren“ als organisatorische Stützpunkte, unter anderem in Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt/Main, Köln und Braunschweig. Diese werden u. a. auch von MB-Anhängern genutzt. Außerdem ist die IGD Mitglied in der „Föderation islamischer Organisationen in Europa“ (FIOE), eine Gruppierung in der auch MB-nahe Organisationen aus anderen Ländern auf europäischer Ebene vernetzt sind.

Ideologisch steht die IGD der Muslimbruderschaft zumindest nahe, auch wenn die Gruppierung bestrebt ist, diese Nähe in der Öffentlichkeit nicht zu betonen. Die Organisation versucht dabei u. a. durch legalistisches Engagement, über Veranstaltungen aber auch über Vorträge und eigene oder übersetzte Schriften ihre islamistischen Ideen zu verbreiten. Ein besonderes Engagement zeigt sie in der Jugendarbeit, welche vor allem durch die der IGD nahe stehenden „Muslimischen Jugend in Deutschland e.V.“ (MJK) übernommen wird. Diese hat ihren Sitz in Berlin und ist in Lokalkreise aufgeteilt. Die MJK organisiert unterschiedlichste Schulungs- und Frei-

zeitveranstaltungen und unterhält darüber hinaus auch auf europäischer Ebene enge Verbindungen zu MB-nahen Organisationen. Die Finanzierung sowohl der IGD als auch der MJD läuft z. T. über Mitgliedsbeiträge, in erster Linie jedoch über Spenden.

In Schleswig-Holstein gibt es keine Hinweise auf ein „Islamisches Zentrum“ der IGD oder andere MB-nahe Gruppierungen. Lediglich einzelne Personen sind hier dem Spektrum der Muslimbruderschaft bzw. ihr nahe stehenden Organisationen zuzurechnen, während bundesweit von etwa 1.300 Mitgliedern (2010: 1.300) ausgegangen wird.

6.4 „Hizb Allah“ (Partei Gottes)

Die „Hizb Allah“ ist eine schiitisch-islamistische Organisation, die ihren Ursprung im Libanon hat und dort ihre Ziele unter anderem auch mit terroristischen Mitteln verfolgt. Die Propaganda der „Hizb Allah“ richtet sich darüber hinaus jedoch auch gegen westliche Institutionen, weshalb sie deutschlandweit beobachtet wird.

Ursprung und Entwicklung

Entstanden ist die Organisation zu Beginn der 1980er Jahre als militante Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten. Dabei erhielt die „Hizb Allah“ vor allem in der Gründungszeit, aber auch darüber hinaus, massive Unterstützung aus dem Iran. Anfänglich bestand das Ziel der Gruppierung dann auch darin, einen „islamischen Gottesstaat“ nach iranischem Vorbild im Libanon zu etablieren. Dieser Anspruch trat jedoch aus pragmatischen Gründen über die Jahre immer stärker in den Hintergrund, vor allem nachdem sich die Organisation immer stärker auch als politische Kraft etablierte und mit ihrem politischen Arm 1992 erstmals sogar im Parlament vertreten war.

Seit 2005 ist die Gruppierung an der Regierung des Libanon beteiligt. Weiterhin Bestand hat jedoch auch die soziale und karitative Betreuung der „Hizb Allah“-Anhänger, worauf die Organisation ursprünglich unter anderem ihre politische Einflussnahme gründete. Vor allem der militante Arm der Gruppierung verfolgt weiterhin die Destabilisierung und letztlich die Zerstörung des israelischen Staates als eines

der Hauptziele. Deshalb steht die „Hizb Allah“ als islamistische Organisation weiter unter Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden.

Aktuelle Situation

Anfang Januar des Jahres 2011 zerbrach zunächst die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Saad Hariri durch den Austritt der „Hizb Allah“-Minister aus seinem Kabinett. Der Grund hierfür ist unter anderem der Streit um das Tribunal der Vereinten Nationen zur Aufklärung des Mordes an dem früheren Premierminister Rafik Hariri im Jahr 2005, an welchem mutmaßlich auch „Hizb Allah“-Mitglieder beteiligt gewesen sein sollen. Im Zuge der politischen Neuausrichtung nominierte die Organisation dann aber Nadjib Mikati als neuen Premierminister, der sich schließlich Ende Januar auch bei der Wahl im Parlament durchsetzen konnte. Mikati bestimmte dann etwa fünf Monate später eine neue Regierung, die „Hizb Allah“ erhielt nun aber die Mehrheit der Sitze im Kabinett.

Dies verhinderte allerdings nicht, dass etwa zur selben Zeit die Anklage gegen vier „Hizb-Allah“-Mitglieder durch das bereits erwähnte UN-Tribunal veröffentlicht wurde. Ihnen wird vorgeworfen, an den Anschlagplanungen auf den früheren Premierminister beteiligt gewesen zu sein. Die Organisation bestritt jegliche Beteiligung diesbezüglich und lehnte auch eine Zusammenarbeit mit dem Tribunal ab.

Erstmals seit drei Jahren trat auch der Chef der „Hizb Allah“, Hassan Nasrallah, wieder öffentlich bei einer Veranstaltung auf. Zum Aschura-Fest - ein schiitischer Feiertag Anfang Dezember 2011 - sprach er zu mehreren tausend Anhängern in Beirut/Libanon.

Inwiefern die Umbrüche in der arabischen Welt auch einen Einfluss auf die „Hizb Allah“ und den Libanon haben werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilen. Der Auftritt Nasrallahs könnte jedoch ein Versuch sein, offen die Stärke und die Geschlossenheit der Organisation zu demonstrieren.

Die „Hizb Allah“ in Deutschland und Schleswig-Holstein

Bisher konnten in Deutschland keine einheitlichen Strukturen der „Hizb Allah“ festgestellt werden. In der Regel treffen sich die Anhänger in der Organisation nahe ste-

henden Moscheevereinen. Öffentlich tritt die Gruppierung kaum in Erscheinung, vereinzelt nehmen „Hizb Allah“-Mitglieder jedoch an Demonstrationen teil, wie etwa an der zum jährlich stattfindenden Al-Quds-Tag (al-quds: arab. Name für die Stadt Jerusalem) in Berlin.

Der auch in Deutschland empfangbare „Hizb Allah“-nahe TV-Sender „al-Manar“ (arab. der Leuchtturm) wurde vom Bundesinnenministerium 2008 mit einem Betätigungsverbot belegt. Dies hatte jedoch auf die Ausstrahlung aus dem Ausland keine Auswirkungen, weshalb auch weiterhin Propaganda im Sinne der Organisation über das Programm von „al-Manar“ ausgestrahlt wird. So verbreitet dieser unter anderem antiisraelische und antisemitische Inhalte und es werden „Märtyrer“ im bewaffneten Kampf gegen Israel glorifiziert.

Die Finanzierung der „Hizb Allah“ wird überwiegend über Spenden und z. T. auch durch Mitgliedsbeiträge gewährleistet. Auch über der Organisation nahe Stiftungen wird versucht, in Deutschland Spenden einzuwerben, welche durch enge Kontakte zu „Hizb-Allah“-Funktionären im Libanon teilweise auch dorthin weitergeleitet werden.

Während die Gruppierung deutschlandweit etwa 950 Mitglieder (2010: 900) hat, sind in Schleswig-Holstein lediglich Einzelmitglieder vertreten.

6.5 „Türkische Hizbullah“ (TH)

Die „Türkische Hizbullah“ (TH) entstand Anfang der 1980er Jahre aus dem Zusammenschluss kleiner islamischer Gruppierungen im Raum Diyarbakir (Türkei). Die Anhänger dieser Organisation sind mehrheitlich Kurden. Der Organisationsname „Türkische Hizbullah“ wird in Abgrenzung zur libanesischen „Hizb Allah“ (Kap. IV 6.4) verwendet.

Der Organisation, welche sich zwischen Ende der 1980er und Mitte der 1990er Jahre blutige Auseinandersetzungen mit der Arbeiterpartei Kurdistan (siehe Kap. 7, PKK) lieferte, wurden in der Vergangenheit eine Vielzahl von Morden und weitere Gewalttaten angelastet. Im Jahr 2000 wurde die Gruppierung durch Exekutivmaßnahmen in der Türkei enorm geschwächt und galt als weitestgehend zerschlagen. Im Rahmen

dieser Maßnahmen wurde außerdem der damalige Anführer der TH – Hüseyin Ve-
lioglu – getötet und zahlreiche Führungsfunktionäre verhaftet.

Ziele der „Türkischen Hizbullah“

In den Fokus der Öffentlichkeit geriet die Organisation als sie in den 1990er Jahren den Kampf gegen die nach ihrer Ansicht antiislamischen Kräfte in der Türkei begann. Mitglieder der TH führten diverse Anschläge auf öffentliche Einrichtungen sowie Morde an Repräsentanten des türkischen Staates, beispielsweise an Politikern, Anwälten und Journalisten durch. Die Ziele der „Türkischen Hizbullah“ sind die Errichtung eines islamischen Gottesstaates auf türkischem Staatsgebiet, die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und die Errichtung eines weltumfassenden Staates auf Grundlage der Scharia. Diese werden in zahlreichen Publikationen und Internetauftritten der TH immer wieder betont.

Die Befürwortung von Gewalt durch die TH wird bis heute auch im Internet sowie in Printmedien propagiert, so zum Beispiel auch in der TH-Publikation „Die Hizbullah in eigener Sprache“ (Kendi Dilinden Hizbullah):

„Tausendfacher Dank an Gott, der uns die Hizbullah-Gemeinde und die Mitgliedschaft zu dieser Gemeinde geschenkt hat, die sich auf das Kampffeld begeben hat, um die Herrschaft des Islam überall zu verbreiten [...].“

„Mit dem Wunsch eine vereinte islamische Umma zu gründen, in der [...] die göttliche Gerechtigkeit herrscht und die Hadd-Strafen gelten, haben wir das Kämpfen für diesen Glauben und dieses Ziel als unser islamisches Bekenntnis und als eine Notwendigkeit des prophetischen Islam betrachtet.“

Nach der Schwächung der TH im Jahr 2000 änderte die Organisation ihre Strategie. Sie begann in den kurdischen Gebieten der Türkei vermehrt legalistische Organisationen zu gründen. Die gegründeten Vereine und Bildungseinrichtungen dienten hauptsächlich dazu, neue Anhänger zu rekrutieren, um diese anschließend in die Organisation zu integrieren. Diese Strategie hat sich bei der Rekrutierung und Mobilisierung neuer Anhänger in der Türkei bewährt.

Aufgrund einer Gesetzesänderung durch das türkische Parlament Ende Dezember 2010 wurden hochrangige TH-Anhänger nach mehreren Jahren Untersuchungshaft freigelassen. Bisher kam es trotz dieser Freilassung im Jahr 2011 zur keiner neuen

Gewaltwelle durch TH-Aktivistinnen in der Türkei und hatte bisher auch keine Auswirkung auf Deutschland.

„Türkische Hizbullah“ in Deutschland und Schleswig-Holstein

In den letzten Jahren ist vermehrt zu beobachten, dass sich TH-Akteure aufgrund des hohen Verfolgungsdrucks in der Türkei nach Westeuropa absetzen. Dass TH-Aktivistinnen in Deutschland terroristische Aktivitäten durchführen, erscheint nach hiesiger Einschätzung als unwahrscheinlich. Vielmehr nutzt die TH Deutschland zur personellen und logistischen Reorganisation sowie als Rückzugsraum. So sammelt die Organisation hier u. a. Spenden, vertreibt Publikationen und lädt zu Veranstaltungen u. a. mit religiösem Hintergrund ein, so auch im Jahr 2011. Langfristig gesehen wird die TH nach wie vor nach außen hin wahrscheinlich auf Gewalt verzichten und auch zukünftig eine legalistische Strategie anstreben, um sich als reguläre Organisation zu etablieren.

In Schleswig-Holstein betreiben unverändert einzelne TH-Sympathisanten Öffentlichkeitsarbeit und versuchen so auf ihre Organisation aufmerksam zu machen. Feste TH-Strukturen sind in Schleswig-Holstein nicht festzustellen. Deutschlandweit sind etwa 350 Mitglieder der TH zuzurechnen. In Schleswig-Holstein sind Einzelmitglieder vertreten, welche kaum organisiert sind.

7 Nicht islamistisch motivierter Extremismus mit Auslandsbezug: „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), ehemals „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) stellt in punkto Anhängerzahl, Organisationsgrad und Mobilisierungspotenzial in Deutschland immer noch die bedeutendste Kraft im Bereich des nicht religiös motivierten Extremismus mit Auslandsbezug dar. Durch Verbotsverfügung des Bundesinnenministers vom 26. November 1993 sind die PKK sowie ihre Teil- und Nachfolgeorganisationen in Deutschland nach § 20 Vereinsgesetz verboten, haben aber ihre Tätigkeit konspirativ und in Form von Ersatz- und Tarnorganisationen fortgesetzt. Sie gelten als extremistisch, da sie auf einer marxistisch-leninistischen Ideologie fußen, als zentralistisch geführte Kaderorganisationen konspirativ agieren, sich eigene Staatsfunktionen (u. a. eine eigene Strafgewalt) anmaßen und - zumindest im Ausland - ihre politischen Ziele mit Gewalt in Form von

Aufbruch, Besetzung öffentlicher Gebäude, Entführungen, Anschlägen, bewaffneten Angriffen etc. verfolgen. In den Grenzgebieten der Türkei zum Nordirak, zum Iran und zu Syrien unterhält die PKK eine mehrere tausend Personen starke Guerillatruppe, die so genannten „Volksverteidigungskräfte“ (HPG). Seit 1984 liefern sich die Guerillaeinheiten - unterbrochen durch „einseitige Waffenstillstände“ - schwere Kämpfe mit den türkischen Streitkräften. Mindestens 40.000 Menschen sind bisher diesem Konflikt zum Opfer gefallen. Die PKK steht aktuell auf der EU-Liste der terroristischen Organisationen.

Die PKK wurde 1978 unter der Führung von Abdullah Öcalan als Protestbewegung gegen die staatliche Repression der Kurden in der Türkei gegründet. Die Hauptorganisation änderte mehrfach ihren Namen und baute eine verschachtelte Struktur von Teil- und Nebenorganisationen auf. Das Bundesministerium des Innern stellte mit Schreiben vom 16. Mai 2009 klar, dass sich das vereinsrechtliche Verbot vom 26. November 1993 auf sämtliche weiteren Bezeichnungen der PKK erstreckt, namentlich auf KADEK, KONGRA-GEL, KKK und KCK.

Die PKK in Deutschland

In Deutschland verfügt die PKK über einen konspirativ und illegal operierenden, hierarchisch strukturierten Funktionärsapparat. Nach einem parteiinternen System ist die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland aufgeteilt in Zuständigkeitsgebiete, denen jeweils ein Kader als „Gebietsverantwortlicher“ zugeteilt wird. Um die Verfolgung durch Sicherheitsbehörden zu erschweren, wechseln diese Kader jährlich das Zuständigkeitsgebiet.

Der größte Teil Schleswig-Holsteins bildet zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das „Gebiet Kiel“, das wiederum in einzelne Teilgebiete aufgeteilt ist. Zu den typischen Aufgaben der Gebiets- und Teilgebietsverantwortlichen zählen z. B. der Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten, die Spendensammlung und die Mobilisierung von Teilnehmern für Veranstaltungen.

Von den ca. 800.000 ethnischen Kurden in der Bundesrepublik Deutschland werden etwa 11.500 Personen zum festen Anhängerstamm der PKK gezählt. Die Anhängerschaft der PKK ist in Deutschland nahezu flächendeckend in Vereinen organisiert,

die häufig dem Dachverband YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“) angehören.

Die YEK-KOM tritt nach außen hin als selbständige Organisation auf, arbeitet aber im Sinne der PKK. Sie ist als Nachfolgeorganisation der 1993 vom Bundesinnenminister verbotenen PKK-Nebenorganisation „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland“ (FEYKA-Kurdistan) anzusehen. Nachrichtendienstlichen Informationen zufolge werden z. B. die Vereinsräumlichkeiten der YEK-KOM-Vereine auch für Treffen der sog. Frontarbeiter und illegalen Kader der PKK genutzt.

In Schleswig-Holstein fungiert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V.“ (DKG) in Kiel als zentrale Anlaufstelle für die auf landesweit ca. 650 Personen geschätzte Anhängerschaft der PKK. Die DKG ist Gründungsmitglied der YEK-KOM. Ihre Aktivitäten (z. B. Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Feiern zu Jahres- und Gedenktagen, Fahrten zu Großveranstaltungen im In- und Ausland) sind überwiegend Teil bundes- oder europaweiter Kampagnen der PKK. Über die Veranstaltungen der DKG wird regelmäßig in der PKK-nahen Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ („Neue freie Politik“) und in dem ebenfalls PKK-nahen Fernsehsender „Roj TV“ berichtet.

Veranstaltungsprogramm und Kampagnen

Mit einem Kanon jährlich wiederkehrender Veranstaltungen bindet die PKK ihre Anhänger an sich und verbreitet Organisationspropaganda. Hierzu zählten folgende Aktivitäten im Berichtsjahr (in Klammern: ausrichtende bzw. anmeldende Organisation):

12. Februar Großdemonstration in Straßburg/Frankreich anlässlich des 12. Jahrestages der Festnahme Öcalans mit offiziell geschätzten 6.500 Teilnehmenden (Föderation kurdischer Vereine in Frankreich – FEYKA)

im März	Beginn der bundesweiten „Identitätskampagne“ (YEK-KOM)
8. März	Feier zum Weltfrauentag in Kiel (DKG)
18. März	Demonstration bzw. Feier anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz in Kiel (DKG)
19. März	Bundesweite Zentralveranstaltung (Demonstration und Feier) zum kurdischen Neujahrsfest Newroz in Düsseldorf mit ca. 10.000 Teilnehmenden (YEK-KOM)
11. Juni	Zilan-Frauenfestival in Dortmund mit ca. 2.000 Teilnehmenden (Kurdisches Frauenbüro für den Frieden e.V. – CENI)
9. Juli	Mazlum-Dogan-Jugend-, Kultur- und Sportfestival in Köln mit 5.500 Teilnehmenden
15. August	Feier in Kiel zum Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK am 15.08.1984 (DKG)
3. September	19. Internationales Kurdisches Kultur-Festival in Köln mit ca. 40.000 Teilnehmenden (YEK-KOM)
seit 6. Oktober	deutschland- und europaweit zahlreiche Protestaktionen anlässlich des 13. Jahrestages der Ausweisung Öcalans aus Syrien

Im März verkündete die YEK-KOM eine Kampagne unter dem Titel „Die kurdische Identität soll in Deutschland offiziell anerkannt werden“. Diese so genannte „Identitätskampagne“ sollte im Wesentlichen von den örtlichen Mitgliedsvereinen der YEK-KOM getragen werden und zwei Elemente enthalten: Zum einen die Anwerbung neuer Vereinsmitglieder, zum anderen eine Unterschriftensammlung mit Forderungen nach Anerkennung der kurdischen Migranten als eigenständige Migrantengruppe, muttersprachlichem Unterricht, Aufhebung des PKK-Verbots etc. Für das Parteigebiet Kiel wurde die Kampagne durch YEK-KOM-Vorstandsmitglieder am 27. März

in der DKG offiziell eröffnet. Kurdischen Medien zufolge wurden bis Ende September über 50.000 Unterschriften an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übersandt, davon allein 1.000 aus dem Gebiet Kiel.

Anfang April führten PKK-Anhänger in europäischen Großstädten jeweils mehrtägige Mahnwachen in so genannten „Friedenszelten“ durch, die auf öffentlichen Plätzen errichtet wurden. Im wöchentlichen Gespräch mit seinen Anwälten Anfang April bezeichnete der inhaftierte PKK-Gründer Abdullah Öcalan die „Friedenszelte“ als „letzte Chance zur Vermeidung eines Krieges“. An der Mahnwache in Berlin beteiligten sich Abordnungen der norddeutschen YEK-KOM-Vereine, darunter am 10. April auch die DKG.

Kooperation mit linken deutschen Gruppierungen und Linksextremisten

Anlässlich der „Identitätskampagne“ der YEK-KOM, deren Auftakt mit den Newroz-Feierlichkeiten verbunden wurde, offenbarte sich erneut die Kooperation zwischen YEK-KOM und der Partei „DIE LINKE.“ Abgeordnete dieser Partei aus verschiedenen Parlamenten erklärten öffentlich ihre Unterstützung für die „Identitätskampagne“. Auf der Newroz-Demonstration in Düsseldorf hielten Vertreter der Partei „DIE LINKE.“ kurze Redebeiträge, u. a. übermittelte die Vizepräsidentin des Landtages NRW „Grüße des Landtages“. Im Gegenzug leistete die YEK-KOM Wahlkampfhilfe für Kandidaten dieser Partei bei Wahlen in Deutschland; so heißt es in der Presseerklärung der YEK-KOM vom 11. März zum Thema „Newroz-Empfang 2011“ wörtlich (Rechtschreibung wie im Original):

„YEK-KOM veranstaltet am 19. März in Düsseldorf eine zentrale Newroz Veranstaltung unter dem Motto ‚Freiheit für Öcalan – Freiheit für die kurdische Identität‘. Wir werden bei diesem Newroz Fest sowohl die BDP Kandidaten für die Wahl in der Türkei als auch die bevorzugten Kandidaten und Parteien, die unsere Identitätskampagne unterstützen für die Landtagswahlen in Deutschland bekanntgeben.“

Die „Kampagne Tatort Kurdistan“ beteiligte sich mit einem eigenen „Solidaritätsblock“ an der zentralen Newroz-Demonstration. In der „Kampagne Tatort Kurdistan“ haben sich diverse Organisationen und Einzelpersonen aus dem PKK-nahen kurdischen sowie dem türkischen und deutschen linken und linksextremistischen

Spektrum zu einem Aktionsbündnis zusammengefunden. Unter den Unterstützern der Kampagne finden sich auch die Kurdistanolidarität Schleswig-Holstein und die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB)“. Ziel der Kampagne ist es, Rüstungsexporte deutscher Firmen in die Türkei und die angeblich kurdenfeindliche Politik des deutschen Staates öffentlich zu kritisieren. Anlässlich des Antikriegstages am 1. September unterhielt die „Kampagne Tatort Kurdistan“ einen Informationsstand in der Kieler Innenstadt, der jedoch nur auf sehr geringe Resonanz des deutschen und kurdischen Publikums stieß.

Bei mehreren Demonstrationen kooperierten zudem PKK-Anhänger mit gewaltbereiten deutschen Linksextremisten, etwa zur Großdemonstration in Berlin am 26. November (siehe unten).

Am 12. Oktober war in Hamburg der türkische Staatsangehörige Ali Ihsan Kitay wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK festgenommen und in Untersuchungshaft verbracht worden. Gegen seine Verhaftung und gegen die Kurdenpolitik der Türkei richtete sich eine unangemeldete Demonstration im Hamburger Schanzenviertel am 3. Dezember. Etwa 150 zumeist jugendliche PKK-Anhänger und Angehörige des gewaltbereiten linksextremistischen Hamburger Spektrums beteiligten sich an der Kundgebung. Anschließend bewarfen ca. 100 dieser Personen die Polizeibeamten mit Pyrotechnik und Flaschen.

Kurdischer Sender „Roj TV“ im Fokus der Behörden

Der Fernsehsender „Roj TV“ strahlt über Satellit ein Programm in kurdischer Sprache aus, das in ganz Europa und im Nahen Osten empfangen werden kann. Der Sender wird von Kopenhagen aus mit dänischer Lizenz betrieben. Im Jahr 2008 untersagte das Bundesministerium des Innern seine Betätigung in Deutschland, weil der Sender als Sprachrohr der nach Vereinsgesetz verbotenen und von der EU als Terrororganisation eingestuften PKK diene. Gegen die Untersagungsverfügung erhoben die betroffenen Fernsehgesellschaften Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) mit der Begründung, dass nach EU-Recht allein Dänemark ihre Tätigkeit kontrollieren dürfe. Das BVerwG legte diese Zuständigkeitsfrage dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vor. Am 22. September 2011 entschied der EuGH, dass Deutschland die Weiterverbreitung von Sendungen in kurdischer Sprache, die „Roj TV“ von Dänemark aus ausstrahlt, in seinem Hoheitsgebiet nicht verhindern kann. Allein die däni-

schen Behörden seien dafür zuständig, das Verhalten des Senders zu prüfen und ggf. zu unterbinden. Der Empfang und die private Nutzung des Programms von „Roj TV“ sind folglich in Deutschland nicht verboten. Soweit die Weiterverbreitung der von Dänemark ausgehenden Sendungen nicht verhindert wird, kann allerdings laut EuGH die Bundesrepublik die Betätigung von „Roj TV“ und der zugehörigen Fernsehgesellschaft „Mesopotamia Broadcast“ als Vereine in seinem Hoheitsgebiet verbieten. Folglich kann das Bundesministerium des Innern grundsätzlich die Produktion von Sendungen und andere Unterstützungsaktivitäten für „Roj TV“ in Deutschland unterbinden. Ein endgültiges Urteil des BVerwG in der Sache steht noch aus.

Auch in Dänemark läuft seit 2010 ein Gerichtsverfahren um den Weiterbetrieb von „Roj TV“. Dänische Behörden hatten ebenfalls den Sendebetrieb von „Roj TV“ untersagt und das Vermögen des Senders eingefroren. Das zuständige Gericht in Kopenhagen hatte zunächst die Geldmittel des Senders wieder freigegeben. Am 10. Januar 2012 verurteilte dann das dänische Gericht in erster Instanz den Sender zu einer Geldstrafe von 5,2 Mio. dänischen Kronen (umgerechnet knapp 700.000 Euro), weil er von der in der EU als Terrorgruppe verbotenen Separatistenorganisation PKK finanziert werde und PKK-Propaganda verbreite. Die von der Staatsanwaltschaft geforderte Entziehung der Sendeerlaubnis lehnte das Gericht jedoch ab. Die wichtigsten Verhandlungstage wurden von Solidaritätskundgebungen der PKK-Anhänger begleitet. An einer solchen Demonstration vor dem Gerichtsgebäude in Kopenhagen am 10. Oktober beteiligten sich auch PKK-Anhänger aus Schleswig-Holstein.

Kurdische Jugend – hinter dem PC oder auf dem Weg „in die Berge“?

Nachdem jahrelang keine nennenswerte Jugendarbeit PKK-naher Organisationen in Kiel bemerkbar war, tritt seit Ende 2010 verstärkt die „Kurdische Jugend Kiel“ (KJK) in Erscheinung. Im April beschrieb die KJK im Internet auf ihrer Gruppenseite in dem sozialen Netzwerk „Facebook“ ihr Selbstverständnis und ihre Aufgabe wie folgt (gekürztes wörtliches Zitat, Rechtschreibung wie im Original):

„Die Aufgaben die uns zu fallen: Diese Seite dient zur Vereinigung der Kurdischen Jugend in Deutschland – ‚Kiel und Umgebung‘. [...] die Aufgabe, unsere Geschichte, Kultur und unsere Wege die wir durchqueren mussten, um hier anzukommen, [...] anderen Brüdern und Schwestern, die vielleicht hier geboren sind und keinerlei Vorstellung von der Heimat

haben, zu erzählen, liegt auf unseren Schultern. Diese Aufgabe dürfen wir in unserem Leben nicht zu kurz kommen lassen, da sehr viel Blut dafür vergossen worden ist, damit wir nun einige unserer Rechte als KURDE ausüben können. Diesen Wert müssen wir [...] vorran bringen, damit unsere Märtyrer, die ihr Blut für uns fließen lassen haben, Stolz auf uns sein können.“

Die Anhaltspunkte dafür, dass die „Kurdische Jugend Kiel“ mit Unterstützung der DKG agiert und das Ziel verfolgt, Jugendliche für die politischen Anliegen der PKK zu interessieren, haben sich seit Gründung dieser Gruppe weiter verdichtet. Ebenfalls auf ihrer Facebook-Seite mobilisierte die KJK für PKK-nahe Veranstaltungen wie die Newroz-Zentralveranstaltung in Düsseldorf und die Mahnwache in Berlin. Die Räume der DKG in Kiel werden für Aktivitäten der KJK genutzt.

Über das Internet, vor allem durch entsprechende Gruppenpräsenzen in dem sozialen Netzwerk „Facebook“ und durch die Videoplattform „Youtube“, sind die kurdischen Jugendlichen bundesweit miteinander vernetzt. Viele dieser Gruppen stellen ihre Sympathie für die PKK offen zur Schau, indem sie PKK-Symbole als Profilbild verwenden (so z. B. die „Kurdische Jugend Lübeck/Hamburg“) und Links auf Seiten PKK-naher Medien und auf PKK-Propagandavideos enthalten.

Die Mobilisierung jugendlicher Teilnehmer für Demonstrationen und Veranstaltungen der PKK erfolgt zunehmend über die Plattform „Facebook“, wobei die Resonanz im Internet häufig über die tatsächlich feststellbare Beteiligung hinausgeht. Im scheinbar geschützten Raum des Internets äußern sich kurdische Jugendliche außerdem mit einem verbalen Radikalismus, der sich in ihrem Verhalten im realen Leben wenigstens in Schleswig-Holstein bisher nicht widerspiegelt.

Die PKK bemühte sich auch 2011, durch entsprechende Propaganda in ihren Medien und auf den Festivals kurdische Jugendliche aus Europa für den Einsatz in den Kampfgebieten zu gewinnen. Auch in Deutschland lassen sich immer wieder jugendliche Kurdinnen und Kurden auf die Rekrutierungsschulungen der PKK-Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ ein, wie eine Exekutivmaßnahme zum Jahreswechsel 2010/2011 zeigte: Am 29. Dezember 2010 durchsuchten Polizeibeamte die Jugendherberge in Nideggen/NRW, da dort ein „Schulungscamp“ zur Ausbildung potenzieller Rekruten für die Guerilla der PKK durchgeführt werden sollte. Unter den

44 vorläufig festgenommen Personen befanden sich auch hochrangige Kader der „Komalen Ciwan“. Zu den Schulungsteilnehmern gehörten sechs minderjährige Personen, darunter eine Vierzehnjährige.

Der Zulauf an neuen Rekruten aus Europa zur Guerilla „in die Berge“, d. h. in die umkämpfte Region im türkisch-nordirakisch-iranischen Grenzgebiet, bleibt aber offenbar hinter den Erwartungen der Parteiführung zurück. Jedenfalls kritisieren parteiinterne Dokumente und Artikel in der PKK-Jugendzeitschrift „Sterka Ciwan“ („Stern der Jugend“) regelmäßig, dass die kurdische Jugend in Europa durch die Verlockungen der westlichen Lebensweise korrumpiert sei und nicht genügend Opferbereitschaft zeige.

Der „revolutionäre Volkskrieg“ und „Isolationshaft“ Abdullah Öcalans

Von den PKK-Anhängern wird der Parteigründer Abdullah Öcalan achtungsvoll „Apo“ („Onkel“) genannt und mit fast religiöser Inbrunst als Symbol und Führer der kurdischen „Freiheitsbewegung“ verehrt. Seit 1999 ist er auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert. Über die – in der Regel wöchentlichen – Besuche bei Öcalan erstatteten seine Anwälte in den kurdischen Medien detailliert Bericht; Anregungen Öcalans aus diesen Gesprächsprotokollen setzte die PKK-Führung in praktisches Handeln um. Im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine „kurdische Öffnung“ im Jahr 2010 bestätigten offizielle Stellen, dass die türkische Regierung mit Öcalan im Dialog stehe. Nachdem auf die Parlamentswahlen in der Türkei im Juni eine Verhaftungswelle unter Mitgliedern der pro-kurdischen Partei BDP folgte und sich abzeichnete, dass bei den Beratungen um eine neue Staatsverfassung die Belange der Kurden nicht berücksichtigt würden, thematisierte Öcalan zunehmend die Möglichkeit eines „revolutionären Volkskrieges“. Seit einem letzten Besuch am 27. Juli ermöglichten die türkischen Behörden keinen Kontakt mehr zwischen Abdullah Öcalan und seinen Anwälten. Die PKK bezeichnet diesen Zustand als „verschärfte Isolationshaft“.

Seit Mitte Juli gehen die iranischen und türkischen Streitkräfte offensiv gegen Stellungen der PKK-Guerillatruppen im Grenzgebiet Türkei/Irak/Iran vor. Die PKK rief die Kurden daraufhin weltweit zum „revolutionären Volkskrieg“ auf. In ihren jeweiligen Presseerklärungen zum „Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes“ am 15. August ließen die einzelnen PKK-Unterorganisationen keinen Zweifel an einer seit

Jahren unerreichten Gewalteskalation im Kurdenkonflikt. Der faktische PKK-Führer Murat Karayilan drohte in einem Interview in der „Yeni Özgür Politika“ offen damit, dass

„die Freiheitsbewegung Selbstmordkommandos ausbildet, die sich nicht umsonst vorbereiteten. (...) Wenn unserem Führer irgendetwas geschieht, bleibt kein Führer in der Türkei [am Leben].“

Die Organisation „Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)“, die durch Abspaltung aus den „Volksverteidigungskräften“ der PKK hervorgegangen sein soll und bereits in den letzten Jahren für Bombenanschläge in der Türkei verantwortlich war, kündigte Bombenanschläge auch auf touristische Ziele an:

„Vom heutigen Tage an werden wir, die TAK-Aktivisten, durch unsere Anschläge auf alle möglichen Arten und Weisen die erforderliche Antwort geben. Die gesamte Öffentlichkeit in der Türkei und in der Welt wird erkennen, welchen Preis das, was dem Vorsitzenden Apo angetan wurde, hat. Die Rücksichtnahme, die wir bisher gegenüber Zivilisten und Touristen an den Tag gelegt haben, existiert vom heutigen Tage an nicht mehr.“

Diese Drohung erfüllte sich bereits am 20. September - während des Deutschlandbesuchs des türkischen Präsidenten Abdullah Gül - durch einen Bombenanschlag der TAK in Istanbul.

Seither werden fast täglich heftige Gefechte zwischen PKK-Guerillatruppen und den türkischen Streitkräften gemeldet, denen auch unbeteiligte Zivilisten zum Opfer fallen. Die PKK beschuldigt die türkischen Streitkräfte, dabei Chemiewaffen einzusetzen. Anschläge der PKK gegen zivile und militärische Ziele häuften sich, im Gegenzug ließ die türkische Regierung mehrere Tausend vermeintliche oder tatsächliche PKK-Unterstützer verhaften, darunter kommunale Mandatsträger, Journalisten und Rechtsanwälte.

Die türkisch- und kurdisch-stämmigen Migranten in Europa reagierten auf diese Entwicklung mit einer Welle von Protestkundgebungen. In vielen Städten Deutschlands und Europas folgten kurdische Jugendliche dem Aufruf der PKK-Führung zu publikumswirksamen Aktionen, z. B. der Besetzung von öffentlichen Gebäuden, Pressezentren etc.

Für den 26. November hatte die YEK-KOM in Berlin eine Großdemonstration zum Thema „Demokratie stärken, PKK-Verbot aufheben, Freiheit für Abdullah Öcalan und Frieden in Kurdistan“ angemeldet. Noch nachdem das Verwaltungsgericht ein Verbot dieser Versammlung erstinstanzlich bestätigt hatte, setzten der Veranstalter, die kurdischen Medien und deutsche linksextremistische Organisationen die Mobilisierung fort. Bereits am 25. November bestätigte das OVG Berlin in letzter Instanz das Versammlungsverbot. Gleichwohl reisten Kurden aus ganz Deutschland, auch aus Schleswig-Holstein, nach Berlin und beteiligten sich an einer tags zuvor von einer Einzelperson aus dem Bereich der „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB) angemeldeten Kundgebung zum Thema „Gegen Faschismus und Rassismus – Staat und Nazis Hand in Hand“. Während dieses Aufzuges mit etwa 2.000 Teilnehmern wurden PKK-Symbole gezeigt und PKK-Parolen gerufen. Gewaltbereite Teilnehmer griffen die Polizei mit Pyrotechnik und Steinen an. Im Nachgang kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kurdisch-stämmigen und türkischen Personen.

Konflikte mit türkischen Nationalisten in Deutschland

Parallel zu der Eskalation der Lage in der Türkei brachen ab Oktober in Deutschland Konflikte zwischen den türkisch-stämmigen und kurdisch-stämmigen Migrantengruppen aus.

Türkische Nationalisten organisieren sich in Deutschland in der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ - ADÜTDF), einer Organisation, die der Türkei politisch und kulturell den höchsten Wert beimisst. Ihre Anhänger zeichnet u. a. ein übersteigertes Nationalbewusstsein aus. In der Türkei wird die extreme Ideologie durch die „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“, MHP) vertreten, in Deutschland gilt die ADÜTDF als deren Auslandsvertretung. Die Organisation ist Mitglied der „Türkischen Konföderation in Europa“ (ATK) und streng hierarchisch strukturiert. Bundesweit werden der ADÜTDF ca. 150 Vereine zugeordnet. Als Symbol verwenden ihre Anhänger den ‚Grauen Wolf‘ (Bozkurt); der sogenannte ‚Wolfsgruß‘ (die Finger der rechten Hand werden entsprechend geformt) zeigt untereinander eindeutig die Zugehörigkeit an.

In Schleswig-Holstein werden in Kiel, Neumünster, Flensburg und Rendsburg Vereine der ADÜTDF zugeordnet, die nach außen aber seit Jahren kaum noch Aktivitäten entfalten. Das ursprünglich aktive Vereinsleben hat sich auch hier scheinbar in die virtuelle Welt des Internets verlagert. Auf Facebook finden sich untereinander vernetzte ADÜTDF-Mitglieder und Sympathisanten, auch aus Schleswig-Holstein. Bundesweit sind neben der allgemeinen politischen Kommunikation auch der Aufruf und die Zusage zur Teilnahme an Demonstrationen zu verzeichnen.

Erstmals formierten sich im Berichtsjahr flächendeckend in deutschen Städten Demonstrationen türkisch-stämmiger Migranten gegen die PKK. Einige dieser Versammlungen waren von türkischen Nationalisten initiiert; vereinzelt wurden Symbole der Bozkurt-Ideologie (z. B. rote Flagge mit drei weißen Halbmonden, Wolfssymbole) gezeigt.

Bei einigen Anti-PKK-Demonstrationen (z. B. am 22. August in Stuttgart und am 25. September in Essen) kam es zu Ausschreitungen mit kurdischen Gegendemonstranten.

In Kiel demonstrierten am 23. Oktober rund 450 türkisch-stämmige Personen friedlich gegen die PKK. An der Marschstrecke formierte sich eine Spontankundgebung von 50 kurdisch-stämmigen Gegendemonstranten; eine räumliche Trennung durch Polizeikräfte verhinderte gegenseitigen Störungen. Bei der Abschlusskundgebung provozierten vorbeifahrende Kurden die türkischen Demonstranten; eine Reaktion der Menge wurde durch die Ordner der Versammlung unterbunden.

Vermutlich als Reaktion auf die türkische Versammlung meldete eine Einzelperson aus dem Umfeld der „Kurdischen Jugend Kiel“ und der DKG für den 29. Oktober eine Demonstration der Kurden zum Thema „Situation in Kurdistan und Türkei“ an. Nach Polizeiangaben beteiligten sich rund 450 Personen. Eine Person wurde wegen Mitführens einer verbotenen PKK-Fahne unter heftigem Protest anderer Teilnehmer vorübergehend festgenommen, ansonsten verlief die Versammlung ohne wesentliche Störungen.

Ein Bombenangriff des türkischen Militärs auf eine Gruppe von Kurden in der Nacht vom 28. auf den 29. Dezember in der Nähe der Ortschaft Roboski/Provinz Şirnak (südöstliche Türkei), bei dem mindestens 35 Zivilisten, teils im Kindesalter, starben,

heizte die Stimmung weiter auf. PKK-nahe Medien bezeichneten diesen Luftangriff als „Roboski-Massaker“ und veröffentlichten Aufrufe der PKK-Führung und -Unterorganisationen zu flächendeckenden Protestaktionen. Binnen weniger Tage wurden bundesweit mindestens 25 Protestversammlungen angemeldet.

Für die Silvesternacht 2011 rief bei Facebook eine Gruppe oder Einzelperson unter dem Nickname „Kurdische Jugend“ dazu auf, ein „Bozkurt-Café“ (ein angeblich von türkischen Nationalisten besuchtes Kaffeehaus) in Kiel-Gaarden mit Feuerwerkskörpern, Molotowcocktails und Waffen anzugreifen. Es blieb bei der Ankündigung.

In derselben Nacht warfen drei unbekannte Täter drei Brandsätze in die Räumlichkeiten eines türkischen Reisebüros in Hamburg-Hamm. Die Polizei schloss einen Sachzusammenhang mit dem Kurdenkonflikt nicht aus.

Ebenfalls in der Nacht zum 1. Januar 2012 wurde in Hessisch-Lichtenau/Hessen ein Haus in Brand gesetzt, in dem sich ein Dönerimbiss und die Wohnung einer kurdischen Familie befanden. Am Tatort stellte die Polizei an zwei Außenwänden des Lokals die Buchstaben „MHP“ fest.

Finanzierung

Die PKK finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge der YEK-KOM-Vereine, durch monatliche Spenden, durch den Verkauf von Publikationen und von Eintrittskarten für Veranstaltungen, in erster Linie aber durch die jährliche Spendenkampagne.

Die jährliche Spendenkampagne wurde Ende Oktober begonnen und - wie inzwischen üblich - konspirativ durchgeführt. Die PKK schätzt die jeweilige finanzielle Leistungsfähigkeit und legt im Voraus die Spendensumme für jede kurdischstämmige Familie fest.

Seit Jahren wurden keine Fälle von Gewaltanwendung bei der Spendensammlung in Schleswig-Holstein bekannt. Die Entwicklung der politischen Situation in der Türkei hat offenbar die freiwillige Spendenbereitschaft der Kurden in Deutschland beflügelt, angeblich werden die Ergebnisse des Vorjahres im Berichtszeitraum noch übertroffen.

In Deutschland erbringt die Spendensammlung regelmäßig Millionenbeträge und stellt etwa ein Drittel des gesamten Spendenaufkommens in Europa dar. Die Geld-

mittel werden zur Aufrechterhaltung der konspirativen und der „offenen“ Organisationsstrukturen der PKK, für die PKK-nahen Medien (insbesondere den Fernsehsender Roj-TV) und für die Ausrüstung und den Lebensunterhalt der Guerillatruppen in der Türkei bzw. im Nordirak verwendet.

Ausblick

Momentan zeichnet sich weder bei der türkischen Regierung noch auf Seiten der PKK-Führung der Wille ab, die Friedensverhandlungen der „kurdischen“ wieder aufzunehmen. Durch eine gegen die PKK gerichtete Bündnispolitik mit den Nachbarstaaten, durch die massenweise Verhaftung von oppositionellen Journalisten, Juristen und Kommunalpolitikern und die Militäreinsätze signalisiert die türkische Regierung, dass sie den Kurdenkonflikt weiterhin auf militärische Weise und ohne minderheitenrechtliche Zugeständnisse zu lösen hofft. Auf der anderen Seite läutete die PKK rhetorisch bereits während der laufenden Friedensverhandlungen die „vierte und letzte Phase“ ihres „Freiheitskampfes“ ein, die nur durch Erlangen der „demokratischen Autonomie“ oder im „revolutionären Volkskrieg“ enden könne. Die aktuelle Situation wird quasi zur Entscheidungsschlacht hochstilisiert. Möglicherweise spielt es eine Rolle, dass der 63-jährige Öcalan und mit ihm die parteiintern einflussreiche Gründergeneration der PKK noch zu Lebzeiten die Früchte ihres Kampfes ernten wollen. Das Schicksal der Leitfigur Abdullah Öcalan ist für die Zukunft ein entscheidender Unsicherheitsfaktor. □ Sicherlich steht die PKK gegenüber ihren Anhängern – zumal gegenüber den Geldspendern in Europa und gegenüber den Angehörigen der gefallenen Guerillakämpfer – in der Pflicht, spektakuläre Aktionen und Erfolge nachzuweisen. Im Zuge des „revolutionären Volkskrieges“ ist in der Türkei mit einer Zunahme der Gewalt auch in Form von Anschlägen auf zivile Ziele in den Städten zu rechnen. □

In Europa verfolgt die PKK nach wie vor einen so genannten „Friedenskurs“, d. h. auf systematisch organisierte Gewaltaktionen wird zugunsten von Lobbyarbeit und politischer Einflussnahme verzichtet. Ob dieser Kurs von Dauer ist, wird sich zeigen. Immerhin haben sich die Hoffnungen der PKK, durch die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei die Minderheitenrechte für die Kurden zu stärken, bisher nicht erfüllt. Das Stocken der Beitrittsverhandlungen, die schwindende Zustimmung zu einem EU-Beitritt innerhalb der Türkei, die Euro-Krise bei gleichzeitigem Wirtschaftsboom in der Türkei, das Schweigen der EU-Mitgliedstaaten zur Kurden-

problematik – alle diese Faktoren könnten langfristig dazu führen, dass die PKK den Einfluss Europas auf die Türkei geringschätzt und das Interesse an einem diplomatischen Vorgehen in Europa verliert.

Auf jeden Fall deutet sich an, dass parallel zur Eskalation der Kämpfe in der Türkei die Proteste in Europa an Schärfe zunehmen. Als zentralistisch geführte Kaderorganisation mit einem dichten, gut organisierten Netz von Unterstützern ist die PKK in der Lage, je nach den strategischen Vorgaben ihrer Führung die Anhänger in Deutschland zu jeglicher Form des Protestes auch kurzfristig zu mobilisieren. Solange die PKK-Führung an ihrer Strategie des Gewaltverzichts in Europa festhält, werden sich die Massenproteste auf legale Aktionsformen und auf überwiegend gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams beschränken. Um ein Maximum an öffentlicher Aufmerksamkeit auf den Kurdenkonflikt zu lenken, werden voraussichtlich in den größeren Städten Deutschlands am ehesten symbolträchtige Orte (Auslandsvertretungen, Parlamentsgebäude etc.), Medienzentren (Fernsehsender und Zeitungsredaktionen) oder - wie in den 1990er Jahren - Hauptverkehrsadern von Aktionen wie z. B. Besetzungen oder Mahnwachen betroffen sein.

Bei einer weiteren Zuspitzung des Konfliktes in der Türkei wächst allerdings in Deutschland die Gefahr der gewaltsamen Eskalation von Protestveranstaltungen sowie politisch motivierter Gewalttaten durch PKK-Anhänger, z. B. von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen.

An den Protestwellen der letzten Jahre haben sich die Kurden in Schleswig-Holstein stets gewaltfrei beteiligt. Es zeichnet sich jedoch ab, dass in Schleswig-Holstein inzwischen eine neue Generation von jungen PKK-Sympathisanten herangewachsen ist, deren Verhalten in konkreten Situationen für die Sicherheitsbehörden schwer vorhersehbar ist. Anders als die Elterngeneration sind diese jungen Menschen nicht so straff in klassischen Vereinsstrukturen organisiert, andererseits sind sie aber über die sozialen Netzwerke im Internet in die bundes- und europaweiten Informationsströme der PKK-Jugend eingebunden. Aus ihren Veröffentlichungen im Internet lässt sich ableiten, dass Teile der kurdischen Jugend in Schleswig-Holstein für eine Beteiligung an illegalen Protestaktionen ansprechbar wären. Nicht jeder Bekundung im Internet folgen allerdings entsprechende Handlungen im realen Leben. Gleichwohl weisen die hohe Zahl jugendlicher Teilnehmer aus ganz Schleswig-Holstein an der Kurdendemonstration in Kiel am 29. Oktober sowie die Umgehung eines rechtskräfti-

gen Veranstaltungsverbotes durch junge Kurden aus Kiel bei der – gewaltdtätig eskalieren - Demonstration in Berlin am 26. November auf ein aktionsorientiertes Interesse dieser Jugendlichen an PKK-Themen hin. Bei einer weiteren Zuspitzung des Konfliktes in der Türkei und einer Intensivierung der PKK-Protestkampagnen in Europa sind daher auch für Städte in Schleswig-Holstein gewaltdtätige Aktionen nicht auszuschließen.

8 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2009-2011

	2009	2010	2011
Türkische Organisationen			
linksextremistische Gruppen	Einzelmitglieder	Einzelmitglieder	Einzelmitglieder
islamistische Gruppen	490	490	490
extrem-nationalistische Gruppen	400	400	400
Kurdische Organisationen	650	650	650
Iranische Organisationen	25	25	25
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten	95	110	122
Gesamt Land*	1.660	1.675	1.687
Gesamt Bund*	60.980	62.380	64.481

* Zum Bereich des Salafismus liegen derzeit noch keine hinreichend validen Zahlen zum Personenpotential vor. Diese erscheinen deshalb nicht in den Gesamtzahlen.